

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis per Nummerende:
Stetsjährl. 3,30 Mk., monatl. 1,10 Mk.,
wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus.

Vorwärts

Die Insertions-Gebühr
Beträgt für die schlaggehaltene Kolonelle
zeile oder deren Raum 40 Pfg. für
vollständige und gewerkschaftliche Berichts-
und Berichtsungs-Anzeigen 20 Pfg.

Berliner Volksblatt.
Centralorgan der Socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Sonnabend, den 18. April 1903.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Neue Steuern.

Die von den Offizieren als eine der Hauptaufgaben der nächsten
Legislaturperiode des Reichstags angekündigte Reichs-
finanzreform, wird hoffentlich in den Kreisen der deutschen
Arbeiterklasse genügende Beachtung finden.

Für solche Vermehrung der Molochlasten ist die „Reichs-Finanz-
reform“ geradezu Voraussetzung. „Reichs-Finanzreform“ bedeutet
aber nichts anderes, als daß die herrschende Klasse noch weiter ge-
waltige Summen aus einem überschwer belasteten Volke durch die
indirekte Steuerstrafe in das Sammelbecken der militärisch-
marinistischen Unkultur pressen will.

Zu der bisherigen Weise für die militärischen, marinistischen
und weltpolitischen Abenteuerpläne durch die Pumpwirtschaft
Millionen zur Verfügung zu haben, geht nicht mehr an, angesichts
des Standes der Reichsschulden. Denn aus den 16 Millionen
Mark Reichsschulden im Jahre 1877, hat die eisenachtete Finanz-
wirtschaft der reaktionären Parteien mittlerweile 2 Milliarden
600 Millionen Mark Reichsschulden gemacht, wozu noch an
unberechnlichen Reichsverschulden 120 Millionen Mark ein-
zurechnen sind. 93 Millionen Mark muß jetzt das Volk
alljährlich für die Verzinsung dieser Schuldsomme aufbringen.

Die Millionen aus der Volkswanderung durch den neuen
Zolltarif werden nicht genügen, um für die großen Projekte, mit
denen man sich im Kriegsministerium und im Marine-Amt trägt, die
nötige Deckung zu schaffen. Es muß „Ordnung“ in die Reichs-
finanzen gebracht werden, wie es die Offiziere den herrschenden
Parteien nun genug ausmündergefetzt haben.

Diese „Ordnung“ versteht man unter dem Zurückkommen auf
die ehemaligen Miquel'schen Pläne, für welche auch im Bundesrat
heute mehr Stimmung als zuvor ist.

1903/04 hatte Miquel bekanntlich vorgeschlagen, die Börsensteuer,
Pier- und Branntweinsteuer sowie Tabaksteuer um 100 Millionen
Mark zu erhöhen. Den Einzelstaaten, die sich über die hohen Lasten
für das Reich beklagen, sollte die Zustimmung zu dieser höheren
Belastung der Armen die bekannte „Autonomenreform“ bringen: die
von den Einzelstaaten zu erhebenden Matrikularbeiträge sollten um
mindestens 40 Millionen niedriger gehalten werden, als die Ueber-
weisungen. 1894/95 schlug Miquel vor, in den nächsten fünf Jahren
sollten die Matrikularbeiträge nicht höher als die Ueberweisungen
sein. Ein Defizit wäre also durch neue Steuern zu decken gewesen.

Wie die Ablehnung dieser Miquel'schen Vorschläge, deren Kern
eine Verschärfung der indirekten Steuerlast der Armen ist, seitens
der Reichstagsmehrheit nur eine Vorläufer war, so sind auch die
Reichsstellen bei den Miquel'schen Plänen stehen geblieben.
Wenn jetzt bereits Bier und Tabak als zukünftige Steuerobjekte an-
gekündigt werden, wird man sich erinnern, daß am 8. Januar des
vorigen Jahres der Reichs-Schatzsekretär Thielmann seine Etatsrede
schloß: „Ich kann zugleich sagen, meine Herren, wenn der wirt-
schaftliche Niedergang anhält und der Rückgang der Einnahmen sich
wieder fortsetzt, so werden Sie nicht unthun können, neue Einnahme-
quellen zu bewilligen; nicht aber solche wie den Börsenstempel,
sondern Einnahmen, die wirklich zu Kapital schlagen, und da stehen
an erster Stelle die Worte: „Bier und Tabak“. Auch bei späteren
Gelegenheiten, so bei der Beratung der Weisener Budgetkonvention,
ist vom Regierungstische immer wieder hingewiesen worden auf die
mannehr auch durch die offiziöse Presse offen angekündigte Vorlage
für den nächsten Reichstag.

Nach der ganzen Form der Ankündigung der offiziellen Presse
handelt es sich nicht mehr bloß um neue Steuern auf
Bier und Tabak, sondern um eine unter dem Namen einer
„Reichs-Finanzreform“ stehende allgemeine Erhöhung und
Erweiterung der indirekten Steuern. Der Militarismus
und Marinismus braucht Geld. Deshalb Aufbringung der Mittel
zu neuen Molochopfern durch Erhöhung der Lasten auf die Schultern
der Armen. Auf den Zoll- und Hungertarif läßt man

die Hinaufreibung der indirekten Steuern folgen.
So will es die Ausbeutermoral der besitzenden Klasse!

Die herrschende Reichstagsmehrheit hat sich mit
ihren leichtfertigen Bewilligungen finanziell vollständig
festgefahren. Die Regierung hat sie in der Hand, sie muß
schließlich wie die Regierung. Sie wird auch der „Finanzreform“
zustimmen.

Die Zurückweisung der bisherigen Reichstags-
mehrheit bei den bevorstehenden Wahlen ist daher
eine Notwendigkeit, wenn nicht der nächste Winter
bereits viele Millionen neuer und erhöhter
indirekter Steuern bringen soll. Es gilt nicht nur,
an der Wuchererei das schändliche Treiben in den Tagen des
Zollkampfes und den Zolltarif selbst zu rächen, sondern es gilt auch,
ihre die Möglichkeit zu weiteren Steuer-Kraubzügen auf die
Arbeiterklassen zu nehmen. Diese neuen Raub- und Beutezugs-
pläne liegen anscheinend schon fix und fertig vor. Das Volk
hat es in der Hand, sie am 16. Juni der Regierung
zerzissen vor die Füße zu werfen!

Politische Uebersicht.

Berlin, den 17. April.

Wahlvorbereitungen.

Die Auslegung der Wählerlisten in Preußen.
Stichwahltermin.

Der „Reichs-Anzeiger“ veröffentlicht folgende Bekanntmachung
des preussischen Ministers des Innern:

Nachdem durch kaiserliche Verordnung vom 28. März d. J.
— Reichsgesetzblatt S. 111 — bestimmt worden ist, daß die Neu-
wahlen für den Reichstag am 16. Juni d. J. vorzunehmen sind,
setze ich hierdurch auf Grund des § 8 des Wahlgesetzes für den
Reichstag vom 31. Mai 1869 und des § 2 des Wahlreglements
vom 28. Mai 1870 fest, daß die Auslegung der Wählerlisten am
Montag, den 18. Mai d. J.
zu beginnen hat.

Feiner wird mitgeteilt: Die Ermittlung des Ergebnisses der
am 16. Juni d. J. stattfindenden Wahlen hat Sonnabend, den
20. Juni, zu erfolgen. Die Wahlkommissionen haben die Termine für
engere Wahlen auf

Donnerstag, den 25. Juni,

anzuberaumen. Bis zum 5. Mai d. J. soll die Gesamtzahl aller in
die Listen eingetragenen Wähler der einzelnen Verwaltungsbezirke
dem Minister des Innern unmittelbar angezeigt werden.

Diese letztere Mitteilung ist in Rücksicht genommen offerbar
zum Zweck der Versendung der beabsichtigten Wahlcouverts.

Konservative Heimlichkeiten im ersten Berliner Wahlkreis.

Die Konservativen im ersten Berliner Wahlkreis wählen eifrig
im Verborgenen. Unter der Vorpiegelung, mit ihrem neuen Militär-
kandidaten bessere Geschäfte machen zu können als ehemals, animieren
sie zu Geldbeiträgen und zu citriger Mitarbeit.

Wir, die wir mit der Wahlagitation etwas besser vertraut sein
dürften als der konservative Wahlausschuß im ersten Kreis, dürfen
diesem verraten, daß er zur Erreichung des gestellten Zieles einen
solchen Weg einschlägt, wenn er glaubt, alles in der Heimlichkeit
abmachen zu können. Eine so ausichtsreiche, so vorläufige, so
tapfere, noch dazu jetzt unter dem Zeichen einer militärischen Kan-
didatur kämpfende Partei, wie die konservative im ersten Berliner
Wahlkreis, sollte ihr herrlich patriotisches Banner offen ausbreiten.
Wir gestatten uns daher, dem Wahlausschuß zu der für das Gelingen
seiner Pläne nötigen Offenheit zu verhelfen.

Es wurden folgende beiden Circulare vorbereitet:

Konservativer Wahlausschuß.

1. Wahlkreis.
Geschäftsstelle: C. 19, Grünstr. 1, Hof geradegu.
Edle Gertraudenstr.

Vertraulich.

Berlin, Anfang April 1903.

Sehr geehrter Herr!

Die Wahlen zum Reichstage stehen vor der Thür. Auch in
unserm Wahlkreis gilt es zu rufen. Nachdem der bisherige frei-
sinnige Abgeordnete unseres Wahlkreises, Herr Zangerhaus, auf
eine Wiederwahl verzichtet hat und somit nur neue Kandi-
daten in den politischen Kampf treten, wird es bei einiger-
maßen reger Arbeit möglich sein, dem Wahlkreise einen Ver-
treter zu geben, der nicht nur auf wirtschaftlichem Gebiete der
großen Mehrzahl unserer Wähler ein willkommenes Kandidat sein
kann, sondern der auch für die großen nationalen Aufgaben mit
allen Mitteln zu ihrer Befriedigung eintritt. Nachdem der Wahl-
ausschuß in der Person des Herrn Generalmajor z. D. Bartels
einen solchen Kandidaten gefunden zu haben glaubt, wendet er sich
an die besser gestellten Mitglieder des Bezirkes und daher auch an Sie,
sehr geehrter Herr, mit der ergebenen Bitte, die Durchführung der
Wahlvorbereitungen durch einen Geldbeitrag zu unterstützen. Um der
guten Ordnung willen haben wir die Herren
Chemiker Dr. Rich. Schulze i. Ja. Schipping u. Wehenkel,
Stralauerstr. 49,
Kaufmann Max Degner i. Ja. J. E. Degner, Friedrichsgracht,
Edle Gertraudenstr.,
Hofjuwelier Paul Telge, Holzgartenstr. 8,
Rechtsanwalt und Notar P. Graul, Französischestr. 21,
Hof. Garteninspektor S. Lindenuth, Universitätsgarten,
Hof. Ober-Finanzrat Voßner, Leffingstr. 19,
gebeten, Gaben entgegenzunehmen. Postsendungen bitten wir jedoch
gütigst ausschließlich an das mitunterzeichnete Mitglied des Wahl-
ausschusses Herrn Kaufmann Max Degner i. Ja. J. E. Degner hier
C. 19, Friedrichsgracht 46/47, einzuliefern.
Wenige Tage nach Ostern beabsichtigen wir die erste Wahl-
versammlung abzuhalten, zu der wir uns beehren, auch Sie

einzuladen; auch wäre uns Namentennung solcher Herren in Berlin
recht erwünscht, die in der einen oder anderen Weise für uns eintreten
würden, wofür im voraus verbindlichen Dank sagen.

Hochachtungsvoll ergebenst

Johr. v. Bodenhausen, Hauptmann a. D., Unter den Linden 49,
von Borde, Oberstleutnant a. D., Wachsstr. 4, Max Degner, Kauf-
mann, Friedrichsgracht 46, Hermann Erbe, Königl. Hoflieferant,
Niederwallstr. 5, W. Förster, Königl. Hof-Büchsenmacher, Tauben-
straße 50, P. Graul, Rechtsanwalt und Notar, Französischestr. 21,
Herr. D. v. d. Goltz, Propst an St. Petri, Bräderstr. 10, Joh.
Hempel, Vize-Vorsteher, Klosterstr. 71, Friedrich Henkel, Königl.
Hoflieferant, Niederwallstr. 34, A. Heymann, Schneidermeister,
Jüdenstr. 33, P. Köhler, Hausinspektor, Bräderstr. 22/23, S. Linde-
nuth, Königl. Garteninspektor, Universitätsgarten, von Loebell,
Polizeirat, Hofmeister Nr. 8, Dolar Lohse, Fabrikbesitzer, Jäger-
straße 46, Voßner, Hof. Ober-Finanzrat, Schloßwitzer Nr. 7,
Richard Ludwig, Drudereibesitzer, Burgstr. 1, Otto Wech, Kauf-
mann, Gertraudenstr. 18/19, A. Weisemann, Kaufmann, Siegmunds-
hof 14, A. Otto, Hofbrauer, Unter den Linden 40, Karl Brätorius,
Buchhändler, Holzgartenstr. 4, Karl Luenel, Hof-Büchsenmacher,
Französischestr. 1/3, II, D. Dr. Niemann, Pastor, Probstr. 14/16,
Dr. Rich. Schulze, Chemiker, Stralauerstr. 49, S. Schüller, In-
spektor, Weitestr. 15, A. Steinweg, Kaufmann, Grünstr. 1, Paul
Telge, Hofjuwelier, Holzgartenstr. 8, Triebisch, Renier, Holzgarten-
straße 4, Ph. Wlat, Kaufmann, Hofmeister Nr. 9.

Vertraulich.

Geschäftsstelle: C. 19, Grünstr. 1,

Edle Gertraudenstr., Hof geradegu.

Sehr geehrter Herr!

Wir unterzeichneten Wähler des ersten Berliner Reichstags-
Wahlkreises sind zu einem Wahlausschuß zusammengetreten, der mit
aller Macht dahin wirken will, daß in der neuen Legislatur-Periode
unser Wahlkreis einen Vertreter erhält, der streng auf
monarchischem Boden steht und in allen Ehr- und
Wahrheitsfragen unabweislich unsern nationalen Gefühlen entspricht.
Nachdem der bisherige freisinnige Vertreter unseres Wahl-
kreises Herr Zangerhaus eine Wiederwahl abgelehnt hat, scheint der
Augenblick günstig.

Da es uns gelungen ist, in der Person des Herrn General-
Major z. D. Bartels einen Kandidaten zu finden, der auch in
wirtschaftlichen Fragen für die Interessen unseres Wahlkreises als ein
durchaus geeigneter Mann erscheint, so dürfen wir hoffen,
ihn zum Wahlsiege zu führen.

Zu diesem Zwecke bedarf es aber reger Arbeit. Wir müssen an-
möglichst zahlreiche Mitbürger durch Wort und Schrift heranziehen,
um sie über unser Ziel aufzuklären und dafür zu gewinnen. Wir
bitten Sie herzlich, daran mitarbeiten zu wollen, indem Sie die
beifolgende Liste mit Namen solcher Männer füllen, bei
denen man patriotische Gesinnung voraussetzen kann.

Indem wir Ihnen für die kleine Müheverwaltung verbindlichen
Dank sagen, sind wir

hochachtungsvoll ergebenst

Der Wahlausschuß im 1. Berliner Reichstags-Wahlkreis.

Es ist zu bemerken, daß Circular II, welches in einer auf der
Rückseite vorgezeichneten Liste die Namen von der patriotischen Ge-
sinnung aufzählte und dem Wahlausschuß „streng vertraulich“ über-
mittelt soll, sorgfältig verheimlicht, den Wahlausschuß bei
seiner politischen Farbe zu benennen!

Wenn hier nicht eine Aktion der Folgen, nur für ein öffent-
liches Wahlrecht begeisterten Partei der Konservativen vorläge,
so könnte man meinen, daß durch solchen Wahlbetrieb im Dunkel
schäbiger Terrorismus geübt werden soll. Konservativen Männer
thun so etwas nicht und darum wird der Wahlausschuß uns dankbar
sein, daß wir seinen Absichten weiteste Verbreitung geben.

Ein weiterer Circularzettel desselben Wahlausschusses teilt mit,
daß am 24. d. M., Niederwallstr. 11, im großen Festsaal „unser
erste große Wählerversammlung“ stattfinden wird. Man fordert auf
„möglichst etwas früher“ zu erscheinen und Freunde mitzubringen,
„um unserem Herrn Kandidaten eine vollbesuchte Versammlung zu
bieten.“ Schließlich wird verübt: „Hervorragende Redner werden
sprechen.“ Auch diese Ankündigung übergeben wir im Interesse des
konservativen Wahlausschusses der Offenheit.

„Frei von jeder politischen Parteirichtung“ nennt sich der frei-
sinnige Bezirksverein Noabit in den Werbedriften, die er jetzt in
großer Zahl verhilft. Zahlreich haben Leute, die gewürdigt wurden
der Aufforderung zum Eintritt in diesen „parteilosen“ freisinnigen
Verein, und diese Aufforderungen zugesandt mit dem Hinweis auf
den plumpen Vandalismus, den sie darin sehen. Wenn die frei-
sinnigen für ihre Vereine werben, so mögen sie doch offen sagen,
wer sie sind; das Versteckspiel ist nicht sehr würdig.

Ein „ungefähr“ Freisinniger. In Halle ist als Kandidat des
Kartells, dem auch ein Teil der Freisinnigen angehört, der Amts-
gerichtsrat Dr. Vindseil aufgestellt worden. Der Herr stellte sich am
Donnerstag einer Versammlung vor mit der Erklärung, daß er zwar
kein Programm habe, aber so „ungefähr freisinnig“ sei. Als
Kartellkandidat demnach der rechte Mann. Deshalb erklärte auch
nach dem Vortrage der Vertreter des Bundes der Landwirte, er
werde für diesen freisinnigen Kandidaten ebenso stolz eintreten, wie
für einen echten Agrarier. Auch der anwesende Professor Suda-
land sagte, Dr. Vindseil sei freisinnig, aber so gut wie ein Kon-
servativer.

Konservative Doppelkandidatur. Für den Wahlkreis Ebing
wurde in einer Versammlung konservativer Vertrauensmänner be-
schlossen, die bündlerische Reichstagskandidatur v. Diden-
burg für den Wahlkreis Ebing-Marienburg nicht zu unter-
stützen, sondern einen eignen Kandidaten aufzustellen; als solcher
wurde Rechtsanwalt Siroh-Ebing erwählt.

Abbed. Die freisinnige Volkspartei stellte als Reichstags-
Kandidaten für Abbed den Fabrikanten August Pape auf. Damit
ist die beabsichtigte Einigung gegen die Socialdemokratie gescheitert.
1898 fielen auf die Socialdemokratie 9729 und auf die nichtsocial-

demokratischen Parteien 7841 Stimmen; von Letztern hatten erhalten die Nationalliberalen 5283, die Freisinnige Volkspartei 1706, der Bund der Landwirte 838 und die Nationalsozialen 64 Stimmen.

**Der Bund der Landwirte im 7. schleswigschen Kreise hat folgenden Beschluß gefaßt:**

1. Der Bund der Landwirte sieht in Anbetracht der Gesamtverhältnisse des Wahlkreises von der Aufstellung eines eignen Kandidaten ab.

2. Der Bund der Landwirte wird in dem Falle, daß der freisinnige Kandidat mit dem Socialdemokraten in die Stichwahl gelangen sollte, nicht in der Lage sein, den Freisinnigen Wahlhilfe zu leisten.

**Der nationalsozialistische Verein in Göttingen** (12 hannoverscher Kreise) erläßt eine offizielle Erklärung, daß die Nationalsozialen des Kreises zu Gunsten des nationalliberalen Kandidaten Levin auf einen eignen Kandidaten verzichten. Herr Levin, Gußbesitzer von 100 Hektar und Salinenbesitzer, wird nach dem für ihn verbreiteten Wahlaufsehe ebenso für die „Landwirtschaft“ eintreten wie für die Kaufleute, die Handwerker und die Arbeiter.

Als **Polenlandkandidat** führt der polnische Abgeordnete Graf **Kwilecki** sein Mandat im Kreise **Samter-Obornik** durch die deutschen Katholiken bedroht; er hat deshalb bei seinem Wahlkomitee angefragt, ob er nicht eine andre Firma aufsuchen und als Centrumskandidat in die Schlacht ziehen dürfe, um sich das Mandat zu erhalten. Das Polenkomitee hat ihm geantwortet, daß es nur polnische Abgeordnete wolle und ihm einen andern Kandidaten entgegenstellen werde, wenn er sich Centrumskandidat nennen wolle.

## Deutsches Reich.

**Zur Abänderung des Wahlreglements.** Eine parlamentarische Korrespondenz teilt mit: Zur Stellungnahme bezüglich der Bekanntmachung betreffend die Abänderung des Wahlreglements, welche im Reichstage am 21. April auf der Tagesordnung steht, werden die deutschkonservative, nationalliberale Fraktion sowie das Centrum am 21. April vormittags zusammengetreten. Hier wird auch die formelle Frage, ob einmalige Beratung oder drei Lesungen erforderlich sind, zur Entscheidung gebracht werden.

**Gegen die Landrats-Kandidaturen** soll das preussische Ministerium ein allgemeines Verbot erlassen haben. Die Nachricht erscheint noch nicht recht beglaubigt und es ist noch nicht bekannt geworden, daß die Landräte des Abgeordnetenhauses auf ihre Wieder-aufstellung verzichtet haben. Einige liberale Blätter aber feiern schon Triumphe und preisen die Großtat des Grafen **Wilsow**, die noch größer sei als die Sicherung des Wahlgeheimnisses für die Reichstagswahlen. In Wirklichkeit hätte die Maßnahme nur die Bedeutung, daß die preussische Regierung nicht wieder in die interessante Lage gerät, Landräte, die ob landtreiblicher Abstammung gemacht werden, alsbald zu höheren Ehren und Ämtern befördern zu müssen. Für das politische Leben selbst wird nichts geändert, vielmehr werden die Landräte, wenn sie nicht selbst kandidieren sollen, um so eifriger die Wahlmasse für ihre konservativen Standesgenossen besorgen.

## Kiel und Marseille.

Jüngst war das nordatlantische Geschwader der Vereinigten Staaten in die europäischen Gewässer kommandiert. Da wurde es durch den deutschen Kaiser eingeladen, Kiel zu besuchen, um dort freundschaftliche Salute mit der deutschen Flotte zu tauschen. Nun kam aus Washington Gegenbefehl und es hieß, man könne nicht nach Kiel kommen, weil das Geschwader überhaupt nicht in Europa anlanden solle!

Jetzt kommt die Meldung, daß das Mittelmeer-Geschwader der Vereinigten Staaten den Befehl erhalten habe, nach **Marseille** zu gehen und dort an dem Empfang zu Ehren des aus Algier heimkehrenden Präsidenten der französischen Republik teilzunehmen.

Um das Geschehnis angenehmer erscheinen zu lassen, sagt die Schönfärberei der deutschen Sympotierpresse, die Sache liege ganz anders, weil das amerikanische Geschwader in Marseille seinen neuen, zufällig gerade in Frankreich weilenden Admiral dort aufnehmen solle. Es ist klar, daß man aus diesem Grunde nicht gerade Marseille wählen mußte, wo sich jetzt französische, englische, russische und italienische Geschwader zusammenfinden, um den Präsidenten Loubet zu begrüßen.

Die Amerikaner sind seltsame Leute. Loubet hat keine Besuchsreisen in die Vereinigten Staaten veranstaltet und keine Statuen angeboten, aber desto liebenswürdiger behandelt man ihn.

## Deutsch-kanadischer Zollkonflikt.

Im Verlauf seiner Vudgetrede, die am Freitag der kanadische Finanzminister **Mr. Fielding** im Parlament zu Ottawa hielt, erklärte er, daß die kanadische Regierung, nachdem die Zollverhandlungen mit Deutschland fehlschlagen seien, sofort einen Zuschlagzoll von einem Drittel des gegenwärtigen Zolles auf nach Kanada eingehende deutsche Waren erheben werde. Kanada sei willens gewesen, Deutschland alle Vergünstigungen zu gewähren, die es irgend einem andern auswärtigen Lande einräumte. Deutschland sei hiernüt nicht zufrieden gewesen, sondern habe auf der Vorzugsbehandlung bestanden, welche Kanada Großbritannien gewährte. Da dies abgelehnt wurde, habe Deutschland den kanadischen Handel dadurch gestraft, daß es auf kanadische Waren einen höheren Zoll legte. Die kanadische Regierung sei oft getadelt worden, daß sie auf dieses Vorgehen nicht mit einer Sondergesetzgebung antwortete. Sie hätte es aber in dieser internationalen Angelegenheit vorgezogen, mit Sorgfalt und Geduld vorzugehen und hätte ihre Ansichten auch der deutschen Regierung unterbreitet. Dies sei sowohl durch die britische Regierung selbst als auch durch direkte Verhandlungen mit dem kaiserlich deutschen Konsul in Kanada geschehen. Aber obgleich derartige Verhandlungen fünf Jahre angehalten hätten, seien alle Bemühungen erfolglos gewesen. Er schlug daher jetzt vor, in den Tarif eine Klausel einzufügen, welche gewissermaßen dem neuen deutschen Zolltarif entnommen sei: nämlich daß, wenn ein fremdes Land die aus Kanada eingeführten Waren ungünstiger behandle als Waren aus andern Ländern, auf die Waren solcher Länder ein Zuschlagzoll gelegt werden solle. Dieser Zuschlagzoll soll ein Drittel der Höhe des Generalzolls betragen. Eine solche Klausel sei in ihrem Wesen allgemeingültig, werde sich aber sofort auf die Einfuhr aus Deutschland erstrecken mit dem Vorbehalt, daß sie sich nicht auf diejenigen Waren beziehen solle, welche vor dem 16. April gelangt seien.

Die Ursache des Zollstreites ist doch eine etwas andre, wie **Mr. Fielding** sie darzustellen beliebte. Nicht Deutschland ist das Starmiel, das angefangen hat, sondern die kanadische Regierung, die, um die dem englischen Handel lästige deutsche Konkurrenz abzuwehren, England eine Reihe Vorzugszölle einräumte. Erst daraufhin hob Deutschland die den kanadischen Ausfuhrartikeln bisher gewährte Mostbegünstigung auf und brachte seinen allgemeinen Zolltarif zur Anwendung. Die Folgen waren für Kanada weit härtere als für Deutschland; denn die Ausfuhr Kanadas nach dem deutschen Zollgebiet besteht hauptsächlich in Getreide, Weizen, Erbsen, Butter, getrocknete Äpfel; Äpfel, die Deutschland in gleicher Qualität und zu gleichen Preisen auch aus andern Ländern beziehen kann. Mit einem beträchtlich höheren deutschen Zoll befaßt, wie die aus den Vereinigten Staaten eingehenden Körnererträge, vermochte bald das kanadische Getreide mit letzteren nicht mehr auf dem deutschen Markt zu konkurrieren und sah sich immer weiter und weiter zurückgedrängt. Dagegen hat die differentielle Behandlung der deutschen Einfuhr in Kanada fast nur dem deutschen Juder-Export nach dem britischen Nordamerika geschadet; die meisten andern wichtigen Waren, die Deutschland nach Kanada ausführt; Woll- und Seidenwaren, Luxusartikel, Eisenwaren, Hand-

schuhe, Pelzwaren, Glaswaren, Drogen und Chemikalien sind durch sie kaum berührt worden, da Kanada größtenteils auf ihren Import aus Deutschland angewiesen war. Auch die jetzigen Zollmaßregeln, die **Mr. Fielding** ankündigt, werden, da die deutsche Regierung sicherlich mit Gegenmaßnahmen antworten wird, den kanadischen Ausfuhrhandel härter treffen, als den deutschen.

**Der socialdemokratische Antrag** in der Berliner Stadtverordneten-Versammlung über die Wählerlisten, der vor 14 Tagen eingebracht war, aber erst an diesem Donnerstag zur Verhandlung kam, war insofern überholt worden, als ihre sachliche Forderung inzwischen erfüllt war. Der preussische Minister hat den Termin für die Fertigstellung der Wählerlisten auf die Vorstellungen des Berliner Magistrats hin verlängert, und so werden die Wählerlisten — nachdem sie bereits einmal ummüht revidiert werden mußten — erst jetzt von neuem aufgestellt werden.

Ueber die Mythen des doppelten Wahltermins hat die Verhandlung keine Aufklärung gegeben. Der Decernent des Magistrats ging über die hylischen Fragen, die Genosse **Vorgmann** gestellt, diplomatisch hinweg. Er entschuldigte den Wirtswart einfach mit der ministeriellen Anweisung, versuchte aber nicht zu erklären, wie es kommen konnte, daß noch zwei Tage, nachdem die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ den 16. Juni als Wahltermin in Aussicht genommen, in Berlin mit der Aufstellung von Wählerlisten begonnen wurde, die auf den 17. Mai eingerichtet waren. Der Decernent begnügte sich mit der Andeutung, daß man „angenommen“ habe, die Wahlen würden früher stattfinden. Welche Instruktion diese Annahme veranlaßt hat, das verschwieg der Herr diplomatisch. Andererseits hütete er sich auch, die einseitige Verzichtigung der „Freisinnigen Zeitung“ zu betätigen, daß er nach eigenem „Gutdünken“ den 17. Mai als Wahltermin angefeht und dadurch die großen und unruhigen Opfer an Arbeit und Geld durch einen so absurden Einfall veranlaßt habe.

Die ausweichende Antwort des Decernenten beseitigt also endgültig all die blöden Ausreden und Vertuschungsversuche der freisinnigen und nichtfreisinnigen Offiziere.

Uebrigens wird jetzt der „Frankf. Volksstimme“ von zuverlässiger Seite aus Wiesbaden berichtet, daß auch an die Bürgermeister des Regierungsbezirks Wiesbaden eine Verfügung erlassen worden sei, bei der Aufstellung der Wählerlisten alle Personen einzubeziehen, die am 17. Mai 25 Jahre alt werden.

Von wem stammt die Instruktion? Wer hat insbesondere die nicht-preussischen Bundesstaaten angewiesen, die Wählerlisten noch vor Ostern fertig zu stellen, da es die Reichsregierung nicht gewessen sein will? Wer ist zu solcher Verfügung überhaupt befugt? Vielleicht erkundigen sich unsere Genossen in den Einzel-Landtagen einmal nach dem Urheber und dem — Datum der Verfügung.

**Den Gewerkschaften des Norddeutschen Lloyd** kennzeichnet die „Kreuz-Zeitung“ so:

„Der Zustand ist einfach durch Machtmittel niedergeschlagen. Ob diese staatlicher oder privater Art waren, das ist nicht zu sagen; die Wirkung ist dieselbe. Aber nicht nur die Niederschlagung des Ausstandes hat der Lloyd, auf seine Machtmittel gestützt, bewirkt, sondern er hat auch für die Zukunft das Ansetzen von Streiks zu verhindern gesucht, indem er seinen Arbeitern die Ausübung des Koalitionsrechtes verbot. Wohl steht es den Arbeitern frei, in den Gewerkschaften zu bleiben; aber der Lloyd weist ihnen dann die Thür. In praxi also besitzen die Lloydarbeiter keine Koalitionsfreiheit.“

Dieses konservative Urteil über die Vernichtung des Koalitionsrechtes stimmt ganz mit dem unsrigen überein. Es trifft aber auch genau zu auf das Verfahren des Ministers **Vudde** gegenüber den Eisenbahnarbeitern. Herr **Vudde** sagte bekanntlich im preussischen Abgeordnetenhause am 24. Februar 1903:

„Ich protestiere auf das lebhafteste dagegen, daß ich die Koalitionsfreiheit der Arbeiter irgendwie angetastet habe noch antasten werde; aber... die Teilnahme an diesem Hamburger Verbaude hat für den Arbeiter... die Entlassung unter Beobachtung der gesetzlichen Kündigungsfrist aus der Beschäftigung bei der Staatseisenbahn zur Folge.“

Also: „Wohl steht es den Arbeitern frei, in den Gewerkschaften zu bleiben; aber der Eisenbahnminister weist ihnen dann die Thür. In praxi also besitzen die Eisenbahnarbeiter keine Koalitionsfreiheit.“

Um keine Jertümer aufkommen zu lassen, sei übrigens bemerkt, daß die „Kreuz-Zeitung“ in demselben Artikel das Verfahren des Lloyd ausdrücklich als gerechtfertigt bezeichnet.

**Die bessere Chinapolitik.** Die amerikanische Regierung erhielt, wie der „Morning Post“ aus Washington gelabelt wird, Nachrichten aus China, daß die Haltung der Vereinigten Staaten während des Boxer-Aufstandes und danach den Amerikanern jetzt ungewöhnliche kommerzielle Vorteile einbringe. Die chinesischen Behörden zeigen sich für die freundliche Haltung Amerikas dadurch erkenntlich, daß sie sich besondere Mühe geben, amerikanische Waren auf den Markt zu bringen und die amerikanischen Kaufleute bei Reisen ins Innere möglichst unterstützen. Die amerikanische Einfuhr nach China betrug im verfloffenen Jahre nahezu 23 Millionen Dollars, ungefähr 20 Proz. mehr als im vorhergehenden Jahre und über 100 Proz. mehr als vor zwei Jahren. Sie bestand hauptsächlich aus Baumwolle, Tabak, Petroleum und verarbeiteter Baumwolle.

Die Vereinigten Staaten hatten sich wiederholt gegen die deutsche Politik der „gepanzerten Faust“ gewendet! —

## Ausland.

### Frankreich.

**Paris, 17. April.** **Edgar Combes** wurde vom Untersuchungsrichter vernommen und bestritt auf das entschiedenste, jemals irgend wem beauftragt zu haben, in seinem Namen bei einer Ordenslongregation, welche es auch sei, zu vermitteln. **Edgar Combes** erklärte ferner, er kenne **Besson** nicht und er sei in keiner Weise an den von diesem bei **Maget** und **Vervoort** bezüglich der Mission der Kartäuser unternommenen Schritten beteiligt.

Ferner hat der Untersuchungsrichter den Redakteur **Besson** des „Petit Dauphinois“ verhört in der Angelegenheit. **Besson** erklärte, er werde nur vor dem Schwurgerichte antworten, und verlangt, daß seine Sache vor das Schwurgericht gebracht werde.

**Gegen die Kongregationen.** Die Pariser Polizeikommissare haben am Donnerstag 26 Kongregationen den Auflösungsbeehl zugestellt. Die äußerste Frist für die Auflösung ist auf ein bis drei Monate festgesetzt.

Der Polizeikommissar legte an die Liqueurfabrik der **Karthäuser** in **St. Laurent** die Siegel an. Der Vater **Rey**, der bei den Behörden als Eigentümer der Fabrik angemeldet worden ist, hat Einspruch erhoben. Von der Menge wurden feindselige Rufe gegen den Polizeikommissar ausgehoben.

### Italien.

#### Die Freilassung des Russen Göt.

**Rom, 17. April.** Die Anlagelammer von **Neapel** verfügte die Freilassung des russischen Sozialisten **Göt**.

Es ist immerhin in diesen reaktionären Zeiten, da der Ungeist des russischen Jazismus Europa bedroht, schon erfreulich, daß die italienischen Behörden sich der ungeheuerlichen Forderung der durch kein internationales Recht begründeten Auslieferung widersetzt. Die preussische und die Reichsregierung in Deutschland stehen beschämt vor diesem Verfahren Italiens; in Preußen weiß man den Jazismus zu bedienen, indem man Personen, die man nicht ausliefern darf, so ausweist, daß die Ausweisung eine Auslieferung unter Entziehung aller Rechtsgarantien bedeutet! —

## Portugal.

**Militärrevolte.** Ueber **Paris** wird aus **Oporto** berichtet, daß die dortige Regierung die Verbreitung von Nachrichten über den in der portugiesischen Armee herrschenden Aufruhr verbiete. 100 Soldaten vom 16. Infanterie-Regiment seien wegen Gehorsamsverweigerung nach den Kolonien verlegt, ebenso ein Oberst sowie ein **Etat-Major** dieserhalb zur Disposition gestellt worden. Die Ursachen des Auf- rufes werden nicht berichtet.

## Rußland.

**Wie Sklaven sprechen!** Die „Himländische Zeitung“ bespricht das Reskript des Kaisers an den Generalgouverneur von Finnland, wodurch diesem eine außerordentliche Vollmacht zur Sicherung der staatlichen Ordnung und der allgemeinen Ruhe in Finnland verliehen wird. Der Artikel schließt mit den Worten: Wir wollen hoffen, daß diese außerordentlichen Maßregeln zu dem gewünschten Resultat führen und damit der Notwendigkeit zu noch härteren Maßregeln vorgebeugt wird, bei denen augenscheinlich die russische Regierungsgewalt nicht stehen bleiben wird, um, was es auch kosten möge, den für jeden treuen Unterthan heiligen selbstherrlichen Willen des Kaisers von Rußland zu verwirklichen.

## Türkei.

**Konstantinopel, 16. April.** **Schemsi-Pascha** wird bis zum 18. April bei **Witrowiza**, **Prigrend** und **Berissowitj** 33 Bataillone und genügend starke Abteilungen Artillerie und Kavallerie zusammengezogen haben. In diplomatischen Kreisen wird gehofft, daß noch in letzter Stunde eine friedliche Unterwerfung der Albanesen gelingen werde.

Der **Soudschef** des Generalstabes, **Marshall Dmer Rudschik Pascha**, der im letzten türkisch-griechischen Kriege als Generalstabschef fungierte, ist zum Kommandanten der bei **Witrowiza**, **Prigrend** und **Berissowitj** zusammengezogenen Truppen ernannt worden.

## Der Kongreß von Bordeaux.

Bordeaux, 14. April. (Fig. Ver.)

### Dritter Verhandlungstag.

Vormittags-Sitzung, 9 Uhr.

Vorsitz: **Abg. Gerault-Richard**, **Abg. Fiper** und **Montier**. Am Schluß der gestrigen Nachmittags-Sitzung wurde eine Nachsitzung anberaumt. Die Delegierten versammelten sich also um 10 Uhr abends. Aber die Resolutionskommission über die Millerand-Frage teilte mit, daß sie ihre Arbeiten erst in späterer Nacht beenden könnte, und hat um Verschiebung der Sitzung auf morgen. Es kam deshalb zu lärmenden Protesten.

Die Kommission war erst um 2 Uhr nach Mitternacht mit ihren Arbeiten fertig.

Im Beginn der heutigen Vormittags-Sitzung ergreift das Wort **Kenaudel** als Berichterstatter der Kommissionsmehrheit: Die Kommission hat mit 19 gegen 16 Stimmen bei 2 Stimmenthaltungen folgende Resolution beschlossen:

„Der Kongreß beschließt, daß Bürger **Millerand** aus der sozialistischen Partei ausgeschlossen ist wegen seiner antisozialistischen Abstimmungen.“

Eine zuvor von der Linken in der Kommission beantragte Resolution lautete:

„Indem der Kongreß anerkennt, daß Bürger **Millerand** die Verantwortung für seine Haltung und seine Handlungen energisch auf sich genommen hat,

und ohne darauf zu verzichten, Reformen zu erstreben, die durch die republikanische Gesetzgebung erreicht werden könnten,

erklärt er, daß die sozialistische Partei eine revolutionäre Partei bleibt nach ihrem Ziele; der Umgestaltung der kapitalistischen Gesellschaft in eine kollektivistische oder kommunistische, und nach ihren Mitteln: dem Generalstreik und der Zusuchnahme zur proletarischen Gewalt für den Fall, wo die Expropriation der Bourgeoisie auf parlamentarischem Wege unmöglich wäre;

er erklärt ferner, die sogenannte Realpolitik (politique des réalités) nur insofern für zulässig zu halten, als sie weder irgend eine Verletzung des sozialistischen Programms und der sozialistischen Prinzipien, noch irgend einen Verzicht auf das sozialistische Ideal nach sich zieht;

und beschließt, daß Bürger **Millerand** durch seine Abstimmungen, diese Illustrationen seiner persönlichen Taktik, sich außerhalb der sozialistischen Partei gestellt hat.“

Das **Kenaudels** Verdict sei folgendes angeführt: Die beantragte Ausschluß-Erklärung richtet sich nicht gegen eine Auffassung, sondern gegen eine Person. **Millerand** steht mit seiner Haltung allein da. Sie, **Jaurès**, haben ja selbst Vorbehalte gemacht gegenüber **Millerands** persönlicher Auffassung, für Sie ist in der Partei ein Platz da, nicht aber für **Millerand**. Und selbst wenn eine bestimmte Idee ausgeschlossen werden müßte, so hätten wir ein Recht dazu. Man hat schon den Ausschluß einer Idee gegen links vorgenommen, den Ausschluß des Anarchismus, und daher sind die Gewerkschaften in Frankreich von Anarchismus überflüssig. **Millerands** Auffassung ist ein Hindernis für die Einigung mit den revolutionären Sozialisten. Diese Einigung muß aber vorbereitet werden. Die anonyme Masse der Genossen in der Provinz wird endlich merken, daß sie geprellt wird, indem sie stets die Streitigkeiten der Führer zu den ihren macht. (Lebhafte Beifall links.) Ist doch die **Millerand-Frage** von unten her auf die Tagesordnung gesetzt worden, nicht von den Führern. (Proteste rechts.) Schon gut! Nur **Eure Anhänger** (nach rechts) bekommen keine Lösungsworte von oben. Habt Ihr vergessen, daß selbst in **Euren** Föderationen Meinungsverschiedenheiten über **Millerand** ausgefochten wurden? Die Masse hat die subtilen Unterstellungen, die widerprüchsvollen Handlungen satt.

Wir haben nicht das große Ansehen der Verteidiger **Millerands**. Sie, **Jaurès**, haben ein schweres Gewicht auf die Waagschale gelegt. Desto schwerer ist die Verantwortung, die wir übernehmen. Wir sind keine Fremde von **Banussländen**. Beweis: seit drei Jahren erkennen wir auf **Euren** Kongressen trotz so zahlreicher Prozedur-Mänder **Eure** Rechte. Wenn **Millerand** von selbst aus der Partei austritt, so sind wir noch heute bereit, den Ausschluß-Antrag zurückzuziehen. Es liegt uns nichts daran, **Millerand** als Person zu treffen, wohl aber daran, daß er ein Hemmnis für unsre Aktion und Propaganda ist. Bedenkt, daß nach 3 Jahren seiner Minister-schaft die französische sozialistische Partei die einzige in Europa ist, die in den Wahlen im Stillstand geblieben. Eine Partei, die nicht vorwärts kommt, geht zurück. Ich sage nicht, daß **Millerands** Minister-schaft daran schuld ist, aber warum spricht Ihr von den wohlthätigen Folgen derselben?

Zum Schluß erklärt **Kenaudel**, daß die Linke beschlossen hat, an der weiteren Diskussion sich nicht mehr zu beteiligen: Die Föderationen hatten schon vor dem Kongreß alle Dokumente vor Augen. Auf dem Kongreß dauert die Diskussion schon zwei Tage. Das genügt! Jetzt könnt Ihr reden, was und so lange Ihr wollt. Wir werden nicht antworten. Die Frage ist geklärt. Von unsrer Seite hat der letzte Redner gesprochen. (Lebhafte Beifall links.)

**Jaurès** beantragt namens der Kommissionsminderheit (16 Föderationen) folgende Resolution:

„In Erwägung, daß die Aktion der sozialistischen Partei stets durch die Idee einer vollständigen Umgestaltung der gesellschaftlichen Ordnung geregelt werden muß,

in Erwägung, daß das notwendige alltägliche Reformwerk nicht getrennt werden darf von der steten theoretischen und praktischen Betätigung des sozialistischen Ideals, wie es von den nationalen und internationalen Kongressen bestimmt wurde, und namentlich vom **Tours-Kongreß**,

erklärt der Kongreß von **Bordeaux**, daß es die strenge Pflicht der sozialistischen Deputierten ist, durch ihr Votum die Tradition der sozialistischen Partei bezüglich der Trennung zwischen Kirche und Staat aufrechtzuerhalten und stets die freie Entwicklung der Arbeiterklasse zu sichern, die für den notwendigen Kampf gegen die Kapitalistenklasse organisiert ist,

und erklärt außerdem, daß die sozialistische Partei zwar eine Partei des freien Gedankens und der fortwährenden wissenschaftlichen Untersuchung ist, daß es aber ihre Pflicht gegenüber dem Proletariat ist, von allen ihren Deputierten zu fordern die disziplinierte und treue Beobachtung der kollektiven Beschlüsse der im Kongress versammelten Partei, — und nimmt zur Kenntnis die in diesem Sinne vom Bürger Millerand abgegebenen Erklärungen.

Diese Resolution, so führt Jaurès aus, entspricht den berechtigten und vernünftigen Wünschen aller, selbst unserer Gegner. Denn sie enthält alles, was unsere Partei wollte: 1. daß der alltägliche Kampf in seinem Widerpruch zu unserem Ideal stehe; 2. die Aufrechterhaltung der traditionellen Manifestation gegen das Kultusbudget, wodurch das individuelle Votum Millerands abgewiesen und dessen Wiederholung in der Zukunft verboten wird; 3. Freiheit des Gedankens, keine Dogmen, das ewige Recht der Partei auf die Fortentwicklung ihrer Auffassung, um in Einklang mit der Entwicklung der Dinge zu bleiben. Ohne das letztere wären wir die elendeste Sekte, da wir uns für eine unfehlbare Kirche ohne Gott erklären würden.

Andererseits fordert die Resolution die Disziplin in den Handlungen, für die Deputierten also in den Abstimmungen. Millerands Erklärungen genügen: er beansprucht für seine Ideen das Recht auf die Zukunft, welches allen Ideen zusteht, aber er erkennt für sich die Disziplin in den Abstimmungen an.

In unserer Resolution ist alles da: Grundsätze und Klarheit, es fehlt nur eines — die Ausföhrlichkeit Millerands. In Renaudels Resolution ist dagegen alles dunkel, zweideutig und nur eines klar — die Verjagung Millerands aus unseren Reihen. Ihr schließt Millerand aus „wegen seiner antisozialistischen Abstimmungen“. Aber zwei Tage lang fordert Ihr von Millerand, was auch seine Auffassung sein mag, bloß die Verpfändung, Disziplin zu halten. Diese Verpfändung hat er übernommen. Was wollt Ihr also noch? Was für eine Komödie haben wir hier gespielt? In der Kommission wurde bemerkt, Millerand hätte bereits in der Firmung-Rede diese Verpflichtung übernommen, sie aber nicht erfüllt. Daher kein Vertrauen mehr zu ihm! Dazu habt Ihr kein Recht, es wäre ein vorbeugender Vandalismus, ein wahrer Mißbrauch der Gewalt.

Jaurès wirft der Linken eine zweideutige Haltung vor: Wären es nur die Abstimmungen, so würden Sie nicht auf dem Ausschluß bestehen. Als Abstimmungen sind vielleicht weniger wichtig als die Verwerfung der kollektivistischen Ideen durch die ganze Kammerfraktion (unter dem Kabinett Waldeck-Rousseau in der Debatte über die Chalons-Messe). Ihr habt aber dagegen nicht protestiert. In Wirklichkeit wollt Ihr Millerands Auffassung treffen. (Zustimmung links.)

Jaurès greift bestig die Linke an wegen der Erziehung ihrer ersten prinzipiell motivierten Resolution durch die kurze Ausschluß-Erklärung: Euer Gedanke bleibt doch nicht verborgen. Morgen werdet Ihr diese Erklärung, die sich zum Schein auf die Abtrünnigen bezieht, im Sinne der Ausschließung einer Auffassung auslegen. Ihr müßt das heute hier direkt zur Entscheidung bringen.

So liegen die Grenzen der Auffassung und Taktik, die Ihr treffen wollt? Wer wird mit Millerand zugleich ausgeschlossen werden? Habt Ihr das bedacht? Die Abstimmungen sind eine falsche Anwendung der Millerandschen Auffassung, deren Grundlage, wie Sarrante ausgeführt hat, in der durch die Demokratie gesicherten legalen Aktion besteht. Wollt Ihr also nicht nur die falsche Anwendung, sondern die Auffassung selbst treffen, dann schließt Ihr zahlreiche Genossen aus, die in der Partei älter sind als ich und Renaudel. Nach dem ersten Einleitungs-Karren werdet Ihr zahlreiche Karren zu verfertigen haben, so zahlreiche, daß Ihr genötigt wäret, die Abgeordneten zurückzurufen. Ich rate Euch gleich, den Inhabern dieser Karren Hin- und Hinfahrt-Billetts mitzugeben: drei Viertel der Partei müßten in den Karren Platz nehmen. Ihr habt die Pflicht, Euch hierüber klar auszusprechen.

Redner wiederholt seine Argumente für die Heilsamkeit der Erziehung verschiedener und selbst gewissermaßen einander widersprechender Auffassungen innerhalb der Partei. Millerand ist ein intransigentier Anhänger des Kompromisses. Ich mag diese Intransigenz ebenso wenig, wie die ihr entgegengesetzte Intransigenz. Sich selbst überlassen, ist für eine Gefahr, aber auch der traditionelle Revolutionarismus kann für sich allein zu anarchischen Konvulsionen führen oder zur Proletenmachei werden.

Auch mich würdet Ihr durch das Ausschlußvotum ausschließen, freilich nur teilweise. Ihr würdet mir einen Teil des Gehirns weg-schneiden, in einem Winkel meines Gehirns reserviere ich einen Platz für andre Auffassungen und Hypothesen als die geltenden. Ein teilweiser Ausschluß ist schlimmer als ein vollständiger, er verknüpft die Kämpfer. (Anhaltender Beifall rechts.) Ihr wollt unsere propagandistische Kraft lähmen, indem Ihr uns nötigt, die Hälfte unseres Bewußtseins zu verbürgen.

Man sagt, Millerand wäre ein Hindernis für die Einigung mit den Guesdisten. Ihr wollt also die Mische derjenigen erleichtern, die uns freiwillig verlassen haben, um den Preis der Opferung eines Genossen, der in unseren Reihen ist! Und seid Ihr sicher, daß dieses Opfer genügen wird?

Jaurès befragt die Ursachen der Spaltung zwischen seiner Partei und den Guesdisten, welche über die Millerandsche Minister-schaft hinaus zurückreichen, und leitet die guesdistische Richtung. Er versichert, daß Millerand im Falle seiner Ausschließung geraden Weges sich als Parteimitglied bei den Guesdisten einschreiben könnte, da diese für ihn von jeher eine besondere und beständige Zärtlichkeit an den Tag gelegt hätten.

Jaurès schließt mit den Worten: Die erste Ausschließung wäre das Signal für weitere Ausschließungen, für den Einzug eines inquisitorischen Geistes in jede einzelne Föderation, für die Schaffung einer Kategorie von Verdächtigen, der Millerandschen Auffassung verdächtigen. Der Kongress ist zwar souverän, aber die Natur der Dinge kann er nicht ändern. Trotz des Ausschlusses, wird Millerand in den Augen des Proletariats ein Sozialist bleiben, da der Ausschluß unverständlich wird nach den Millerandschen Verpflichtungen für die Zukunft und die Ausschluß-Erklärung keine andern Gründe als die Abstimmungen angibt. Die Kongress-Debatten enthalten wohl andere Gründe, aber nach kurzer Zeit wird der Eindruck der Debatten verwischt sein, während die Verdienste Millerands frisch von neuem sich dem Gedächtnis aufdrängen werden. So gelegentlich der Verlängerung der Arbeitszeit von 10 $\frac{1}{2}$  auf 10 Stunden (April 1904) und gelegentlich der kommenden Beratung der Altersversicherung-Vorlage. Das Proletariat wird sagen: Millerand ist ein Sozialist, und die Autorität dieses Kongresses wird kompromittiert werden infolge des begonnenen Gewaltmißbrauchs. (Andauernder, stürmischer Beifall der Mehrheit und Hochrufe auf Jaurès.)

Man sieht nun hart vor dem Ausgange der heißen Schlacht, die aber jetzt die Eigentümlichkeit anweist, daß das Fährlein der Linken gemäß der Ankündigung Renaudels an der weiteren Debatte sich nicht beteiligt. Nur hier und da greift ein Mitglied der Opposition in die Debatte ein, um eine kurze thatfällige Ver-rückung zu machen.

Der wichtigste Zwischenfall ist die Schwankung und die schließlich Sinnesänderung des Delegierten Fabre-Marseille, der über drei Mandate verfügt und selbst die von Renaudel beantragte kurze Ausschluß-Erklärung verfaßt hat. Die Entscheidung hängt von wenigen Stimmen ab. Daher ein heißer Kampf um Fabre. Diesem genügen, wie er zweimal wiederholt, die gestrigen Erklärungen Millerands nicht. Andere Delegierte mit gebundenen Ausschluß-Mandaten geben sich mit jenen Erklärungen zufrieden und wollen, ungeachtet ihrer Mandate, für die rettende Resolution Jaurès stimmen. Im Jahres-Stimmen zu gewinnen, erklärt

Millerand: Ich habe gestern gesagt und wiederhole es heute: Da der Kongress und ich über die Grundlagen und die Minister-frage übereinstimmen, so sehe ich keine Schwierigkeit, mich in einer Anwendungsfrage vor den Beschlüssen der Mehrheit der Kammer-fraktion zu beugen (winceler). Ich habe schon gestern wörtlich gesagt: Ich will als disziplinierter Soldat Hand in Hand mit den Genossen marschieren für die Republik und die sozialistische Idee.

Aber auch diese Erklärungen genügen Fabre nicht; schließlich aber erklärt er, sich der Abstimmung enthalten zu wollen.

Es folgen noch eine Reihe begründender und die Linke an-greifender Erklärungen für die Resolution Jaurès, darunter die von Pressensé namens der Kammerfraktion und der Rhône-Föderation (Rhon): Die Abstimmungen Millerands haben die Rhône-Föderation betrieft, aber sie will nur für die Zukunft Vorsichtsmaßregeln treffen. Millerands Erklärungen haben die Sorge um die Zukunft beseitigt. Eine weitere Garantie liegt darin, daß Millerand für die Resolution Jaurès stimmen wird. Dann zeigt der Umstand, daß Millerand hier erschienen ist, um sich vor dem Kongress zu rech-tfertigen, welchen großen Wert er auf die Zugehörigkeit zur sozia-listischen Partei legt. Nach wir keinen Tendenzprozeß! Wenn durch den Ausschluß eine Doktrin getrieben werden soll, so müßten auch die andern ausgeschlossen werden, die wie Millerand denken. Handelt es sich aber nur um eine Frage der Disziplin, so ist sie durch Millerands Erklärungen befriedigend gelöst.

Seitens der Linken hat nur Sautol eine begründende Erklärung für den Ausschluß abgegeben: Die früheren Erfahrungen machen es unmöglich, an Millerands Wort zu glauben. Für die Resolution Renaudel haben in der Kommission erstens diejenigen gestimmt, die nur wegen der Abstimmungen Millerands ausschließen wollen, und zweitens die Gegner seiner Auffassung, die aus der sozialistischen Partei eine bloße demokratische Volkspartei macht. Beide sozialistische taktische Auffassungen sind notwendig, die reformistische und die revolutionäre. Aber Millerand ist kein Sozialist! Fragt nur die russischen Sozialisten, wie sie über Millerand denken. (Zärende Proteste rechts.) Redner spricht unter wachsendem Lärm und schließlich unter dem Beifall der Linken mit den Worten: Wird Millerand nicht ausgeschlossen, so werden Spaltungen, Abbrödelungen und der Untergang der Partei die Folge sein.

Der der Abstimmung entziehen noch zwei unerquickliche Zwischen-fälle infolge des Frontwechsels einiger Delegierten zu Gunsten Millerands, trotz der gebundenen Ausschluß-Mandate.

Es giebt nämlich insgesamt 214 Mandate bei etwa 80 Dele-gierten. Jeder Delegierte besitzt also mehrere Mandate, er kann aber statutenmäßig nur drei Mandatsstimmen abgeben. Die Linke zählte nun am Beginn des Kongresses, wie gemeldet, etwa 30 Man-date Mehrheit für den Ausschluß, aber ihre Delegiertenzahl ist geringer als die Zahl der rechtsstehenden Delegierten. So kam es, daß unter andern einige überflüssige Mandate der Linken Delegierten der Charente-Inférieure anvertraut wurden, die anfangs für den Ausschluß stimmen wollten. Als dann die Betroffenen ins Millerand-Jaurès'sche Lager abgewandert, wurden ihnen die Aus-schluß-Mandate — übrigens infolge ihrer offenen Erklärungen über den Frontwechsel — weggenommen. Thizon (Linke) bringt den Fall selbst zur Sprache, um die bezüglichen Mandate in der Abstimmung verwenden zu dürfen. Jaurès protestiert dagegen und nennt es „ein mißbräuchliches und gefährliches Verfahren“. Jean Longuet bringt aber zur Sprache folgenden Fall: Abg. Pastre-Gard hat un-geleht drei von ihm vergebene Ausschluß-Mandate zurückgezogen, um sie an die Gegner des Ausschlusses zu vergeben. Abgeordneter Pastre erklärt, er sei der einzige Delegierte der Gard-Föderation, die aber neun Mandate besitze, davon sechs für Millerand und drei gegen. Diese drei Ausschlußmandate hat er nun an die Linke vergeben, wie die drei überflüssigen Millerand fremd-liehen Mandate an die Rechte. Er persönlich sei von Anfang an gegen den Ausschluß, zuletzt aber habe er sich vorgenommen, auch die drei Ausschlußmandate gegen den Ausschluß zu verwenden. Er wisse sich dem Geiste seiner Föderation treu.

Es entsteht noch eine längere Debatte über die Abstimmungs-weise. Die Rechte verlangt den Namensaufruf, die Linke die Zettel-abstimmung (gedruckte Stimmzettel sind bereits da.) Schließlich einigt man sich dahin, die Namen der Föderationen aufzurufen, sowie der Delegierten jeder aufgerufenen Föderation, wobei jeder Delegierte neben seinem mündlichen Votum die Zahl seiner Mandate anzugeben hat.

**Resultat der Abstimmung:**  
Die Resolution Jaurès ist mit 109 gegen 80 auf die Resolution Renaudel gefallenen Mandatsstimmen angenom-men bei 15 Enthaltungen und einem Abwesenden. Millerands Ausschluß ist also abgelehnt.

Die Proklamierung des Ergebnisses der Abstimmung wird rechts mit lebhaftem Beifall und Hochrufen auf Jaurès, links mit einzelnen Zwischenrufen aufgenommen.

**Nachmittags-Sitzung. (Schluß.)**

Begrüßungsbepfechen sind eingetroffen vom belgischen Partei-tag, vom italienischen Parteivorstand und der italienischen Kammer-fraktion, von der italienischen sozialistischen Union in Frankreich und von der Gewerkschaft der seit mehreren Monaten streikenden Metall-arbeiter von Bessege mit der Bitte um Streikunterstützungen.

Es wird zu diesem Zweck eine Subscriptionsliste unter den Delegierten in Umlauf gesetzt werden.

Nach Erledigung der Millerand-Frage sind auf der Tages-ordnung des Kongresses noch über 30 Fragen und Anträge stehen geblieben. Der Kongress verfügt aber nur noch über eine Sitzung. In der Debatte über den weiteren Gang der Beratungen verlangt Hervé die Behandlung nur noch folgender drei Fragen: 1. Organi-sation des Interföderalen Komitees, 2. Zusammenfassung der Kammerfraktion und 3. Beteiligung von Sozialisten an der bour-geoisen Regierungsgewalt. Thizon erinnert an den noch nicht dis-kutierte Bericht der Kammerfraktion: Man muß doch über die statutenwidrige Zusammensetzung der Fraktion Beschlüsse fassen, um wenigstens für die Zukunft die Verlegung der Tours-Beschlüsse zu vermeiden. Außer Millerand haben noch andre Fraktions-Mit-glieder im Wahlkampfe das Tours-Programm nicht affiziert. Es giebt ferner ein Fraktions-Mitglied, das seiner Parteioffiziatur angehört.

Heppenheimer spricht gegen Thizons und Hervés Anträge: Es fehlt die Zeit und der Kongress soll nicht unter abschüchtligen Ein-drücken, wie sie durch die vorgeschlagenen Diskussionen hervorgerufen werden würden, seine Arbeiten schließen.

Hervé: Wird die Ministerfrage nicht diskutiert, so bleibt es beim bezüglichen Tours-Beschluß (ohne Partei-Entscheid kein sozialistischer Minister). Die Anträge von Hervé und Thizon sind abgelehnt.

Mitten in der Tagesordnungs-Debatte wurde beschloffen, für den nächsten Kongress einen **internationalen Programmtext** aus-zuarbeiten. Damit werden betraut einerseits die Kammerfraktion und das Interföderale Komitee, andererseits ein vor dem Parteitag zusammenberufender Kongress der sozialistischen Ge-meinschaft. Dieser Kongress soll in Limoges tagen.

Der nächste Parteitag wird in Saint-Etienne tagen. Parteisekretär Orry verliest den gedruckten und soeben ver-teilten

**Bericht des Interföderalen Komitees.**

Zur Zeit des Tours-Kongresses zählte die Partei 28 autonome Föderationen und zwei Landesorganisationen (Poffibilisten und die Sonderorganisation der ehemaligen „Unabhängigen“). Diese letzteren haben sich aufgelöst, um in der Gesamtpartei aufzugehen. Heute giebt es 38 autonome Föderationen in der Partei. Die 10 neu beigetretenen Föderationen sind: die von Ain, Côte d'Or, Jura und Savoie, die vor dem Tours-Kongress aus der Partei ausgetreten waren, ferner die selbstständigen Föderationen von Aube und Somme, schließlich vier neugegründete in den Departements Bouches-du-Rhône, Charente-Inférieure, Haute-Vienne und in Algerien. Außerdem giebt es in 15 Departements eine Anzahl Gruppen, die an die benachbarten Departements-Föderationen angeschlossen, da sie in jedem einzelnen Departement noch nicht die statutenmäßig er-forderliche Zahl erreicht haben, um eine eigene Föderation zu bilden. Das Tours-Programm wurde zwecks Affizierung im Wahl-kampfe in der Form von großen Plakaten gedruckt in einer Auflage von 20 000 Exemplaren und den Föderationen auf ihr Verlangen zugestellt.

In den Kammerwahlen 1902 hat die Partei in der Hauptwahl 405 000 Stimmen gemustert bei einer Gesamtzahl von 650 000 sozialistischen Stimmen, d. h. 40 Proz. Stimmen mehr als alle andern sozialistischen Organisationen zusammen.

Vor der Stichwahl hat das Komitee ein Manifest erlassen zu Gunsten der Unterstützung der republikanischen Parteien gegen die reaktionäre Koalition.

Mit der Kammerfraktion blieb das Komitee in steter Fühlung. Sie ist in demselben vertreten durch die Abgg. Jaurès und Briand. Agitation. Trotz der schwachen Hilfsmittel und der mangel-haften Unterstützung der Föderationen hat das Komitee doch den meisten an ihn gelangenden Forderungen um Redner entsprochen. Vom Juni 1902 bis April 1903 (in den Wahlkampf hat das Komitee nicht eingegriffen) wurden 2000 Vorträge in der Provinz durch das Komitee veranstaltet.

Profrühen: Das Komitee hat drei Profrühen heraus-gegeben: 1. Die Reden von Jaurès, Briand, Viviani und Millerand auf dem nach den Kammerwahlen veranstalteten Bankett, 2. Jaurès' Reden über die Abrüstung und 3. das Programm und die Statuten der Partei. Eine vierte Profrühre ist in Vorbereitung — ein Kom-mentär zum Parteiprogramm.

Bulletin. Seit Januar 1903 erscheint ein offizielles Partei-bulletin jeden Monat.

Der Bericht des Komitees wird ohne Debatte genehmigt. Nach längerer lebhafter Debatte wird ein Manifest des Komitees betreffs der Insel Martinique sanktioniert und eine Protest-revolution in derselben Angelegenheit gefaßt, eine Resolution, die ihre Spitze gegen die Kammerfraktion richtet. Der bereite Beschwerde-sührer gegen die Fraktion ist der junge Malatte Laproffière, Dele-gierter im Interföderalen Komitee für Martinique. In der Resolution wird von der Fraktion verlangt, der Regierungsbildung der Insel selbst gegenüber einem Ministerium der republikanischen Union zu ihrem Rechte zu verhalten.

Der gedruckte Finanzbericht wird nur unter den Delegierten und zwar vertraulich verteilt. Thizon, Parteikassierer, beschwert sich über die nachlässige Zahlung der so geringen Parteibeiträge und über die Finanznot. Es wird einstimmig beschloffen, das Abonnement auf das monatliche Parteibulletin für alle Gruppen obligatorisch zu machen. Die ersten drei Nummern des Bulletins wurden den Gruppen unentgeltlich zugestellt.

Jaurès erklärt, sein Mandat als Delegierter des Inter-nationalen sozialistischen Bureaus niederlegen zu müssen, weil es ihm an freier Zeit fehle, um dieses Mandat gebührend zu erfüllen.

Anlässlich der Wahl des neuen Delegierten kommt es noch ein-mal zu einer Kräftprobe zwischen den beiden Lagern. Die Rechte stellt auf die Kandidatur Pressensé, die Linke schlägt Cipriani vor. Durch Handausheben wird mit großer Mehrheit Pressensé gewählt. Sodann wird Cipriani zum Erzhelfer ohne Wider-spruch gewählt.

Auf den Antrag Jean Longuets wird eine Resolution zu Gunsten der Armenier und aller bedrückten Völkerschaften der Türkei votiert.

Die übrigen 30 Punkte der Tagesordnung bleiben sämtlich un-erledigt.

Vorsitzender Geraud-Richard hält eine Schlussrede. Um 7 Uhr geht der Kongress auseinander.

## Die unabhängige Arbeiterpartei Englands

hielt während der Ostertage in York ihre erste Jahreskonferenz ab. Die Eröffnungsvrede Bruce Glasiers klang dahin aus, daß die Arbeiterpartei sich vollkommen unabhängig von den Liberalen machen müsse. Diese Erkenntnis nehme auch innerhalb der Trades-Unions immer mehr zu. Er teilt mit, daß dem Arbeitervertretungs-Komitee jetzt bereits Organisationen mit einer Gesamtmitgliederzahl von 800 000 angehören.

Zum Jahresbericht beantragt Hobson-London eine Re-solution, in der verlangt wird, daß in dem Labour-Repräsentations-komitee die sozialistischen Prinzipien mit mehr Nachdruck betont werden. Diese Resolution wurde mit 79 gegen 34 Stimmen abgelehnt. — West-Brumwich hat eine Resolution unterbreitet, in welcher die Unabhängigkeit der Arbeiter-Abgeordneten von den beiden kapitalistischen Parteien gefordert und das Bedauern über die Haltung Wells ausgesprochen wird. In der Diskussion wird das Verhalten Wells mit scharfen Worten getadelt; sogar sein Ausschluß aus dem Komitee wurde beantragt. Von dieser Resolution wurde nur der erste Teil angenommen.

Higmann-Blackburn sprach über die richterlichen Ent-scheide gegen die Trades-Unions; das einzige Mittel gegen diese reaktionären Maßnahmen sei die politische Aktion. Man müsse Leute in das Parlament entsenden, die unabhängig von den Tories und Liberalen die Interessen der Arbeit vertreten. Keir Hardie teilt mit, daß er zur Zeit gemeinsam mit einigen andern Abgeordneten einen Gesetzentwurf anarbeite, durch den die Fests der Gewerkschaften geschützt werden sollen.

Woolwich beantragt die Verschmelzung der sozialistischen Kor-porationen Englands in die Wege zu leiten. Die Zeit sei gekommen, wo die Kräfte vereinigt werden müßten; es solle ein Komitee, bestehend aus Mitgliedern der „Sozialdemokratischen Föderation“ und der „Unabhängigen Arbeiterpartei“, in Funktion treten, um die Einigung herbeizuführen. Nach Ablehnung dieser wird einer Resolution von der Glasgower Gruppe zugestimmt, in welcher es heißt, daß die Verständigung der Korporationen Aktion in dem Labour-Repräsentations-komitee gegeben sei. — Als Präsident für das nächste Jahr wurde Philip Snowden gewählt.

Am zweiten Sitzungstage giebt Keir Hardie den Bericht über seine parlamentarische Thätigkeit, die vom Kongress gutgeheißen wird. Sodann gelangt eine Resolution zur Annahme, in der ver-langt wird, daß eine Reduzierung der Einkommensteuer so lange nicht vorzunehmen ist, so lange nicht für eine Pension für alte Arbeiter vorgesorgt ist. Zur Frage der Municipalisierung industrieller Unternehmen wird eine Resolution angenommen, in der gefordert wird, daß die Profite aus den städtischen industriellen Betrieben für Arbeiter-wohnungen und andre Unternehmen zu Gunsten der Ar-beiterklasse, nicht aber zur Herabsetzung der Einkommensteuer verwendet werden sollen. Zur Wohnungsfrage schlägt die Gruppe York eine Resolution vor, in welcher Bezug genommen wird auf die großen Mißstände, welche die Ueberfüllung der Wohnungen zur Folge hat. Wo eine solche Ueberfüllung der Wohnungen und eine sehr hohe Bodenrente vor-herricht, sollen Volkalkomitees gebildet werden, die von den Rechten, welche das Gesetz von 1890 ihnen verleiht, einen energischen Ge-brauch machen. Die Regierung wird aufgefordert, in dem in Aussicht genommenen Entwurf eines Wohnungsgesetzes folgende Punkte mit zu berücksichtigen: Vaugelder sind aus Sparlüssen und andren Quellen zu niedrigem Zinsfuß und langen Abzahlungs-fristen stütz zu machen; strenge Ueberwachung der Wohn-häuser durch Wohnungsinpektoren (Aerzte). Werden die obigen Punkte im Regierungsentwurf nicht berücksichtigt, so soll ein Komitee beauftragt werden, ein Wohnungsgesetz aus-zuarbeiten. — Derauf beschloß der Kongress eine antimilitaristische Resolution. Nachdem noch eine Resolution gegen die Kinderarbeit beschloffen und ferner dem Lord Penrhyn ein Tadel wegen seiner Weigerung, den Konflikt mit seinen Arbeitern einem Schieds-gericht zu unterbreiten, ausgesprochen ist, wird der Kongress ge-schlossen. Der nächste Kongress findet in Cardiff statt.

## Partei-Nachrichten.

Die Winte für die Reichstagswahlen sind nunmehr in der Buchhandlung Vorwärts erschienen. Die Broschüre ist in Taschenformat gehalten und bringt unter Veranschauligung der vom Bundesrat beschlossenen Aenderungen, die wichtigsten Bestimmungen des Wahlreglements sowie einen Auszug aus dem Wahl-gesetz und erläutert in einzelnen Kapiteln:

Wer ist wahlberechtigt? — Verbreitung von Wahl-Druckschriften — Wahlversammlungen — Wählerlisten — Wahlzeit — Stimmzettel —

**Wahlgeheimnis — Wahlhandlung — Wahlbeeinflussungen — Wahlkontrolle — Wahlprotokoll — Die Rechte der Wähler und die Pflichten unserer Parteigenossen zur Organisation des Wahlkampfes.**

Für jeden in der Agitation stehenden Genossen wird die Pflicht sein, ein Leiter und Ratgeber sein, inwieweit namentlich für diejenigen, die mit der Ueberwachung des Wahlfalles betraut werden: a.

Der Preis ist so gestellt, daß Wahlkomitees, Wahlvereine usw. diese leicht anschaffen können.

Es kosten: 1 Stück 10 Pf. — 10 Stück 80 Pf. — 100 Stück 5 M. 50 Pf. Stück 20 M. — 1000 Stück 80 M. Bestellungen sind an die **Wahlhandlung Vorwärts**, Berlin SW., Lindenstraße 69, zu richten.

### Der Parteitag der ungarischen Sozialdemokratie

nahm auch, wie schon telegraphisch mitgeteilt, einen neuen Programmentwurf an. Derselbe enthält neben allgemeinen Forderungen auch solche, welche, wie der Referent Genosse Bolanji sich ausdrückte, die eigentümlichen Verhältnisse des Landes berücksichtigen. Es wurden dann noch eine Resolution gegen den Merkantilismus und eine andere gegen den Alkoholismus angenommen. Der 8. Punkt: Ungarische Sozialpolitik, wurde wegen der bürgerlichen Zeit von der Tagesordnung abgelegt.

In die Parteileitung wurden gewählt: Desider Bolanji, Alexander Szizmadia, Dr. Adolf Goldner, Ernst Garami, Max Grohmann, Jakob Israel und Jakob Wolfner; in die Kontrollkommission: Georg Gogoya, Alexander Garbei, Georg Porih, Andreas Salh und Georg Kovacs.

### Polizeiliches, Gerichtliches usw.

— **Ueber die Verfolgung des inwalid Bergarbeiters Schmilz** hatte auch der Stettiner „Vollworte“ einen Artikel unter der Spitzmarke „Oberclassische Rechtszustände“ gebracht. Durch eine Geldstrafe von 100 M. wurde dem damaligen verantwortlichen Redakteur des „Vollworte“, Genossen Herbert, nahegelegt, daß die oberclassischen Rechtszustände untadelhafte seien.

— **Genosse Reinert**, Redakteur des „Vollworte“ in Hannover, der erst jüngst wegen einer angeblich für das Gericht beleidigenden Gegenüberstellung zweier Urteile des Schöffengerichts in Korbheim zu 150 M. Geldstrafe verurteilt wurde, erhielt neuerdings wegen Richtaufnahme einer Berichtigung eine Geldstrafe von 30 M.

— **Wegen Beleidigung eines katholischen Küsters** hatte sich Genosse Dr. Erdmann als verantwortlicher Redakteur der Rheinischen Zeitung vor der Kölner Strafkammer zu verantworten. In einem kleinen Artikel: „Ländlich — städtisch“ war der Küster beschuldigt worden, mit einem Mädchen in der Kirche in Worringen sehr intim geworden zu sein, ferner eine Frau unzüchtig angegriffen zu haben. Der Küster und das Mädchen beidseitig, daß alles nicht wahr sei.

Dagegen beschwor die angegriffene Frau, daß der Küster sie unzüchtig angetastet habe. Ihre Ehefrau, ein Metzgermeister, behauptete unter Eid, daß er auf den Hüften seiner Frau ins Zimmer gekommen sei und diese zitternd und blaß in Gegenwart des Küsters getroffen habe. Eine andre Zeugin beschwor, daß das Mädchen ihr den Vorfall in der Kirche in allen Einzelheiten beschrieben habe. Das Mädchen stellte auch dies eidlich in Abrede. Eine andre Frau behauptete unter Eid: Als ihr Mann auf einer Wallfahrt in Nevefacr gewesen sei, habe spät abends der Küster Steinchen an ihr Fenster geworfen; auf ihre Frage, was er wolle, habe der Küster gesagt: „Darf ich was zu Dir kommen?“ Ferner hat der Küster eine andre Zeugin, als sie noch Mädchen, er aber verheiratet war, umarmt, so daß die Frau sagte: „Was willst Du? geh doch zu Deiner Frau; wenn Du das noch mal thust, schlage ich Dir den Keller auf dem Kopf kaputt.“ Das Gericht verurteilte Genossen Erdmann unbegründeterweise zu 100 M. Geldstrafe; es hätte nicht die Ueberzeugung gewinnen, daß die Angaben des Artikels widerlegt seien; die Angaben der Zeugen seien zu widersprechend; der von Dr. Erdmann angebotene Beweis sei nicht erbracht; ungewissheit seien mehrere Meinde geschworen worden.

— **Amnierpolizei.** Wegen Beleidigung des Polizeikommissars Eimeth in München wurde der verantwortliche Redakteur der „Münchener Post“, Genosse Martin Gruber zu 14 Tagen Gefängnis verurteilt. Im Januar d. J. erschien in unserm Münchener Parteiorgan eine Notiz, in der behauptet war, ein Polizeibeamter habe eine Dame unzüchtig, ihn zu begleiten und sie — als sie darauf einging — verhaftet wegen des Verdachtes, Gewerbespionage zu treiben. Auf der Polizeidirektion habe sich dann die Stifterung als ein Mißgriff herausgestellt, weshalb man die Dame wieder entlassen habe. Da es früher schon einigemale vorgekommen ist, daß in München Polizeibeamte unzüchtig, so brachte die „Münchener Post“ einige Tage später einen humoristischen satirischen Artikel unter dem Titel: Amnierpolizei, in dem dieses System gegeißelt wurde. In der Verhandlung ergab sich, daß am 8. November d. J. Eimeth tatsächlich eine ihm verdächtige Dame, die geschiedene Frau eines österreichischen Forstbeamten, anredete. Als sie sich bereit erklärte, ohne Bezahlung zu fordern, ihn zu begleiten, verhaftete er sie. Die Frau, die in einem erstklassigen Hotel wohnte, aber nur 15 M. Geld Befehl, wurde unter Erteilung eines polizeilichen Arbeitsauftrages am nächsten Tage wieder entlassen. Die Zeugenerklärung ergab, daß der Gewährsmann der „Münchener Post“ keine Informationen von einem — natürlich nicht genannten — Polizeibeamten erhalten hatte. Das Gericht nahm an, daß es sich nicht um eine anfällige Dame, sondern um eine Hochstaplerin handelte und verurteilte Genossen Gruber, weil er es an der nötigen Vorsicht bei der Aufnahme der Notiz fehlen ließ; er hätte sich sollen vorher bei der Polizeidirektion erkundigen.

## Gewerkschaftliches.

### Berlin und Umgegend.

Zur **Lohnbewegung der Stullateure.** In der gestrigen Versammlung der Ausständigen berichtete **Könner**, daß 34 Firmen mit 225 Arbeitern die Forderungen bewilligt haben. Am Streik direkt beteiligt sind noch 455 dem Centralverbande angehörige Kollegen bei 83 Firmen. Der Stand des Streiks ist als durchaus günstig zu bezeichnen, denn die Arbeit drängt und Arbeitswillige stehen den Unternehmern nicht zur Verfügung. Mit ungeliebten Straffen aber sind die größtenteils recht komplizierten Arbeiten nicht auszuführen. **Arch** brachte sodann zur Sprache, daß eine kleine, etwa 40—50 Mann starke Gruppe von Stullateuren, die sogenannte „Freie Vereinigung“, als Gegner der Centralverbände bei der gegenwärtigen Lohnbewegung eine auffallend sonderbare Stellung einnimmt. Diese Gruppe hält sich von dem Geos der Ausständigen nicht nur vollständig ab, sondern hat sogar kürzlich vor dem Gewerbegericht mit den Unternehmern einen zweijährigen Vertrag abgeschlossen, der noch erhebliche Verschlechterungen gegenüber dem bisher gültigen Tarif aufweist. Die „Freie Vereinigung“ unter der Leitung eines gewissen **Polloni** beobachtet mithin also keinerlei kollegialische Solidarität, sie verzichtet vielmehr auf jegliche durch die Lohnbewegung der großen Mehrheit erstrebten Verbesserungen, und bildet somit einen Hemmschuh für die Streikenden. In Anbetracht dessen nahm die Versammlung eine Resolution an, in der sie an sämtliche Kollegen, die sich den Streikenden bisher noch nicht angeschlossen haben, das Ersuchen richtet, mit in die Reihen der kämpfenden einzutreten zur Erringung der 8/11ündigen Arbeitszeit für die Werkstattkollegen und zur Durchsührung des vom Centralverband ausgearbeiteten Tarifs. Da die „Freie Vereinigung“ nur einen ganz geringen Bruchteil der im Beruf thätigen Stullateure repräsentiert, so kann die Versammlung den von dieser Gruppe mit den Unternehmern vor dem Gewerbegericht abgeschlossenen Vertrag als für das Stulgewerbe von ganz Berlin gültig einfach nicht anerkennen. Die Streikenden erwarten daher, daß sich die vorbezeichnete Gruppe sowie alle am Streik noch nicht beteiligten Kollegen bis zum Montag, den 20. April, den Ausständigen anschließen, widrigenfalls sie als „Arbeitswillige“ betrachtet werden.

### Zur Lohnbewegung der Militär Schneider.

In der letzten nach Ostern stattgefundenen Streikversammlung gab **Ritter** den Situationsbericht. Die Unternehmer stehen den Forderungen der Streikenden nach wie vor hartnäckig ablehnend gegenüber. Die Redner hervorzuheben, wird von ihnen anheimelnd die sechswochenlange Streikzeit, die sie sich bei den einzelnen Regimentskommandeuren und andern maßgebenden militärischen Stellen als Lieferungsfrist für die Uniformstoffe ausgedehnt haben, abgewartet. Um sich aus der vorläufigen Berlegenheit zu helfen, sind von ihnen Konfektionsarbeiter aus der Militärbranche als Streikbrecher herangezogen worden, die Neubefragungen an Uniformstoffen machen. Wegen des andauernd ungünstigen Wetters in Verbindung mit der erwähnten Tatsache sind die Unternehmer in die Lage versetzt, von ihrer Kundenschaft nicht besonders gedrängt zu werden. Die **Firma Mohr u. Speyer**, welche bei Anfang der Bewegung verschiedene ihrer Arbeiter verlagert hatte, hat einige von diesen, obwohl sie vorläufig vom Zimmungs-Schiedsgericht schon verurteilt sind, noch einmal verlagert. Aufsehend war diese Firma in ihrem verbleibenden Haffe gegen die streikenden Arbeiter der Meinung, daß sie auf jedes einzelne liegen gebliebene Stück einen weiteren Schadenersatzanspruch geltend machen könne. Sie wurde, wie nicht anders zu erwarten war, diesmal mit ihrem sonderbaren Begehren vom Zimmungs-Schiedsgericht abgewiesen.

Von allgemeinem Interesse ist festzustellen, daß ein Mitunternehmer des jüngst erschienenen konservativen Flugblattes im zweiten Berliner Reichstags-Wahlkreise — wo auch der Reconnituarbeiter **Reinhardt** mit aufgeführt ist — der „Schneidermeister“ **Judenroth**, Frickestraße 17, von Anfang des Streiks den ausständigen Militärschneidern in den Rücken gefallen ist, indem er als „Arbeitswilliger“ für die Firmen **Ed. Kühne** und **Luttmann u. Co.** Streikarbeit anfertigt. So sieht die Anerkennung des Koalitionsrechts und der Organisationen bei dieser konservativen Arbeitswilligenliste leitenden Ordnungsfälle aus.

Die Streikenden beschloffen einstimmig, den Zustand, der nunmehr in die letzte Woche geht, fortzusetzen. Die vor Ostern erhobten Sätze der Streikunterstützung bleiben auf Beschluß der Bewahrung auch nach Ostern bestehen. Die nächste Streikversammlung findet am kommenden Dienstag statt.

**Metallarbeiter!** Nach eingehenden Verhandlungen zwischen den Formern und (Schiefer-)Arbeitern und der Firma „**Clifoy**“ (Zuhaber Wehls u. Behrens) sind die Differenzen beigelegt auf einer für beide Teile annehmbaren Basis. Sämtliche Arbeiter nehmen am Montag, den 20. April 1903, morgens 7 Uhr, die Arbeit wieder auf.

### Deutsches Reich.

#### Die Ausperrung von 15 000 Webern am Niederrhein.

die, wie wir gestern mitteilten, von den Fabrikanten beschlossen ist, hat ihre Ursache in einem Streik bei der Firma **Bretthal u. Co.** in Arefeld. Am 20. März legten die 70 bei der genannten Firma beschäftigten Stoffweber die Arbeit nieder. Veranlassung dazu bot die Entlassung von fünf Arbeitern, von denen drei Auswahmmitglieder sind. Die Arbeiter sahen in dieser Entlassung eine Mahregelung und wollten durch den Streik die Wiedereinstellung der Gemahregelungen erzwingen. Gleichzeitig stellten die Ausständigen noch eine andre Forderung. Sie haben nämlich durch die Verlegung des Betriebes, die Ende vorigen Jahres erfolgte, erhebliche Ausfälle an ihrem Accordlohn erlitten und wollen dafür entschädigt werden. Wegen dieser Lohnschädigung haben bereits 28 Arbeiter beim Gewerbeamt gegen die Firma geklagt, sie sind aber aus formellen Gründen mit ihrer Klage abgewiesen, und glauben deshalb noch jetzt, einen begründeten Anspruch auf Entschädigung zu haben. Der gegenwärtige Streik ist bereits vor dem Einigungsamt verhandelt worden. Hier zeigte sich die Firma zwar bezüglich einiger untergeordneter Forderungen der Arbeiter nachgiebig, jedoch konnte kein Ausgleich erzielt werden hinsichtlich der beiden Hauptforderungen: Wiedereinstellung der Gemahregelungen und Entschädigung für den durch die Verlegung des Betriebes verursachten Lohnausfall. Von den fünf Entlassenen hatte die Firma schon vor den Verhandlungen drei wieder eingestellt, so daß es sich nur noch um Einstellung von zwei Gemahregelungen handelt, wozu sich die Firma aber ebensovornig herbeilassen will, wie zur Zahlung der Entschädigung. — Der Vorsitzende und die Arbeitgeber im Einigungsamt sollen — wie wir einem Bericht des „**Zeitungsbote**“ entnehmen — auch nicht dazu beigetragen haben, daß eine verständliche Stimmung zwischen den streitenden Parteien Platz greife. So ist denn der Streik bisher nicht beendet worden, und die organisierten Fabrikanten wollen ihm nun durch den beschlossenen brutalen Gewaltakt ein Ende bereiten.

**Die Schuhmacher in Jena** sind in eine Lohnbewegung eingetreten. Sie verlangen eine Erhöhung des seit nunmehr 6 Jahren bestehenden Tarifs, außerdem einen Stundenlohn von 40 Pf. Entschädigung für Ueberstunden und Sonntagsarbeit bei möglichster Befestigung derselben, Festsetzung der Arbeitszeit auf täglich 10 1/2 Stunden, Lieferung der Pathaten, Verbesserung der Werkstätten u. dergl. Von etwa 85 Verursachungsmitgliedern am Orte sind nur 15 organisiert.

**Der Klattenleger-Streik in Köln** ist nach eintägiger Dauer beendet. Es wurde ein Tarif vereinbart, wonach die Arbeiter bedeutende Vorteile errungen haben.

## Sociales.

**Der Dreihur-Schlaf an Sonnabenden in Engros- und Fabrikgeschäften**, welcher schon seit längerer Zeit angestrebt wird, scheint nunmehr Aussicht auf Durchführung zu haben. In Leipzig hat sich bereits auf Betreiben der organisierten Handlungsgeschäfte ein erheblicher Teil der Geschäftsinhaber durch Unterchrift zu dieser Erneuerung verpflichtet. Es besteht begründete Hoffnung, daß die Bewegung auch nach Berlin übertragen wird und nicht ohne den gewünschten Erfolg bleibt.

### Der vierte Verbandstag deutscher Hilfskassen

fand dieser Tage in Mainz statt. Das Hilfskassenwesen hat eine rasche Entwicklung genommen. 1898, im Gründungsjahre des Verbandes, bestanden in 52 deutschen Städten Hilfskassen mit 4300 Kindern, gegenwärtig sind in 147 deutschen Städten 174 solcher Schulen mit circa 15 000 Kindern vorhanden. — In den Verhandlungen des Verbandstages waren 23 Personen erschienen. Betreter waren die Regierungen von Preußen, Bayern, Sachsen, Württemberg, Baden, Hessen, Braunschweig, Oldenburg, die freien Reichsstädte Hamburg, Lübeck und Bremen und eine große Anzahl deutscher Städte, ferner London, Wien und die Schweiz.

Den ersten Vortrag hielt Hauptlehrer **Giese** „Wagdeburg“ über „Das Rechnen auf der Unterstufe der Hilfskassen“. Nach langer Debatte wurde beschlossen, daß in der Hilfskassen in der ersten Stufe Addition und Subtraktion im Zahlraum von 1—5 und in der zweiten Stufe von 1—10 zur Behandlung kommen. An zweiter Stelle sprach Rektor **Große** „Hannover“ über die Frage: „Können die Kinder zwangweise der Hilfskassen zugeführt werden?“ Auch hierüber entspann sich eine lange Debatte. Schließlich kam der von dem Referenten gestellte Antrag, daß durch gesetzliche Bestimmungen oder behördliche Verfügungen die Möglichkeit gegeben werde, Kinder, welche als schwachbegabt erkannt sind, auch gegen den Willen der Eltern der Hilfskassen zu überweisen, zur einstimmigen Annahme. Außerdem hielten noch Vorträge Herr Hilfskassenleiter **Deitrich** „Planen“ über: „Das schwachbegabte Kind im Hause und in der Schule“, Herr Oberamtsrichter **Kolte** „Braunschweig“ über: „Die Verschärfung der Schwachsinnigen im bürgerlichen Recht des Deutschen Reiches“ und Herr Hauptlehrer **Mayer** „Mannheim“ über den Sachunterricht in der Hilfskassen.

Als Versammlungsort für den nächsten Verbandstag wurde Bremen in Aussicht genommen.

**Gegen die chinesische Einwanderung** wendet sich eine Verordnung des Gouverneurs von Samoa. Chinesen sollen in das dortige Schutzgebiet nur einwandern dürfen mit Genehmigung des Gouverneurs. Der Betrieb eines Handwerks oder die Pachtung von Land kann den Zugelassenen gestattet werden, dagegen dürfen sie weder Land erwerben noch Handel treiben. — Diese samoa'sche Verordnung hält die gebildeten und besser situierten Chinesen aus Konkurrenzgründen von Samoa fern; die eigentliche Chinesengefahr: die Einwanderung einer auf tiefer moralischer und kultureller Stufe stehenden Volksklasse, verhindert sie nicht, ja diese wird womöglich (um billige Arbeitskräfte zu bekommen) begünstigt. In der That meldet denn auch der Telegraph, daß am 3. April dieses Jahres ein Transport von 288 **Kulis** Swatow in China verlassen hat, um von dort nach Samoa zu gehen.

## Aus Industrie und Handel.

**Unsre schönste Kolonie.** Der Wert des Gesamt-Außenhandels unfres ostafrikanischen Schutzgebietes, das bekanntlich unfren Kolonial-ferren als die wertvollste der deutschen Kolonien gilt, belief sich nach Mitteilung der Deutschen Kolonialgesellschaft im letzten Jahr auf 14 141 733 M. gegen 14 134 237 im Jahre 1901. An diesen Summen waren beteiligt:

die Ausfuhr mit . . . . . 5 283 200 M. 4 623 471 M.  
die Einfuhr mit . . . . . 8 858 463 „ 9 510 766 „

Es hat also die Ausfuhr um fast den gleichen Betrag zugenommen, um den die Einfuhr abgenommen hat. Diese Steigerung des Ausfuhrwertes ist hauptsächlich auf erhöhte Produktion der Plantagenprodukte zurückzuführen. Von Kopa wurde z. B. für 798 400 M. ausgeführt (im Jahre 1901 für 557 370 M.) und ebenso stieg der Wert des Kaffee-Exports von 257 100 M. auf 333 424 M. Außerdem hat die Ausfuhr von Kautschuk, Kopal, Getreide, Hälsenfrüchten, Jucker, Juckerrohre und Melasse, Häuten und Fellen zugenommen, während der Export von Eisenstein und Tabak wiederum zurückgegangen ist.

Dagegen hat sich der Wert der meisten Einfuhrartikel, mit Ausnahme der Baumwollwaren, erheblich vermindert, u. a. Eisenwaren 399 685 M. (1901: 508 777 M.), Konserben und sonstige Verzehrungsgegenstände 629 272 M. (1901: 772 650 M.), Reis 824 731 M. (1901: 1 022 470 M.), Bier, Wein, Mineralwasser 363 900 M. (1901: 403 067 M.), Glas-, Porzellan- und Töpferwaren 180 558 M. (1901: 103 418 M.), Messing- und Kupferwaren 153 508 M. (1901: 175 403 M.), Fahrzeuge aller Art 41 578 M. (1901: 60 804 M.), Spirituosen 189 637 M. (1901: 144 612 M.), Cigarren und Tabak 151 555 M. (1901: 100 397 M.).

Beteiligt an dem Außenhandel der Kolonie waren 1902 vornehmlich folgende Länder: Einfuhr Ausfuhr  
Santobar . . . . . 5 000 767 M. 3 545 139 M.  
Deutschland . . . . . 2 005 100 „ 1 520 670 „  
Indien . . . . . 1 257 736 „ 24 252 „  
England . . . . . 89 544 „ 47 817 „

Der Gesamt-handel Deutschlands mit dem ostafrikanischen Schutzgebiet beträgt also nur ungefähr 3/4 Millionen Mark, und zwar entfällt von dieser Summe noch ein sehr wesentlicher Betrag auf Proviant für die deutsche Schutztruppe und die in Verwaltungsdienst beschäftigten Personen. Im diesen Handelssektor zu erzielen, mußte Deutschland mit Einräumung der Subvention an die **Chafila-Linie** fast das Doppelte an Reichszuschuß zu den Verwaltungskosten zahlen. Eine prächtige Erwerbung!

Die bevorstehende Erschließung der bedeutenden **Kalklager im Angerthal** durch die Angerthalbahn Wälzrahl-Platingen hat eine Anzahl größerer Hüttenwerke dazu veranlaßt, Grundstücke im unteren Angerthal anzulassen, um nach Fertigstellung der Bahn den Abbau der reichen Kalklager in Angriff zu nehmen. Wie die „**Voss. Ztg.**“ meldet, sicherte sich die Firma **Friedrich Krupp** in Essen schon vor einer Reihe von Jahren eine Anzahl größerer Bauernhöfe. Die Vorarbeiten sind bereits erledigt, so daß mit dem Abbau begonnen werden kann. Auch die Rheinisch-westfälischen Kalkwerke haben keine Zweifel in der Angelegenheit. — Ferner kaufte die Firma **Thyssen u. Co.** in der Nähe von Wälzrahl an der oberen Anger mehrere Bauerngüter, um nach Fertigstellung der Bahn ebenfalls mit dem Abbau von Kalk zu beginnen. Sie veräußert, ist der Schaller Gruben- und Hüttenverein bei dem Ankauf, dessen Wert sich auf über 400 000 M. beläuft, beteiligt.

**Anglo-Baltische Gusswerke** (vorm. Ohlendorffsche Werke) in Hamburg. Der Reingewinn beträgt nach Abschreibungen im Betrage von 474 823 M. mit Einschluß des Vortrages aus dem vorigen Jahre 1 083 304 M. (im Jahre 1901 = 820 135 M.). Davon sollen verwendet werden für Rücklage 58 000 M. (42 000 M.), 6 Proz. (5 Proz.) Dividende 960 000 M. (500 000 M.), Gewinnanteile 38 580 M. (13 813 M.) und Vortrag 40 248 M. (13 474 M.).

## Letzte Nachrichten und Depeschen.

**Leipzig, 17. April.** (W. V.) Das Reichsgericht verwarf die Revision des Redakteurs **Vötticher** und des Verlegers **Brün** von der „**Staatsbürger-Zeitung**“, welche vom Landgericht I zu Berlin am 11. Oktober 1902 wegen Beleidigung des Gerichts und der Verwaltungsbehörden in Königs sowie dortiger jüdischer Einwohner anlässlich der Winterlichen Nordfische zu einem Jahre bzw. sechs Monaten Gefängnis verurteilt waren.

**Wien, 17. April.** (W. V.) Im ganzen Wiener Wald, den Alpengebieten sowie in Südtirol ist seit gestern ein empfindlicher Wettersturz mit heftigem Schneefall eingetreten. Die Obst- und Wein- kulturen leiden empfindlichen Schaden.

**Frankfurt a. M., 17. April.** (W. V.) Die „**Frankfurter Ztg.**“ meldet aus **Konstantinopel**: Die unter Leitung des Generals **Sabit** stehende Mission zur Vernehmung der Albanesen, welche sich in Ipeh aufhält, gilt als hart von den Albanesen bedrängt, welche nicht abel Lust zeigen, deren Mitglieder als Geiseln zurückzubehalten. Der Generalgouverneur von **Mesub** verlangte weitere Verstärkungen, um gegen Ipeh vorzurücken und die Mission zu befreien. Von dem im Vilajet Smyrna mobilisierten 16 Bataillonen waren bis jetzt 10 Bataillone in Macedonia angelangt. In diplomatischen Kreisen gilt allgemein die Situation als ernst, da der Sultan weiter in Unthätigkeit verharrt und vielleicht zum Handeln sich erst entschließt, wenn es zu spät ist. Aus authentischer Quelle kann der Korrespondent des genannten Blattes melden, daß die gesamte russische Schwarzmeer-Flotte seit zehn Tagen bei **Kislojatsk** und **Sebastopol** konzentriert ist und keine Bewegungen bis auf weiteres unternommen darf. Gleichzeitig dürfen bis auf weiteres, die als Transportdampfer der russischen Kriegsmarine funktionierenden Schiffe der Freiwilligenflotte nicht mehr anlaufen. Die aus dem fernem Osten zurückkehrenden Dampfer dieser Flotte werden ebenfalls zurückgehalten.

**Petersburg, 17. April.** (W. V.) Im amtlichen Teil des „**Anwlas**“ wird mitgeteilt: In dem Arrestlokal des **Nedens** Vorstich (Gouvernement Schwarzsee) starb am 30. März nachts ein wegen Trunkenheit am Tage vorher festgenommenen Bauer. Als Todesursache wurde übermäßiger Branntweingenuss festgestellt. Ein Haufe von etwa hundert größtenteils betrunkenen (?) Männern verlangte die Sezierung der Leiche, da der Bauer von Schulden im Arrestlokal erschlagen sei. Drang in das Arrestlokal ein, schlug auf die Schutzleute los und befreite die Gefangenen. Militär zerstreute den Menschenhaufen. Acht Gefangene entflohen. Die Sezierung ergab, daß der Tod des Bauern infolge erlittener Schläge eingetreten war. Die schuldigen Schutzleute wurden dem Gericht übergeben. Auch der Kreisrichter, dem das Arrestlokal untersteht, der Kreisarzt, der die Leiche besichtigte hatte, und die Schuldigen aus dem Volkshaufen wurden zur Verantwortung gezogen.

**Fanger, 17. April.** (Meldung des „**Reuterd'schen Bureau's**“.) Den letzten Nachrichten aus **Fez** zufolge herrscht dort die größte Erregung wegen des Gerüchtes, daß eine große Streitmacht unter Führung des Prätendenten selbst auf die Stadt anrücke.

Die erste Konferenz der deutschen Gasanstalts-Arbeiter

wurde am Freitag im Anschluß an den beendeten Verbandstag der Gemeinde-Arbeiter im Gewerkschaftshause eröffnet. Anwesend sind außer dem Verbandsvorstande und den vier Vertretern des Gasarbeiter-Verbandes und des kommunalen Arbeiterverbandes in Kopenhagen, 41 Delegierten aus 19 Städten. Auf der Tagesordnung steht: 1. Die Lage der in Gaswerken beschäftigten Personen. 2. Welche Forderungen haben die Gasanstalts-Arbeiter zur Verbesserung ihrer Lebenslage aufzustellen? 3. Verschiedenes. — In das Bureau werden Schuberth, Berlin und Scherzer, Jütlich als Vorsitzende, Medel, Hamburg als Schriftführer gewählt.

Nach einem einleitenden Referat von Dr. Pösch über den Zweck der Konferenz und über die allgemeinen Zustände in den Gaswerken sowie über die bisherigen Bestrebungen, die überaus schwere, gesundheitschädliche Arbeitsweise zu verbessern, berichtete Hansen-Kopenhagen über den Stand der Organisations- und Arbeitsverhältnisse der dänischen Gasarbeiter. Danach ist durch die Kraft der Organisation eine wesentliche Verbesserung der Löhne und eine Verkürzung der Arbeitszeit, sowie die Vereinfachung der Accordarbeit im allgemeinen erzielt worden. In 12 größten Städten ist namentlich die achtstündige Arbeitszeit eingeführt, während in den kleineren Städten noch zumeist 10 Stunden gearbeitet wird. Der Lohn ist in den letzten Jahren für die einzelnen in den Gaswerken beschäftigten Kategorien teilweise um 50 Prozent und mehr gestiegen und beträgt außer gelieferten Materialien und verschiedenen Zuschüssen etwa 4 Kronen und darüber. Besonders berichtet Pedersen-Kopenhagen über die Arbeiter im Aufendienst, Laternenanzünder und Gasmesser-Kontrolloren, deren Lohn von 2,40 Kronen pro Tag im Jahre 1897 auf 1000 und 1200 Kronen pro Jahr gestiegen ist. Diese Arbeiter erhalten außerdem Uniform geliefert und das Quantum des zu liefernden Materials wie Coaks usw. ist ebenfalls erhöht worden. Pfeiffer-Kopenhagen schildert hierauf die dort üblichen Arbeitsmethoden und die Lebensweise der dänischen Arbeiter, welche ja bekanntlich nicht so wie die deutschen Arbeiter unter dem Lebensmühsal zu leiden haben. Gipp-Berlin, der seiner Zeit die Kopenhagener Gaswerke besichtigt hat, giebt ein anschauliches Bild über deren Einrichtungen und weist nach, daß dieselben den deutschen Werken in vielfacher Beziehung als Muster dienen könnten und daß die Arbeit bei weitem nicht so anstrengend und gesundheitschädlich ist wie die der deutschen Gasarbeiter.

Den Berichten der Delegierten aus den verschiedenen Städten ist zu entnehmen, daß die Lohn- und Arbeitsverhältnisse durchweg recht ungünstig, die sanitären und hygienischen Einrichtungen zumeist äußerst mangelhaft sind und daß ohne Rücksicht auf das Leben und die Gesundheit der Arbeiter, die intensivste Ausbeutung der Arbeitskräfte betrieben wird. — So wird z. B. aus Breslau berichtet, daß in den städtischen Gasanstalten für die Arbeiter, welche an den Oefen beschäftigt sind, bei 12stündiger Arbeitszeit nur Löhne von 2,70 bis höchstens 3,70 M. bezahlt werden. Arbeiter-Ausschüsse sind für alle drei Anstalten nicht vorhanden. Eine Verbesserung dieser miserablen Arbeitsbedingungen ist besonders schwierig, weil viel auswärtige, rüchardige polnische Arbeiter beschäftigt werden. — Im Gegentheil hierzu werden die Verhältnisse in den Gasanstalten in Mainz als einigermaßen befriedigend geschildert. In der dortigen alten Anstalt ist bereits die achtstündige Arbeitszeit eingeführt, während allerdings vorläufig noch in dem neuen Werk die Zwölfstundenschicht besteht. Der Lohn beträgt 4,00 bis 4,50 M. Die sanitären und hygienischen Einrichtungen sind leidlich. Die Arbeiter haben für die Einführung der Achtstundenschicht auch in der neuen Anstalt petitioniert und erwarten, daß dieselbe von der städtischen Verwaltung zugestanden wird. In dieser Petition ist der enorme Einfluß der langen Arbeitszeit auf die Gesundheit nachgewiesen. Nach der aufgenommenen Statistik sind in dem halben Jahre, wo noch die Zwölfstundenschicht bestand, von 39 Arbeitern 23, d. i. 59 Proz., in dem nächsten halben Jahre aber trotz der Reduzierung der vordem langen Arbeitszeit bei der Achtstundenschicht von den 39 Arbeitern nur 13, d. i. 33 1/2 Proz. erkrankt. Im ersten Fall betrug die Gesamtzahl der Krankheitsfälle 710, im anderen Fall aber nur 316. Den größten Prozentsatz bilden die Hals-, Lungen- und Brustkrankheiten und es wird angenommen, daß weit über 50 Proz. aller Gasarbeiter an den Atmungsorganen erkranken.

Die Berichte der Delegierten aus anderen Städten lauten viel ungünstiger, namentlich aus den Orten, wo die Organisation der Gasarbeiter eine schwache ist. Die städtischen Verwaltungen haben nicht das geringste sozialpolitische Verständnis gezeigt, wenn sie nicht von den Arbeitern oder deren Vertretern dazu gezwungen werden.

Die Zustände in den Berliner Gasanstalten und in denen der Berliner Vororte werden von verschiedenen Rednern kritisiert. Aus Altona wird mitgeteilt, daß die dortige Anstalt seit 1894 in städtischen Besitz übergegangen ist, aber keine Verbesserung, sondern in mancher Hinsicht eine Verschlechterung der Arbeitsverhältnisse eingetreten ist. Nur von Stuttgart, Bremen und Jütlich wird berichtet, daß dort der Achtstundentag eingeführt ist. In Jütlich hatten sich früher die Arbeiter selbst gegen die Verkürzung der Arbeitszeit, die auf Veranlassung der sozialdemokratischen Gemeindevertreter eingeführt werden sollte, gewandt, weil sie materielle Nachteile befürchteten. Der Achtstundentag ist dann aber doch eingeführt worden und gleichzeitig eine Lohnaufbesserung vorgenommen, so daß für die Arbeiter wesentliche Vorteile erreicht sind.

In der benachbarten Stadt Märberg herrschen im Gegentheil zu Jütlich, wie berichtet wird, noch gänzlich unregelmäßige und sehr schlechte Arbeitsverhältnisse, wie sie ähnlich aus der Stettiner und anderen Anstalten geschildert wurden.

Den Berichten über die Betriebsarbeiter folgen nunmehr die Berichte über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Hofarbeiter und Handwerker. Bis zum Schluß haben die Delegierten aus Mainz, Stettin, Dresden und Berlin berichtet und ein umfassendes Material über die ungünstige Lage dieser Arbeiter geliefert. Ein Berliner Delegierter äußerte sich darüber befriedigend, daß seitens des Berliner Magistrats wenigstens ein kostenloser Arbeitsnachweis für städtische Arbeiter eingerichtet worden ist.

Dritte Generalversammlung des Centralverbandes der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter Deutschlands.

Hamburg, 16. April. Auf Antrag Led-Berlin wurde folgende Entschliessung angenommen: In Anbetracht der Thatsache, daß die Kohlenarbeiter Berlins durch eine Bestimmung der Eisenbahndirektion, auf Grund welcher die Ladegzeit von zwölf auf sechs Stunden herabgesetzt worden ist, in wirtschaftlicher Beziehung schwer geschädigt werden, beauftragt die Generalversammlung den Hauptvorstand, diejenigen Schritte einzuleiten, welche geeignet sind, die Ladegzeit auf 12 Stunden zu erhöhen. Betreffs Einführung der Reise-Unterstützung soll der Vorstand vorerst Erhebungen pflegen und der nächsten Generalversammlung diesbezügliche Vorschläge machen. Nach einer regen Diskussion, an der sich fast alle Delegierten beteiligten, wird beschlossen, die Kranken-Unterstützung obligatorisch einzuführen. Der Arbeitslosen-Unterstützung soll eine neue Staffel von nach 10jähriger Mitgliedschaft 9 M. Unterstützung auf 8 Wochen bezahlt wird, hinzugefügt werden. Der Beitrag wurde für männliche Mitglieder auf 30 Pf., für weibliche auf 20 Pf. festgesetzt. Die Gemahregelten-Unterstützung soll in Zukunft auf die Dauer von 18 Wochen gezahlt werden. Der Centralvorstand wird verpflichtet, der Einführung des Sechsstunden- und Bahnstufes auch in Zukunft sein Augenmerk zu widmen.

Jerner fand folgender Antrag, Dreher's Annahme: Die Generalversammlung verpflichtet die Leitungen der Verwaltungsstellen, der Fortbildung der Mitglieder mehr Aufmerksamkeit als bisher zu schenken. Alle Verwaltungsstellen sind verpflichtet, aus örtlichen Geldern Mittel zur Beschaffung von Bibliotheken auszuwerfen. In jedem Orte müssen wenigstens die Protokolle der Verbände-Generalsammlungen, Vorstandsberichte, das Fachblatt gebunden vorhanden sein. Im weiteren sollen Gewerbe-Ordnung, Unfall-, Kranken- und Invalidenversicherungs-Gesetz sowie Stadthagens „Arbeiterrecht“ vorhanden sein und auch gute Schriften über Gewerkschaftsbewegung, Nationalökonomie, Geschichte, Politik, Naturwissenschaft nicht fehlen. Nach einem Hinweis Schumanns auf die Thätigkeit des Verbandes in der Zukunft trat Schluß der Generalversammlung ein.

Fünfte Generalversammlung des Verbandes der Vergolder und verwandter Gewerbe.

München, den 16. April. Der Verbandsvorsitzende Späthe referiert über die Rotwendigkeit der Arbeitszeitverkürzung. Die Ausführungen desselben gipfeln in nachstehender Resolution: In Erwägung, daß die Verkürzung der Arbeitszeit ein wesentliches Mittel zur Hebung der Arbeiterklasse ist, wolle der Verbandstag beschließen, daß von allen Filialen mehr als bisher für diese Frage agitiert werden muß, damit wir baldigt den Achtstundentag erreichen. — Diefelbe wird einstimmig angenommen.

Bezüglich der Beitragsleistung an die Hauptkasse beschließt die Generalversammlung, daß von den Einnahmen an Wochenbeiträgen 75 Proz. an die Hauptkasse abzuführen sind.

In Bezug auf die Agitation wird beschlossen, daß der Hauptvorstand berechtigt ist, nach Bedarf geeignete Personen zur Agitation, Eingreifen bei Streiks usw. dahin zu schicken, wo dieselben nötig sind.

Die Versammlung nimmt sodann Stellung zur Frage: Heimarbeit und Zwischenmeister-System. Das einleitende Referat giebt Feuerbach-Hamburg. Er empfiehlt eine Resolution, deren entscheidender Teil lautet:

Die Generalversammlung beschließt, mit allen Kräften das Umwehen der Zwischenmeister und der Hausarbeit bekämpfen zu wollen. — Die Generalversammlung ist aber ferner der Ansicht, daß die Annahme einer Stellung als Zwischenmeister oder Hausarbeit-Unternehmer ebenso wenig an sich ein Grund zum Ausschluß aus dem Verband ist, wie aus demselben Grunde der Eintritt in den Verband nicht verboten werden kann.

Der Korreferent Späthe erklärt sich gegen den zweiten Teil der Resolution. Die Diskussion ergiebt, daß die meisten Delegierten den Standpunkt Späthes teilen. Die Resolution wird in ihrem erstem Teil einstimmig angenommen, in ihrem letzten Teile gegen zwei Stimmen abgelehnt.

Es folgt die Beratung des Punktes Fachorgan. In Bezug auf die prinzipielle Haltung des Fachorgans erklärt der Redakteur Späthe, sich die Erklärung Dönelburgs auf dem Stuttgarter Gewerkschaftskongress zu eigen zu machen und in diesem Sinne auch das Fachorgan zu redigieren. (Beifall.) Ein Antrag Bremen, die Warnungen vor Juzug wegen schlechten Geschäftsganges im Fachorgan nicht mehr zu veröffentlichen, wird angenommen.

Abdam gelangt ein Antrag München zur Annahme, wonach Mitglieder anderer Organisationen mit Zustimmung des Hauptvorstandes mit vollen Rechten zum Vergolderverband übertreten können.

Die Generalversammlung tritt in die Beratung des vom Hauptvorstand vorgelegten Gegenseitigkeitsvertrags-Entwurfes. Die Mitglieder der vertragsschließenden Organisationen werden beiderseits ohne Eintrittsgeld aufgenommen, sofern sich dieselben innerhalb vier Wochen nach dem Uebertritt in das Ausland bei der betreffenden Organisation anmelden. Die gegenseitige Unterstützung soll unter gewissen Voraussetzungen auch bei Streiks stattfinden. Der Vertrag mit Drestreich tritt sofort in Kraft, die Regelung mit den übrigen Ländern bleibt dem Hauptvorstande überlassen.

Als Sitz des Ausschusses wird wieder München bestimmt. Ein Antrag Berlin, die Bestimmung: daß keine Filiale mehr als vier Delegierte zur Generalversammlung entsenden darf, aufzuheben, wird gegen zwei Stimmen angenommen. Weiter wird beschlossen, daß Filialen mit weniger als 15 Mitgliedern zu Wahlbezirken zusammen zu legen sind, welche dann je einen Delegierten zur Generalversammlung zu wählen haben. Die nächste Generalversammlung findet in Leipzig statt.

Das bisherige Verhältnis zur Generalkommission bleibt bestehen. Als Delegierter für den nächsten Gewerkschaftskongress wird Späthe-Berlin gewählt. — Den ausgesperrten Ferkolner Arbeitern bewilligt die Generalversammlung 200 M. Unterstützung.

Einer Anregung der Filiale Brandenburg entsprechend, spricht die Generalversammlung in einer Resolution sich für den weiteren Ausbau des Unterstützungswezens aus und beauftragt den Hauptvorstand, zur nächsten Generalversammlung die Frage der Krankenunterstützung im Fachorgan zur Diskussion zu stellen. Damit sind die Verhandlungen beendet.

Neunter Internationaler Kongress gegen den Alkoholismus.

Bremen, 16. April. Heute ging der Kongress zur Besprechung des gestrigen Vortrages über den Alkohol im Lebensprozeß der Rasse über. Während der Diskussion kam es wieder zu einem Zwischenfall, weil Farrer Krufe-Lindorf im Namen aller Christen gegen die auf eine Verhinderung der Fortpflanzung von Alkoholikern gerichteten Forderungen des Herrn Dr. Kadin protestierte. Die Forderung sei ein Eingriff in Gottes Regiment. Der Vorsitzende Professor Dr. Delbrück sah sich deshalb veranlaßt zu erklären, daß der Kongress auch in religiöser Beziehung auf neutralem Boden stehe.

Im Lauf des Tages wird nach mehreren Vorträgen über: „Die Rolle des Alkohols im Staatshaushalt“ von Dr. phil. Helentius-Helsingfors, „Was ist Mißbrauch geistiger Getränke?“ von Dr. med. Martins-Rostod, und „Der Mensch und die Karlose“ von Dr. Forel-Lausanne hauptsächlich über die Frage, ob völlige Abstinenz oder bloße Mäßigkeit anzustreben sei, debattiert.

Uebrigens wukten die meisten Redner gegen den Alkoholismus nichts anderes als die bekannten Mittel: Propaganda, gutes Beispiel, Erziehung und Gesetzgebung (aber heilsame keine sociale!) zu empfehlen. Fräulein Lisanevskaja-Spandau verpöcht sich Wunder von Haushaltungsskolen für die Töchter der ärmeren Klassen. Bekanntlich sind dieselben nötiger für die Damen der besseren Kreise, die sich von den Töchtern der ärmeren Klassen den Haushalt führen lassen müssen. Einen andren Ton brachte lediglich Dr. Fröhlich-Wien in die Debatte, der u. a. mitteilte, daß in Wien vier sozialdemokratische Abstinenzvereinigungen beständen, denen 600 organisierte Industrie-Arbeiter angehören.

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Zweiter Wahlkreis! Am Donnerstag, den 23. d. M., findet in der Berliner Brauerei, Kempelhofer Berg, die erste große Wählerversammlung statt. Tagesordnung: 1. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten Richard Fischer: „Die bevorstehende Reichstagswahl und die gegnerischen Parteien.“ 2. Wahl des Wahlkomitees.

Die Gegner werden zu dieser Versammlung eingeladen. Es ist jedes Parteigenossen Pflicht, für guten Besuch zu agitieren. Die Vertrauensleute.

Genosse Riesel, Mitglied der Agitationskommission, wohnt nicht mehr Schulstr. 22, sondern Streckerstr. 10.

Lokales.

Die Freuden des Semesteranfangs.

Allemaal, wenn ein neues Semester beginnt, kann man in gewissen bürgerlichen Blättern eine ammutige Schilderung des ersten Schultages lesen. Da wird erzählt, wie die unschätzbare Mutter dem Schulkreuzen in der Frühe des Morgens den funkelneuleneu Tornister packt und nach altem Brauche auch die didaktische Zuckerdüte nicht vergißt, wie sie den Widerstrebenden, Weinenden sorglich zum Schulhaus geleitet, wie hier der Herr Lehrer oder das Fräulein Lehrerin ihn mit freundlichem Blick empfängt und beglückend ihn an seinen Platz führt, wie dann bald ein geschickt eingetretenes Scherzwort den kleinen Angstmeier durch Thränen lächeln macht — und so weiter. Gewöhnlich verläuft ja der Schulanfang sehr viel nüchtrner, als diese phantastischen Schilderer ihn sich vorstellen; aber, was sie erzählen, lieft sich ganz hübsch, und weiter hat ja die Sache keinen Zweck.

Wer unsere Berliner Gemeindefchulen kennt, dem drängt sich am ersten Schultage immer wieder etwas ganz andres, Erustores auf. Für den Schulanfang charakteristisch ist der Ein sch u l u n g s t r u b e l mit all seiner Aufregung und all seinem Verdruß. Die brauchen den Lesern des „Vorwärts“ nichts von den Schwierigkeiten zu sagen, mit denen die Einschulung verknüpft ist, weil die Berliner Gemeindefchulen an chronischem Plagemangel leiden. Diejenigen, die schon mal das Vergnügen gehabt haben, ein Kind zur Einschulung zu bringen, wissen Bescheid. Das Bild, das die Schule am Einschulungstage bietet, ist weder freundlich noch würdig. Das Schulhaus gleicht einem Kriegslager, auf den Korridoren drängen sich die Eltern mit ihren Kindern und schreien durcheinander, und der Rektor ist in Verzweiflung, weil man ihm weit mehr Kinder zugewiesen hat, als er unterbringen kann. Wenn er die Ueberzähligen nicht sofort an eine benachbarte, weniger überlastete Schule abgeben kann, so wird die ganze Schaar provisorisch untergebracht, wobei manchmal für einige Tage ein paar Duzend Kinder mehr in ein Klassenzimmer gesteckt werden müssen, als Plätze darin sind. Erst die berückichtigten Einschulungen, die dann in den nächsten Tagen mit Eifer und Energie ausgeführt werden, schaffen einigermaßen Luft.

Es hat auch bei dem diesmaligen Semesteranfang wieder nicht an Schwierigkeiten, Aufregung und Karger gefehlt. Klagen darüber kommen aus verschiedenen Stadtteilen. Besonders arg ist es diesmal in Moabit in der Gegend des Bahnhofes Veuffelstraße zugegangen. In der Kostoderstraße mußten es sich die Eltern gefallen lassen, daß sie von der dortigen Schule, der ihre Kinder zugewiesen waren, in Scharen nach der Schule in der Verlichingenstraße geschickt wurden. Das lief nicht ohne erregte Auftritte ab, zumal da die Schule in der Verlichingenstraße eine übel angelegene Mietschule ist. Die Kreiße, die die erbiterten Mütter über dieses Schulhaus sowie über das Berliner Gemeindefchulwesen äußerten, waren keinem Komplimentierbuch entnommen. Viele erklärten, sie würden ihre Kinder nun überhaupt nicht in die Schule schicken, und man versichert uns, daß einzelne diese Drohung auch wahr gemacht haben.

Einen Verdruß anderer Art gab es im Osten der Stadt in der Vorshauerstraße, wo sich gleichfalls eine Mietschule befindet. Hier mußten die zu 7 Uhr hinbestellten Eltern zunächst bis 7/8 Uhr mit ihren Kindern auf dem Hofe warten, trotz des scheinlichen Wetters. Nachher wurde ihnen zu ihrer Ueberraschung erklärt, die Kinder könnten nicht dabehalten werden, es seien noch nicht genug Bänke vorhanden. Auch am Donnerstag wurden die Kinder wieder nach Hause geschickt, weil es an Bänken fehlte, und es wurde ihnen nun gesagt, sie brauchen erst am Montag wiederkommen. So beginnt hier das Semester mit unfreiwilligen Extraverien.

Eine Mutter versichert uns, sie werde diese Einschulung sobald nicht vergessen. Das wollen wir ihr gern glauben. Gesteigert wird die Achtung vor der Schule und ihren Einrichtungen durch solche Zustände nicht — nicht bei den Eltern und auch nicht bei den Kindern.

Städtische Alters- und Sickenversorgung. Im Friedrich Wilhelm-Hospital in der Preßelstraße besonden sich am 31. März d. J. 220 Hospitalisten. Die Sickenanstalten hatten an demselben Tage einen Bestand von 442 männlichen und 501 weiblichen, zusammen 943 Sicken, während im Pflegehaus für Ehepaare je 20 Männer und Frauen verpflegt wurden. Das Depot für aus hiesigen Krankenhäusern entlassene unheilbare Obdachlose wies einen Bestand von 68 männlichen und 55 weiblichen, zusammen 123 Pflegelingen auf. Ferner wurden in der Anstalt B des Friedrich Wilhelm-Hospitals in der Wallfadenstr. 87 noch ein männlicher und 624 weibliche Hospitalisten verpflegt. Die Gesamtzahl der in den genannten Anstalten auf Kosten der Kommune verpflegten Personen betrug mithin am 31. März d. J. 1903. Außerdem hatte die Anstalt in der Preßelstraße noch 60 Personen auf Kosten der Anstalt in Außenpflege gegeben.

Das Wagenmaterial unserer Eisenbahnen, das während des stärkeren Verkehrs der Osterfeiertage mehrfach zur Verwendung gelangte, scheint für die Sicherheit der Passagiere mitunter wenig Garantie geboten zu haben, wie folgender Vorfall, der auf der Fahrt von Brandenburg a. H. nach Berlin passierte, erkennen läßt. An den von Magdeburg kommenden Schnellzug mußte, wegen Ueberfüllung der Wagen, in Brandenburg ein Wagen angehängt werden, in dessen einem Abteil die Lampe nicht in Ordnung war. Die Reisenden machten hierauf den Schaffner aufmerksam, welcher aber darauf kein Gewicht legte. Während der Fahrt nach Berlin fing nun das in dem Behälter der Lampe sich ansammelnde Fett plötzlich lichterloh an zu brennen, so daß die Reisenden die Notbremse ziehen wollten, wobei sich herausstellte, daß diese versagte. Durch das Mofett begaben sich nun die gefährdeten Reisenden in den Nebenabteil und waren dort kaum angelangt, als die besetzte Lampe mit lautem Knall explodierte. Man wollte nun in dem Nebenabteil die Notbremse in Bewegung setzen, mußte aber auch hier die Erfahrung machen, daß dieselbe nicht funktionierte. Inzwischen hatten die Flammen der explodierten Lampe einen mächtigen Qualm entwidelt, so daß anzunehmen war, der Wagen habe Feuer gefangen. Einer der Reisenden begab sich deshalb, während der Zug in voller Fahrt war, auf dem Trittbrett zu dem nächsten Wagen, wo in einem Abteil gleichfalls die Notbremse versagte und erst das Ziehen derselben in einem weiteren Abteil den Zug zum Stehen brachte. Er hatte durch den Unfall eine halbe Stunde Verspätung.

Schuhvorrückung für Straßenbahnen. Herr Peter Altemann, der Erfinder und Fabrikant der Schuhvorrückung für Straßenbahn und Motorfahrzeuge, ist gern erdödig, Interessenten auf Wunsch jede Auskunft zu erteilen und die Schuhvorrückung praktisch vorzuführen.

Gleichzeitig macht er noch besonders darauf aufmerksam, daß am Sonntag, den 10. d. M., vormittags von 9-12 Uhr, in dem Etablissement der Unions-Brauerei, Finkenheide, zum letzten mal eine öffentliche praktische Vorführung der Schutzvorrichtung stattfindet, wozu jedermann freien Zutritt hat.

Das Bureau befindet sich Finkenheide Nr. 95 II.

Die neue Polizeiverordnung für die Anlage von Celluloid-Fabriken, welche durch die Brandkatastrophe in der Michaelstraße bedingt wurde, ist nunmehr nach den Vorschlägen des Vereins deutscher Celluloidfabrikanten in einer zwischen dem Vorstand des letzteren und dem Polizeipräsidenten stattgefundenen Konferenz festgelegt. Die wesentlichsten Bestimmungen, welche die Sicherheit des arbeitenden Personals und die Herabsetzung der Brandgefahr bezwecken, sind folgende: Jede Fabrik muß zwei über verschiedene Treppen führende Ausgänge haben, welche während der Arbeitszeit stets geöffnet sein müssen. In den Arbeitsräumen darf unter keinen Umständen mehr Celluloid lagern, als an einem Tage verarbeitet wird, und Abfälle müssen täglich zusammengefaßt und aus den Arbeitsräumen entfernt werden. Die Verwendung von offenem Licht, das Rauchen von Tabak, Benutzung von Spirituslöchern oder ähnlichen Apparaten in den Fabriken ist streng untersagt. Die zur Erhellung der Arbeitsräume dienenden Beleuchtungskörper müssen mindestens einen halben Meter entfernt von den Arbeitstischen angebracht sein. Celluloid-Lagerstätten müssen an von den Fabrikräumen durch sichere Brandmauern getrennten Orten sich befinden.

Die Mißbräutigam der Hausagrarier wird durch folgenden Vorfall einmal wieder recht drastisch illustriert. Eine 63jährige Witwe, die sich lange Jahre hindurch als Zimmervermieterin ernährte, bezog im Dezember vorigen Jahres eine Drei-Zimmer-Wohnung bei dem Hauswirt Sch. in der Wilsonstraße. Sie selbst behalt sich mit der Küche, während sie die möblierten Zimmer anderweitig zu vermieten gedachte. Leider gelang ihr dies nicht, die Zimmer blieben leer. Trotzdem zahlte sie dem Hauswirt für Dezember und Januar die schuldige Miete von ca. 58 M. pro Monat pränumerando. Im Januar jedoch wurde die Frau an Asthma leidende Frau krank, so daß sie in ein Krankenhaus geschafft werden mußte. Als sie daselbst Mitte Februar wieder verließ, wurde ihr eine unerwartete Ueberzahlung zu teil. Der Hauswirt nämlich, der am 1. Februar von der jetzt tatsächlich zahlungsunfähigen Frau keine Miete erhalten hatte, eröffnete ihr in dem so wenig sympathischen Hausagrarier-ton, daß sie jetzt die Wohnung zu räumen habe. Die Witwe belegte er mit Verdrags, um sich für die Miete schadlos zu halten, und zwar ohne erst Klage anzustrengen, denn sonst würden die Kosten ja doch alles verschlingen. Gesagt, gethan. Das Unentbehrlichste und Wertvollste des Hausrates konnte die Frau mitnehmen. Das Rest und Wertvollste der Drei-Zimmer-Einrichtung behielt der Herr Hauswirt. Nun vergegenwärtige man sich: Nur für einen einzigen Monat war die Frau die Miete schuldig geblieben, und dieser Monat war noch nicht einmal zu Ende. Der Hauswirt aber geduldet sich nicht etwa, bis es der Frau - vielleicht im nächsten Monat schon durch Zimmervermietern - etwas besser gegangen wäre, nein, hart und rücksichtslos nahm er ihr das einzige Eigentum, was sie besaß, beraubte er sie der einzigen Möglichkeit, sich zu ernähren. Die lauer erworbenen Mobilien im Werte von mindestens 300 M., die sie sich im Laufe vieler Jahre durch ihre vom Munde abgedachten Spargroschen nach und nach hatte anschaffen können, gingen mit einem Schlage in den Besitz des Hauswirts über. Dafür gehört er dann vielleicht einem Verein an, der sich den Schutz der Witwen und Waisen zur ganz besonderen Aufgabe macht, oder er geht täglich in seine Stammkneipe und schimpft in sittlicher Enttäuschung über Buhlerer und Halsabschneider. - Doch wozu raisonnieren? Ist der Mann nicht etwa in seinem guten Recht? Gewiß, das sollte auch die Frau erfahren. Sie hatte ja den berechtigten Mietkontrakt unterschrieben, wie ihn alle Berliner Mieter, wenn sie überhaupt eine Wohnung haben wollen, unterschreiben müssen. So konnte denn auch das angesehene Gericht nicht zu Gunsten der Frau entscheiden, im Gegenteil, die Frau mußte noch froh sein, daß sich der Hauswirt auf einen Vergleich einließ, der ihm ihre Sachen sicherte und sie von dem Kontrakt entband. Sonst hätte sie noch für weitere dreiviertel Jahre die Miete zu zahlen gehabt und wäre dann wohl bis an den jüngsten Tag sein Schuldner geblieben. Der edle Hauswirt hat also noch ein ganz christliches Werk gethan, als er sich „nur“ mit den Sachen der armen Witwe begnügte, rechtlich hätte er noch bedeutend mehr verlangen können. Die wegen einer Monatsmiete um ihr bißchen Habe und ihren Proterverb gebrachte Frau müßte dem Hauswirt mithin also nicht fluchen, sondern ihn noch obendrein segnen - so wenigstens werden alle echten und rechten Hausagrarier denken.

Ein durchgehendes Pferd im Eisenwarenladen. Der Milchhändler Stange aus der Kleinen Andreasstraße 20 kaufte sich vor 14 Tagen ein neues Pferd, einen jungen hohen Braunen. Während er heute morgen um 5 Uhr vor dem Hause Friedenstraße 65 hielt, um Häßer ab- und aufzuladen, ging das unruhige Tier, durch irgend ein Geräusch schon geweckt, durch und rannte nach der Kloppestraße zu, der Eigentümer hinterher. An der Ecke der Kloppestraße, an dem Hause Friedenstraße 59, setzte es über die Eisenbrüstung eines Schaufensters der Eisenwarenhandlung von Costorf hinweg, zertümmerte die große Scheibe, rannte mit dem Wagen die Brüstung um und drang in den Laden bis zum zweiten Regal vor. Der Gaul zerstörte außer der Schaufensterscheibe, die mit 250 M. versichert ist, für 200 M. Waren, Vogelbauer, Kinderwagen, Lampen und dergleichen mehr. Er selbst schnitt sich an den Scherben der zertümmerten Scheibe den Hals auf und mußte nach der Klinik der Tierarzneischule gebracht werden.

Im Ziergarten erschloß sich heute früh ein fein gekleideter junger Mann, dessen Persönlichkeit noch nicht festgestellt werden konnte. Der Parkwächter Winter hörte um 3 1/2 Uhr an der Luiseninsel einen Schuß fallen und fand dort, als er der Anstrichung entgegen ging, einen jungen Mann liegen, der in seinem Blute schwamm. Er hatte sich eine Kugel in die rechte Schläfe geschossen und gab kein Lebenszeichen mehr von sich. Neben der Leiche lag der Revolver, der noch mehrere Schüsse enthielt, und eine Schachtel mit scharfen Patronen. Der Wächter benachrichtigte die Revierpolizei, die die Leiche nach dem Schauhaufe bringen ließ. Der Unbekannte gehört augenscheinlich den besten gebildeten Kreisen an. Er ist etwa 20 bis 25 Jahre alt, nur 1,60 Meter groß und schwächlich, hat dunkelblondes gelocktes Haar, graue Augen, etwas dicke Lippen, ein kleines schwarzes Gesicht und einen Anflug von Schnurbart und trägt einen schwarz-grauen Sommerüberzieher, einen schwarzen Gehrock-Anzug mit weißer Weste, ein Vorhemd mit Stehragen und weißem Bindeschlepp, graue Unterleider, schwarze wollene Strümpfe, Gummizug-Stiefel und einen schwarzen steifen Hut mit schwarzem Futter. Das Taschentuch, das weiße Hemd und der Ueberzieher sind A. L., dieser in goldgesticktem Monogramme, gezeichnet.

Der Alkohol. Die 37 Jahre alte Malerfrau Bertha Pahlaff war eine Gewohnheitsdrinkerin und trank so stark, daß ihr Mann es nicht mehr mit ansehen konnte, sie verließ und seine beiden Kinder im Alter von 14 und 8 Jahren mitnahm. Frau P. ging nun zu ihrer Mutter, einer Witwe in der Wolfstraße 3, arbeitete in einer Papierfabrik und trank noch mehr als früher. Am Geburtstag ihres verstorbenen Bruders wollte sie dessen Grab schmücken und machte sich mit einem Blumenstrauch auf den Weg. Da sie aber die Schnapsflasche, die sie gefüllt von Hause mitnahm, unterwegs so oft leerte und wieder füllen ließ, so kam sie nicht bis zum Friedhof. Zweiinhalb Stunden nach ihrem Weggang, um 5 1/2 Uhr nachmittags, taumelte sie, von einer johlenden Rinderschar gefolgt, durch die Gerichtstraße. Ein Schuttmann brachte sie nach der Revierwache in der Basewalkstraße 11. Nachdem sie sich dort bis 8 1/2 Uhr abends ausgeschlafen hatte, ging sie unbehelligt in die nächste Destillation, kaufte für 15 Pf. Nordhäuser mit Hum, kehrte nach dem Flur des Hauses Nr. 11 zurück und trank hier, um die Polizeibeamten zu ärgern, die Schnapsflasche in einem Zuge aus. Unmittelbar darauf aber sank sie lahmlos um und war tot. Den Blumenstrauch für das Grab des verstorbenen Bruders in der Linken und die

leere Schnapsflasche in der rechten Hand. - Der 57 Jahre alte Arbeiter Friedrich Viehlich aus der Anstaltenstraße hatte am dritten Feiertage bei einem Klempner 2,75 M. verdient. Sofort legte er den ganzen Betrag in Schnaps an. Während vorgestern nachmittags seine Frau ausgegangen war, um die verheirateten Kinder zu besuchen, kam er betrunken nach Hause. Nach einer Viertelstunde begann er zu toben. Als es dann in der Wohnung plötzlich ruhig wurde, sahen die Nachbarn durch das Fenster und fanden ihn tot auf dem Fußboden liegen. Die leere Schnapsflasche lag auf dem Sofa. Alkoholvergiftung hatte in beiden Fällen zum Tode geführt.

Baumfall. Bei dem Abrißbau Oranienburgerstr. 13 verunglückte gestern morgen 1/9 Uhr der Arbeiter 7 wohnende verheiratete Arbeiterhelfer Franz Schulz, dem durch einen herabfallenden Stein die Schädeldede eingeschlagen wurde. Der Baumglücke wurde per Droßkahn nach dem Hedwigs-Krankenhaus befördert, wo er in hoffnungslosem Zustande darniederliegt. Das Unglück konnte sich nur dadurch ereignen, daß sich an der Balkenfront des Hofes kein Schutzdach befand.

Kirchenkonzert. In der Marienkirche werden Montag, den 20. April, abends 7 1/2 Uhr, Musikdirektor Otto Diemel, Frl. Hedwig Kaufmann, Frl. Olga La Parre, Frl. Margarete Heilbron, die Violinistin Frau Alara Karlowitska-Rißer und Herr Heinrich Scholz Orgel- und Violinkompositionen, Terzette, Duette und Arien von Händel, Bach, Alghardi, Diemel u. a. bei freiem Eintritt aufführen.

Michael in Friedenau. Für das Stunden-Rennen, welches am nächsten Sonntag im Sportpark Friedenau stattfindet, ist seitens dieser Bahn auch noch der bekannte kleine Engländer Jimmy Michael gewonnen worden. Durch die Teilnahme eines so hervorragenden Fahrers, der sich bereits am Schluß der vorjährigen Saison durch sein ausgezeichnetes Fahren beim Berliner Publikum bestens einführte, erhält das Rennen, das nunmehr als Vorgabefahren entschieden werden soll, eine große Anziehungskraft. Der Verkauf des Rennens ist daher doppelt spannend.

## Aus den Nachbarorten.

Die Nizdorfer Stadtverordneten-Versammlung stimmte in ihrer Sitzung vom Donnerstag der bereits gestern von uns veröffentlichten Magistratsvorlage, betreffend Vereinheitlichung des Preises für das Koch- und Leuchtgas, das vermittelst Automaten entnommen wird, ohne Debatte zu. Eine Vorlage, die gärtnerische Anlagen auf dem Nizdorfer Platz bezog, führte zu einer Debatte über den Nutzen und die Notwendigkeit von Spielplätzen. Stadtv. Abraham und Stadtv. Wanzlitz wünschten von der Baudeputation, daß sie die Veseitigung eines der beiden Spielplätze am Richardplatz in Erwägung ziehe und an jener Stelle die gärtnerischen Anlagen vermehre. Schönheitsrücksichten und vor allem die Sicherheit der spielenden Jugend sollten nach ihren Ausführungen hierfür maßgebend sein. Stadtv. Conrad (Soc.) bezweifelte sehr, daß es den Herren die Sicherheit der Kinder so sehr angethan habe. In Wirklichkeit wäre es ihnen darum zu thun, an jener Stelle, wo sich eine Art Nizdorfer Villenviertel der „Alteingesessenen“ aufziehe, nicht immer die Kinder der Armen vor sich zu haben. Die Sozialisten hätten auch ein starkes Schönheitsbedürfnis, sie müßten aber entschieden dagegen protestieren, daß den Arbeiterkindern die schon geringen Spielplätze noch verkümmert würden. Daß die Kinder auch mal den Damm aufsuchten, könne niemand verhindern. - Die Vorlage der Baudeputation und des Magistrats, die mit der Verbeibaltung der beiden Spielplätze rechnet, wurde angenommen.

Der Entwurf eines neuen Ortsstatuts, das Gewerbe-gericht angehend, rief eine große Debatte über Sonntagsruhe aus. Über die Entschädigung der Gewerbegerichts-Beisitzer wurde auch über die Entschädigung der Gewerbegerichts-Beisitzer gehandelt und über die Entschädigung der Gewerbegerichts-Beisitzer. Die Dammelänner kamen auch diesmal wieder mit ihrem Antrage, die durch das Statut nicht ausgeschlossenen Sonntagswahlen direkt auszuschließen, wogegen die Sozialdemokraten beantragten, den Sonntag als Wahltag vorzuschreiben. Alle die vielen guten Gründe, die ohne weiteres für die Wahl, wenigstens der Arbeitnehmer, an einem Sonntag sprechen, wurden von den Genossen Wuhl, Pfeiffer, Conrad und Bach ins Feld geführt, während Stadtv. Abraham für den Magistratsvorschlag eintrat, der die Bestimmung des Wahltages dem Gewerbegerichts-Vorsitzenden ausschließlich überlassen will. - Die Verschwörer des Anschlusses der Sonntagswahl redeten sehr, sehr wenig, denn sie hatten keine Gründe für sich, außer dem einen, die gute, liebe, alte Sitte und der religiöse Sinn des damit behafteten wenigstens kleinen Teils der Nizdorfer Bevölkerung könnten leiden. Das ist natürlich nicht ernst zu nehmen, angeht es aber an Sonntagen stattfindenden Kirchenwahlen und der Thaten derselben Herren, die seiner Zeit die Wünsche der Handlungsgesellen auf eine weitere Ausdehnung der Sonntagstrübe schände mißachteten. Es wurde ihnen dies auch von socialdemokratischer Seite in netter Form gehörig vorgehalten. Es müßte aber alles nichts. Die Furcht vor der alten Forderung der Socialdemokratie, alle Wahlen an Sonntagen vorzunehmen - das ist schon früher ausgeplappert worden - ist der wahre Grund der Herren für ihr Vorgehen, und diese Furcht regte mit 24 Stimmen: Die Gewerbegerichts-wahlen dürfen, wenn der Magistrat sich unterwirft, in Zukunft in Nizdorf nicht Sonntags stattfinden. Auch der Antrag der Socialdemokraten, die Entschädigung für die Beisitzer von 4 M. auf 6 M. zu erhöhen, den dieselben Redner der socialdemokratischen Fraktion eingehend begründeten, wurde abgelehnt, allem Anschein nach auch nur aus der edlen Sucht, der Arbeiterpartei gegenüber „recht“ zu behalten. Ebenso fiel der Vergleichsvorschlag der Socialdemokraten, zu bestimmen, daß die Sitzungen nur am Nachmittag stattfinden und nicht vor 2 Uhr beginnen dürfen. Das Ortsstatut wurde im übrigen mit geringen Änderungen angenommen.

Weißensee. Der Etat der Amtsverwaltung ist in Einnahme und Ausgabe auf 57 000 M. (gegen 52 000 M. im Vorjahre) gestellt. Von dieser Summe tragen die Gemeinden Neu-Weißensee und Weißensee nach ihrem Steuerfoll 25 500 M., der Kreis 4000 M., die übrige Summe wird durch Strafgelder, Fleischschau-Gebühren, Baugebühren usw. aufgebracht. Der Etat des Standesamts beläuft sich in Einnahme und Ausgabe auf 4600 M. (gegen 4300 M. im Vorjahre). - Der Amtsausschuß beschloß eine Abänderung der Gebühren-Ordnung zur Polizeiverordnung vom 14. März 1901 betreffend die Desinfektion bei ansteckenden Krankheiten. Früher waren diejenigen, welche ein Einkommen von 900 M. und darunter hatten, von einer Gebühr entbunden, dies ist nun dahin abgeändert, daß schon diejenigen, welche ein Einkommen von 1200 M. und darunter haben, gebührenfrei sind. Ebenso wird die Polizeiverordnung betr. die Reinigung der Straßen außer Kraft gesetzt, nachdem festgestellt ist, daß die Reinigung der Straßen die Gemeinde zu übernehmen hat. Für die Beamten der Amtsverwaltung ist ebenfalls eine Gehaltsordnung geschaffen, die denen der Gemeindeverwaltung gleichgestellt ist.

Wilmsdorf. Die Gemeinde-Vertretung bewilligte in ihrer letzten Sitzung für Tiefbohrungen in den Straßen 20 und 22 800 M. Sodann wurden die Bauauslinien der an den Reicheliner Weg angrenzenden Straßenzüge festgestellt. Es wurde beschlossen, in den Straßen Vorgärten und Baumplantagen anzulegen. Desgleichen ist als Pfaster mit Ausnahme des Teils der Reichelinerstraße von der Mannheimerstraße bis zum Berliner Weg Stampfasphalt vorgelesen. Die beteiligten Banken sind für Erhaltung der Straßenzüge, Beleuchtung und Kanalisation verpflichtet, eine Kaution von 80 000 M. zu hinterlegen. Für Regulierung der Liepenburger- und Breußischestraße wurden 4100 M. bewilligt. Desgleichen wird ein Teil der Palzburger-, Lubowitzerstraße und Pariserstraße reguliert. Für stenographische Aufnahmen der Verhandlungen wurden 1000 M. angelehnt. Die Notwendigkeit wurde damit begründet, der Uebergang Wilmsdorfs von der Landgemeinde in die städtische Verfassung mache die Annahme der Vorlage nötig, damit das Stenogramm später als Nachschlagebuch dienen könne; desgleichen werde eine korrekte Berichterstattung der Presse ermöglicht. Die Vorlage rief eine längere

Debatte hervor. Sie wurde sogar als Luxus bezeichnet. Vom Genossen Natufsch wurde erklärt, daß unsere Genossen für die Vorlage eintreten, wenn den Abgeordneten ein Exemplar zur Verfügung gestellt würde. Dem Antrag wurde stattgegeben. Für die aus zwölf Klassen bestehende Gemeindeklasse II. wurde die Errichtung einer Rektorstelle für 1904 beschlossen.

Aus dem Bericht über die Geschäftstätigkeit des Schönberger Gewerbegerichts für 1902 wird uns folgendes mitgeteilt: Die Zahl der anhängig gemachten Klagen beträgt 448 (im Vorjahre 341), von denselben sind erledigt worden 423 (329). Von den insgesamt 518 (406) Klägern waren 448 (343) männliche, der Rest entfällt auf Frauen und Mädchen. Das größte Kontingent der Klagen stellt das Baugewerbe mit 92 (66). Die Zahl der von Arbeitnehmern erhobenen Klagen beträgt 430 (320), von Arbeitgeber 4 (5). Von den 448 Klagen wurden geltend gemacht 532 Ansprüche, davon 287 auf Zahlung rückständigen Lohnes, 216 auf Lohnentziehung wegen unrechtmäßiger Entlassung bzw. wegen Einbehaltung von Arbeitspapieren, 9 auf Ausstellung von Zeugnissen, 11 aus unrichtiger Berechnung und Anrechnung von Krankentagen-Beiträgen, 24 auf Herausgabe von Arbeitspapieren, Handwerkszeug u. Mehr als ein Anspruch wurde in 103 Klagen erhoben. Der Wert des Streitgegenstandes betrug bis 20 M. in 182 Fällen, bis 50 M. in 142 Fällen, bis 100 M. in 84 und über 100 M. in 29 Fällen. Die geringste Klagesumme war 0,28 M., die höchste 1050 M. Während der von Stadtrat Seyl, dem Vorsitzenden des Gerichts, herausgegebene Bericht bedauert, daß im Vergleich zum Vorjahre nur halb so viel Klagen vor dem Richter zurückerhalten wurden, und die Zahl der ganz oder teilweise zurückgebliebenen Entscheidungen fast um eben so viel zugenommen, auch die Zahl der Vergleiche um 0,71 Proz. abgenommen hat, können wir darin nur ein erfreuliches Zeichen erblicken. In den weitaus meisten Fällen wird der Klagende Arbeiter bei einem Vergleich, von dem der Beklagte stets den Vorteil haben dürfte, von seiner Forderung erheblich zurückzugehen gezwungen sein, schon um der Abkürzung des Verfahrens willen. Als Einigungsamt ist das Gewerbegericht im Berichtsjahre nicht angerufen worden. Der Ausschuß für Gutachten und Anträge hat sich gegen die Errichtung von Innungs-Krankentassen bei der Schuhmacher- und Fleischerinnung ausgesprochen. Einem Erlauchen an die Regierung um Unterstellung der Gärtnergehilfen unter Titel VII der Gewerbe-Ordnung hatte sich der genannte Ausschuß ebenfalls angeschlossen. Gemäß einem Antrage unseres Genossen Käter sind den Beisitzern diverse Hilfsbücher geliefert worden. In einer unferneits geforderten Erhöhung der Entschädigung, wie sie in den meisten Nachbarorten und in Berlin üblich ist, hat sich leider die städtische Körperschaft noch immer nicht verstanden können.

## Gerichts-Zeitung.

Ein mildes Urteil. Unter der schweren Beschuldigung, einen 82-jährigen Greis mittels eines gefährlichen Werkzeugs und in einer das Leben gefährdenden Weise gemißhandelt zu haben, stand gestern der Amts- und Gemeindediener Johann Brauner vor dem zweiten Strafammer des Landgerichts II. Der Angeklagte ist seit dem Jahre 1896 bei der Gemeinde Friedrichsfelde angestellt. Unter seiner Aufsicht stand auch das Armenhaus, zu dessen Insassen im vorigen Jahre der 82-jährige Orlsanne Johann Bergmann gehörte. Dieser verstarb im Mai vorigen Jahres. Erst längere Zeit nach der erfolgten Beerdigung tauchte das Gerücht auf, daß Bergmann seines natürlichen Todes gestorben sei, sondern schwere Mißhandlungen seitens des Angestellten habe erdulden müssen. Das Gerücht verdichtete sich schließlich so weit, daß seitens der Behörde Ermittlungen angestellt wurden. Im Oktober endlich wurde angenommen, daß die Leiche Bergmanns exhumiert werden sollte. Der Verwesungsprozess war indessen schon so weit vorgeschritten, daß die Spuren etwaiger Mißhandlungen nicht mehr wahrzunehmen waren. Auf Grund der belästigenden Aussage der Tochter des Verstorbenen, der Arbeiter-Chefrau Bergmann, wurde dennoch Anklage gegen den Gemeindediener erhoben. Dieser behauptete im Termine, daß der Verstorbene, der bereits anfang, fündisch zu werden, ihn viel Last und Arbeit gemacht habe. Um ihn zur Reinlichkeit anzuhalten, habe er ihn manchmal etwas barsch behandeln müssen. Geschlagen habe er ihn nicht. Die Zeugin Bergmann machte folgende Angaben: In der Mittagstunde des 25. Mai habe sie sich nach dem Armenhause begeben, um ihrem Vater Essen zu bringen. Beim Betreten seiner Stube habe sie ihn auf dem Fußboden liegend gefunden. Er sei fast bewußtlos gewesen, sein Gesicht habe mehrere geschwollene Stellen und Striemen aufgewiesen. Neben ihm habe ein zerbrochener Stuhl und ein umgeworfener Stuhl gelegen, so daß es den Eindruck machte, als habe ein Kampf stattgefunden. Sie habe ihren Vater zu Bett gebracht und als dieser wieder etwas zu sich gekommen sei, habe er erzählt, daß der Amtsdienner ihn geschlagen habe.

Der Staatsanwalt hielt die Schuld des Angeklagten für erwiesen und so schwer, daß er gegen ihn 1 Jahr 6 Monate Gefängnis bei sofortiger Verurteilung und dauernde Aberkennung zur Bekleidung eines Amtes beantragte. Der Gerichtshof hielt nur eine einfache Mißhandlung für dargehan, die mit einer Geldstrafe von 50 M. zu ahnden sei.

Das Urteil wird allgemein Bekremden hervorgerufen. Wenn das Gericht den Aussagen der Zeugin Glauben schenkte, so ist es unverkündlich, wie es den Thatbestand einer einfachen Mißhandlung für vorliegend erachtete konnte. Handelte es sich doch um die schwere Mißhandlung eines 82-jährigen gebrechlichen Greises durch eine Amtsperson, die zur Pflege des Greises verpflichtet gewesen wäre!

Wegen Verurteilung bezw. verurteilter Nötigung und Verleumdung hatten sich heute die Kofleger Bruno Hansadovitz und Alfred Grunberg vor der vierten Strafammer am Landgericht II zu verantworten. Die beiden Angeklagten waren vom Spandauer Schöffengericht zu je einem Monat Gefängnis verurteilt worden und hatten dagegen Berufung eingelegt. Sie hatten bei der Firma Nihling u. Co. gearbeitet, die eine Arbeiterkolonne auf dem Terrain der Spandauer Artillerie-Verkaufsstelle beschaffte. Unter dieser Kolonne brach Anfang November vorigen Jahres ein Streik aus, an welchem sich anfänglich auch der Kofleger Dittmann beteiligte, der aber nach einigen Tagen die Arbeit wieder aufnahm. Die Angeklagten suchten am 16. November den Dittmann in seiner Wohnung in Schöneberg auf, wie sie angaben, um denselben gütlich zuzureden, auch ferner zu streifen. Der Zeuge Dittmann behauptete aber unter seinem Eide, daß ihn die Angeklagten thätlich angegriffen und den Kopf zerschlagen hätten. Sie hätten ihn „Lump!“ „Streifredner!“ geschimpft und ihn mit Reife gedroht, falls er weiter arbeite. Da der von den Angeklagten angebotene Entlastungsbeweis mißlang, wurde die Berufung verworfen und das erste Urteil bestätigt.

Ein antisemitischer Scherz brachte den Rechtsanwalt Dr. Heinrich Gehner in Darmstadt, den großherzoglichen Rechnungsberevisor Hans Keizel, den Hofbuchhändler Heinrich Keizel und den Dr. Mahr mit dem Strafrichter in Konflikt. Die genannten Herren lebten am 17. August vorigen Jahres von einem Ausfluge in das Main- und Rahe-Thal nach Mainz zurück und waren in sehr fröhlicher Weimlaune. In Großeran stiegen sie in einen Zug. Zu ihnen setzte sich dann noch ein Kaufmann Hirsch. Dem Verlangen der vier Herren, sich in ein anderes Coupé zu setzen, kam Hirsch nicht nach. Die vier thaten sich nun gütlich in Anspielungen auf die Abstammung ihres Reisegefährten. Dr. Mahr schnitt eine Cigarettenpitze ab, setzte dann das Messer an seiner Stiefelschleife und sagte: Nun wollen wir mal aus Bekneiden gehen. Während seine Genossen ihre Bemerkungen dazu machten, suchte Dr. Mahr dem Hirsch mit dem Messer - es war ein griffeltes - vor der Nase herum. Hirsch begann schließlich zu weinen und sagte, man beleidige seine Religion. Dr. Gehner bestritt dies und sagte, wenn er nicht ruhig sei, gebe er ihm einen Tritt. Auf der nächsten Haltestelle

heute Hirsch laut und rief den Schaffner, der die Namen der vier Herren festhielt. Das Landgericht Darmstadt hat sie am 17. November v. J. wegen Verleumdung verurteilt, und zwar Dr. Mohr zu 150 M., die übrigen zu 75 resp. 50 M. Geldstrafe. — Die Revision der Angeklagten außer Mohr wurde vom Reichsgericht als unbegründet verworfen.

Das unbefugte Eindringen in Schulkäume kann nicht durch Polizeiverordnung unter Strafe gestellt werden. Eine Regierungs-Polizeiverordnung bedroht mit Strafe den, der in Schulkäume unbefugt eindringt. Sie wurde gegen den Vater eines Mädchens angewandt, der in die Klasse einer Mädchenschule eingedrungen war, wo seine Tochter eine Arreststrafe verbüßte, und das Kind mitgenommen hatte. Der Angeklagte wurde jedoch in letzter Instanz freigesprochen. Das Kammergericht erklärte die Polizeiverordnung für ungültig und führte aus, durch den § 123 des Strafgesetzbuches (Bestimmungen über den Hausfriedensbruch) sei die Materie des widerrechtlichen Eindringens in abgeschlossene Räume, die zum öffentlichen Dienst bestimmt sind, erschöpfend geregelt. Deswegen können Polizeiverordnungen, die dieselbe Materie betreffen, nicht neben § 123 zu recht bestehen.

## Verfassungen.

**Zweiter Wahlkreis.** Am Mittwoch fand im „Wilhelm-Theater“ in der Friedrichstraße die Generalversammlung des Sozialdemokratischen Wahlvereins statt. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde das Andenken der verstorbenen Genossen Fahrenjahn, Reumann, Richter, Schloschau und Stein in üblicher Weise gelehrt. Sodann erstattete der Kassierer Zellmer den Kassendbericht über die Zeit vom 29. Oktober bis zum 14. April. Die Einnahmen betragen einschließlich eines alten Bestandes von 37,94 M. 3451,34 M., die Ausgaben, worunter 1200 M., die dem Vertrauensmann überwiesen wurden, 2700,76 M.; es verbleibt also ein Bestand von 750,58 M. Die Mitgliederzahl ist auf 3000 gestiegen; Neuaufnahmen fanden 971 statt, ausgeschieden sind 50 Mitglieder. — Dem Kassierer wurde Decharge erteilt; ebenso wurde einstimmig beschlossen, dem Vertrauensmann weitere 750 M. zu überweisen. — Im Vorstandsbericht konstatierte der Vorsitzende Wolderski die erfreuliche Tatsache, daß die Anregungen, die in der letzten Generalversammlung in Bezug auf die Förderung des Vereinslebens und der politischen Betätigung der Mitglieder gegeben wurden, eine gute Wirkung ausgeübt haben. Der Vorstand hat in Einverständnis mit den Bezirksführern auf Grund jener Anregungen einen Leitplan für die Agitation und Organisation ausgearbeitet, worin bestimmte Regeln über die Pflichten sowie über das Zusammenarbeiten der verschiedenen Vertrauenspersonen der Organisation des zweiten Wahlkreises gegeben werden. Unter anderem wurde auch eine Kontrollkarte für die Bezirksführer und deren Stellvertreter eingeführt, damit die Mitglieder sich davon überzeugen können, ob sie ihren Pflichten auch nachkommen. In der letzten Bezirksführer-Sitzung wurde beschlossen, um eine Ueberprüfung über die Betätigung der Mitglieder an den Arbeiten für die Partei zu gewinnen, eine Kontrollkarte einzuführen, die ins Mitgliedsbuch eingeklebt werden soll. Der Redner teilte ferner mit, daß der Genosse Winkelmann, der vor 2 1/2 Jahren wegen einer Verurteilung gegen seine Gewerkschaft aus dem Wahlverein ausgeschlossen wurde, nun auf sein Ersuchen wieder aufgenommen worden ist. — Dagegen sowie gegen die gesamte Tätigkeit des Vorstandes wurden keinerlei Einwendungen gemacht. Da Genosse Wolderski im Namen sämtlicher Vorstandsmitglieder sich bereit erklärte, in Anbetracht der bevorstehenden Wahlen ein weiteres halbes Jahr im Amte zu bleiben, wurde der bisherige Vorstand einstimmig wiedergewählt. Sodann befaßte sich die Versammlung noch mit der Frage: Wie haben wir uns den von Gegnern einberufenen Versammlungen gegenüber zu verhalten? — Veranlassung hierzu war die konservative Wählerversammlung vom Dienstag in Habels Brauerei-Ausschank, über die in der „Staatsbürger-Zeitung“ und andern Blättern ein ganz unzutreffender und zum Teil lägenhafter Bericht gegeben wurde. Der Vertrauensmann Scholz machte mit Rücksicht auf diese Vorgänge darauf aufmerksam, daß am Donnerstag, den 23. April, in der Volkbrauerei eine von unserer Seite einberufene Wählerversammlung stattfinden wird, wozu auch die Gegner und besonders der konservative Kandidat Dr. von Western eingeladen werden. Die Parteigenossen hätten aber keinen Grund, in die gegnerischen Versammlungen zu gehen, wo sie nicht geladen seien. Ueber den Verlauf der Versammlung berichteten dann einige in der Versammlung anwesend gewesene Genossen. Mehrere Redner, darunter auch Reichstags-Abgeordneter Fischer, sprachen die Ansicht aus, daß es zu empfehlen sei, unter den von den Gegnern geschilderten Umständen den gegnerischen Versammlungen fern zu bleiben. Wollen die Gegner mit uns diskutieren, mögen sie zu

unser Versammlungen kommen, wo ihnen volle Redefreiheit garantiert wird.

**Verband der Barbier.** Am 8. April fand eine außerordentliche Generalversammlung des Zweigvereins Berlin statt. Nach Erledigung der ersten Punkte der Tagesordnung erfolgte der von Liere gegebene Bericht vom Verbandstage. In der darauffolgenden Diskussion bedauerten sämtliche Redner, daß als Verbandspräsident wieder Homberg gewählt ist. Den Verbandsausführer bilden Bernke, Liere und Kranz. Es erfolgte sodann noch die Wahl des Kollegen Wende als Beisitzer in den Zweigvereinsvorstand.

**Freireligiöse Gemeinde.** Sonntag, 19. April, vormittags 8 1/2 Uhr, in der Aula der 69. Gemeindefschule, Kleine Frankfurterstr. 6: Versammlung. Freireligiöse Vorträge. Um 10 1/2 Uhr vormittags ebenfalls: Vortrag des Herrn Dr. Bruno Wille: „Die Wahrheit wird Euch frei machen“. (Halle, Damen- und Herren, sehr willkommen. — Sonntag, 21. April, abends 8 1/2 Uhr pünktlich, im großen Saale des Central-Klubhauses, Am Königsgraben 14a: Beschließende Versammlung. (Wahlen.)

**Allgemeine Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter.** (G. H. W. Hamburg.) Filiale Berlin 3. Sonnabend, den 18. April, abends 9 Uhr, bei D. Bergner, Reichenbergerstr. 157, Mitgliederversammlung. — Filiale Berlin 4. Sonnabend, den 18. April, abends 9 Uhr, bei Bertowski, Andreasstr. 26, Mitgliederversammlung. — Filiale Berlin 5. Sonnabend, den 18. April, abends 9 Uhr, bei Frey, Postingerstr. 68, Mitgliederversammlung.

## Vermischtes.

**Zum Knochenfunde von König** liegt heute eine Meldung des „Königer Tageblattes“ vor, wonach die Identität der gefundenen Knochen und Stiefel mit denen Winters festzustehen scheint. Das „Königer Tageblatt“ schreibt: „Heute, Donnerstag, morgen gegen 11 Uhr wurden in der Abortgrube auf dem hiesigen städtischen Knaben-Schulhofe fünf dem Anschein nach menschliche Knochen von städtischen Arbeitern, die mit dem Ausräumen der Grube beschäftigt waren, gefunden. Es sind ein Oberarmknochen und ein Schienbein mit einem kleinen Knochen sowie zwei Knochensplitter. Die Polizei und Staatsanwaltschaft waren sofort zur Stelle. Die Knochen wurden mit Beschlag belegt und zum Kreisarzt geschafft. Man bringt den Fund mit dem Winter-Nord in Verbindung. — Die betreffende Abortgrube ist, wie wir hören, seit 4 Jahren nicht ausgeräumt.“

Am Donnerstagnachmittag wurden dann noch weitere Knochen gefunden, so daß jetzt vorhanden sind: der ganze linke Arm, der linke Unterarm und das ganze rechte Bein. Die Stiefel des ermordeten Ernst Winter fand man zu unterst in der Grube, desgleichen Oberarmknochen und Knöchelchen. Die Stiefel wurden ebenfalls gerichtsärztlich sofort mit Beschlag belegt. Sämtliche Knochen wurden dem Kreisarzt Herrn Dr. König übergeben.

**Ein neuer Fall Stietencon.** Von einem blutigen Drama, welches lebhaft an den Fall Stietencon erinnert, weiß der „Messin“ zu berichten. Das Drama ereignete sich in dem Badstube Ferienthal, dem Eigentum des Herrn Henri Reeb, welches seitwärts von Kobalben (Elsas-Lothringen) liegt. Reeb hatte einen seiner Knechte, den 20jährigen aus Kobalben gebürtigen Eward Jacques, nach einem benachbarten Pachthof geschickt, um eine Stute zu einem Ferkel zu bringen. Nach seiner Rückkehr entstand aus einem unbedeutenden Anlaß zwischen dem Herrn und seinem Knecht ein heftiger Wortstreit. Der Knecht hatte den Rückweg hoch zu Ross angetreten, anstatt nach der Weisung seines Herrn das Pferd am Zügel zu führen. Reeb geriet ob dieses Ungehorsams in Zorn und warf den Jacques mit einer solchen Wucht vom Pferde hinab, daß ihm eine Rippe brach. Er gebot ihm ferner, den Pachthof sofort zu verlassen. Jacques weigerte sich das zu thun, so lange ihm nicht seine Versicherungskarte ausgehändigt wäre. Reeb holte seine Pistole und drohte zu schießen, wenn Jacques nicht sofort den Pachthof verlasse. Jacques forderte immer und immer die Herausgabe seiner Versicherungskarte und warnte seinen Herrn davor, von der Waffe Gebrauch zu machen. Die Antwort Reeb's bestand darin, daß er den Schuß abfeuerte und den Jacques zu Boden streckte. Der aus nächster Nähe abgegebene Schuß traf den Kopf und den Hals.

Reeb schoß zum zweitenmal und verwundete einen zweiten Knecht, welcher sich ins Mittel legen wollte, schwer. Der junge Jacques wurde sterbend in das Spital von Mörchingen verbracht. Der zweite Knecht begab sich per Eisenbahn gleichfalls nach Mörchingen. Reeb aber führte sein Opfer selbst nach dem

Spital. Er hatte sein kaltes Blut keinen Augenblick verloren. Die Gendarmen verhafteten Reeb nach seiner Rückkehr von Mörchingen und brachten ihn ins Kantonalgefängnis von Dieuze. Der Zustand Jacques ist sehr schlimm. Jacques befand sich seit mehr als einem Jahre, der zweite Knecht seit 24 Stunden im Dienste von Reeb. Die Bevölkerung von Kobalben befindet sich ob der That in großer Aufregung.

**Winterstürme.** Im Oberharz herrscht seit Mittwoch bei 3 Grad Kälte ein furchtbarer Schneesturm. Der Schnee liegt 1 Meter hoch, auf der Straße von Bramlage nach Torshaus stellenweise 1 1/2 Meter hoch. Mehrere Wagen blieben im Schnee stecken. Später hat der Sturm etwas nachgelassen, doch schneit es noch ununterbrochen. Und aus Altona wird geschrieben: Der Schneesturm hat uns so viel Schnee gebracht, daß heute ein mit 6 Pferden bespannter Schneepflug Bahn machen mußte. Die Postpost nach der am Harzrande gelegenen Stadt Osterode verkehrt als Räderkutschen: ein Gefährt, das je nach Bedarf schnell in einen Wagen oder Schlitten umgewandelt werden kann. Der Verkehr auf der Klausthal-Zellerfelder Höhe wird nur durch Schlitten bewerkstelligt. — Aus Paris sowie aus Lille, Lyon und St. Etienne wird von heute Schneefall gemeldet. In Marseille dauert das Unwetter an und hat vielfachen Schaden angerichtet. Auf einem Teil des Duais ist die Arbeit eingestellt worden. Kein Schiff kann in den Hafen einlaufen. Die vor Anker liegenden Schiffe wurden vielfach losgerissen.

**Begen Entführung eines Mädchens** in ein ausländisches Kloster verurteilte die Dortmunder Strafkammer den Kaplan Anton Wöhle aus Fröndenberg zu einer Woche Gefängnis, die Ehefrau Sanitätsrat Dr. Bollen aus Düsseldorf zur gleichen Strafe und die Ehefrau Lueg zu drei Wochen Gefängnis.

**Ein Segelschiff vermisst.** Aus Dänkirchen wird telegraphiert: Das mit 30 Matrosen bemannte Segelschiff „Kommandant Marchand“, das am 25. Februar von Leith nach Antwerpen abgegangen ist, wird vermisst. Man befürchtet, daß es mit der ganzen Besatzung untergegangen ist.

**Schicksale der deutschen Südpolar-Expedition.** Vom Dampfer „Stahur“ der Deutsch-Australischen Dampfschiff-Gesellschaft, der mit der Kerguelenstation der deutschen Südpolar-Expedition an Bord am 16. d. M. Sydney erreicht hat, sind folgende Nachrichten eingelaufen: Vier Mitglieder der Kerguelenstation sind glücklich gelandet. Der darunter befindliche Dr. Berth ist ernstlich krank, befindet sich aber jetzt leicht besser; er wird ins Hospital aufgenommen. Engensperger starb am 2. Februar d. J. auf den Kerguelen an Beriberi. Die übrigen drei Mitglieder sind gesund.

**Ein Skandal in der Pariser Aristokratie.** Auf den Antrag der Komtesse de Fontville verhaftete die Polizei gestern den Vikonte de Saint Brisson, einen Reffen der Komtesse. Der Vikonte, der sein Geld am Spieltisch verloren und dann in Tonking sein Glück versucht hatte, verlangte von seinem Vater die Herausgabe von 100 000 Frank, die ihm angeblich gehörten. Der Vater weigerte sich, Geld herauszugeben, der Sohn bedrohte ihn und hat sogar mehrere Revolvergeschosse auf ihn abgegeben. Die Komtesse, die mit den Eltern dieses ruinierten Spielers gemeinsam ein Haus bewohnt, hat durch den Antrag auf Verhaftung diesen Scenen ein Ende gemacht.

**Durchgegangenes Automobil.** Barcelona, 17. April. Von einem Automobil, über welches der Führer die Gewalt verloren hatte, wurden zehn Personen überfahren und zum Teil schwer verletzt.

## Witterungsübericht vom 17. April 1903, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer stand nun	Wind richtung	Windstärke	Wetter	Temp. in C. 2 m. u. G.	Stationen	Barometer stand nun	Wind richtung	Windstärke	Wetter	Temp. in C. 2 m. u. G.
Stwinende	760	SE	3	Dunst	1	Saparanda	756	SE	2	bedeckt	0
Hamburg	761	SE	3	Reiter	3	Beiersburg	753	SE	2	bedeckt	2
Berlin	761	SE	3	bedeckt	3	Leiz	775	NO	3	wolkig	4
Frankf./M.	761	SE	2	bedeckt	2	Überbeem	760	NO	2	bedeckt	2
München	764	SE	2	bedeckt	2	Paris	760	NO	4	wolkig	2
Wien	759	SE	2	Regen	3						

**Weiterprognose für Sonnabend, den 18. April 1903.** Zunächst ziemlich heiter, am Tage etwas wärmer bei ziemlich häufigen nördlichen Winden; später neue Trübung und geringe Niederschläge. Berliner Wetterbureau.

**Todes-Anzeige.**  
Am 16. d. Mts. starb nach kurzem Leiden unser Genosse, der Schlosser  
**Paul Vierus**  
Brangelstr. 110, Stadtbezirk 104.  
Ehre seinem Andenken!  
**Die Vertrauensleute**  
d. 4. Berl. Reichstags-Wahlkreises  
Süd-Osten. 214/4

**Central-Verband der Maurer Deutschlands.** Zweigverein Berlin.  
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß am 16. d. Mts. unser Mitglied  
**Wilhelm Schaletzke,**  
Soraerstraße 26, im Alter von 46 Jahren nach langen Leiden verstorben ist. 137/14  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Sonntagmorgen 2 Uhr vom Trauerhause aus, nach dem Genuas- Kirchhof in Hixdorf, Hermannstraße, statt.  
**Die Verbandsleitung.**

**Vorwärts - Buchhandlung**  
SW., Lindenstrasse 69.  
**Empfehlenswerte Werke für Bibliotheken.**  
**Gerhard's Werke.** eine Auswahl seiner gesamten Schriften in zehn Bänden. Preis jetzt 15 M. gegen früher 30 M.  
einzelne Bände . . . 2 M.  
(Romane, Erzählungen, ausgezeichnete Natur- und Reise-Schilderungen.)  
**Heuters Werke.** neueste und billige Volksausgabe, in Leinen gebunden . . . 4 Bände 10 M. gegen früher 25 M.  
Billige Klassiker-Ausgaben: Bürger, Börne, Chamisso, Eichendorff, Goethe, Goethe, Hauff, Hebel, Heine, Hoffmann, Kleist, Körner, Lenau, Lessing, Ludwig, Müllert, Schiller, Schopenhauer, Stifter, Uhland.  
Preise je nach Anzahl der Bände von 1,50—9 M.  
Werke über Naturgeschichte, Weltgeschichte, Reise-Beschreibungen, Forschungs- und Entdeckungsgeschichten etc. zum Teil zu bedeutend herabgesetzten Preisen.  
Billige, lehrreiche Werke zum Selbststudium fremder Sprachen, sowie ausführliche Wörterbücher.  
Ferner empfehlen als passende und nützliche Dekoration für Vereins- und Versammlungszimmer unsere anerkannt vortrefflichen Kupfergravuren, wie: Die Freiheit führt das Volk, Der erste Mai, sowie Porträts von Engels, Lassalle, Marx, Bebel, Liebknecht, Singer u. a. 233/11

**Jede Uhr**  
zu reparieren und reinigen kostet bei mir unter Garantie des Gutes  
**nur 1 Mk. 50 Pf.,** außer Bruch, keine Reparaturen billiger.  
Gutes Lager in Uhren, Goldwaren, Ketten zu erstaunlich billigen Preisen.  
**Dulcien-Trauring, 900 gelb. 1/2, Dulcien 15,50, 2 Dulcien 20,50.**  
Für sämtliche Waren jährliche Garantie. Galt Kaltenower Strassen, Vincenz, Dperngäßchen. 10342  
**T. STOLZ, Chausseestr. 78, P. Stolz, Badstr. 57.**

**BLUTARMEN. KRANKEN**  
ärztlich empfohlen  
1-50 und 2 Mark  
**Santa Lucia**  
steht unter ständiger Kontrolle des Gerichtschemikers Dr. C. Bischoff. [1903]

**Sozialdemokrat. Wahlverein**  
L. d. 4. Berl. Reichstags-Wahlkreis.  
(Süd-Osten.)  
Nach kurzen schweren Leiden starb am 16. d. Mts. unser Mitglied  
**Paul Vierus**  
Bezirksführer vom 104. Stadtbez.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet in Driefen (Neumarkt) statt.  
242/19 **Der Vorstand.**

Am 16. d. Mts. starb nach schweren Leiden mein lieber Mann, unser guter Vater und Schwieger-vater, der Rentier  
**Oswald Stahn**  
im 57. Lebensjahre. Dies geht mit der Bitte um stilles Beileid im Namen der Angehörigen Hinterbliebenen an  
Die trauernde Witwe  
**Ernestine Stahn** nebst Kindern.  
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 19. April, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle der Charité aus nach dem Charité-Kirchhof statt. 7048

**Dampfer**  
In jeder Größe liegen den geachteten Vereinen, Gesellschaften usw. zu coulanten Preisen zur Verfügung  
**Robert Tismer, Nieder-Schönevide.**  
Näheres bei R. Hartesfel, Berlin, Wühlentstr. 67a, und bei G. Barelz, Brandenburg Ufer, Telephon 7a, 6876. 6892

**Die schönsten Herren-Monatsgarderobe**  
n. Kavaliere zurückgelegte Sachen, wenig getragen, f. jede Jg. pass., sind in gr. Auswahl zu bedeutend billigen Preisen zu haben.  
1. Geschäft: **Prinzstr. 17, J. Wand,** an der Wasserthorstraße.  
2. Geschäft: **Gr. Frankfurterstr. 116,** an der Andreasstraße.

**Steppdecken**  
Gelegenheitskäufe!  
Wollatlas, alle 4, 55, 6, 00  
Similseide, alle 5, 25, 6, 00  
Special-Haus **Emil Lefevre,**  
Berlin S., Oranienstr. 158.  
Nach auswärtig per Nachnahme.

**Orts-Krankenkasse der Sattler**  
und verwandten Gewerbe.  
Mittwoch, den 15. April, verstarb der Sattler  
**Otto Hartwig**  
(Werkstatt von Ferd. Heuner).  
Die Beerdigung findet Sonntagmorgen 2 Uhr von der Leichenhalle des Thomas-Kirchhofes in Hixdorf, Hermannstraße, aus statt.  
272/15 **J. H. : H. Werner.**

**Fritz Liese**  
lagen wir allen Freunden und Bekannten, insbesondere dem Verbands der Ost- und Schandwirts Berlins und Umgebend, dem Deutschen Gastwirts-Verband für die rege Betätigung unsrer herzlichsten Dank. 6896  
Die Hinterbliebenen. H. Wioss.  
**Bandwürmer**  
mit Kopf, frisch in Spiritus event. Wasser laufen a. 1/2 2,00 **Lianen.**  
Invalidenstr. 105. \*

**Th. Lappe's Aromatique**  
Vier-klopp-Whisky  
Thüringer Bergthau  
Th. Lappe  
Neudietendorf in Thüring.

**Größerer Arbeiter-Vereinsverein** sucht für Donnerstag bei hohem Honorar tüchtigen Dirigenten. Offerten unter **F. K.** postlagernd Postamt 57.  
**Patent-** [12192]  
Verwaltung, Finanzierung, Ummeld. u. Pat. u. Gebrauchsmust. zum Selbstkostenpreis bei Auftrag 3. Verwert. Anfertigung von Zeichnungen. **Wolters & Co., W., Todtemer Straße 123.** Audits und Nachschläge kostenlos.

**60 000 Ctr. Kohlen**  
berl. Josef Fischer billig ab sein. Heib Lagerplatz Brombergerstr. 10, Hauptgeschäft, Romintenstr. 10, Zweiggeschäft. 10311  
100 St. Senten. Brill. nur 50 Pf.  
100 - Riesenböhlen 7 - 60  
Die best. Kohlen u. d. Briffelmarkt. 100 St. Riesenböhlen 7 - nur 70 Pf.  
1 Ctr. Braunkohlen nur 65  
1 - engl. Antiract nur 1,75 St.

**Sand & Marf**  
pro Woche Abzahlung. Barzelle 840 - Meter 300 M., weißlicher Bort-Verfäher, nur mündlich, verkauft Hermannstr. 79. 10132  
**Dr. Schönemann,**  
Spezialarzt für Haut-, Horn- und Frauenleiden. Seydelstr. 9. 1/2, 12 - 1/2, 3, 1/2, 6 - 1/2, 8, Sonnt. 9-11.

**Reste**  
Spottbillig für elegante Herrenanzüge, Palotots, Kinder-Anzüge usw.  
**Tuchfabrik - Niederlage**  
Koch & Seeland, Berlin C, Köpfigstr. 2.

**Köpenick. Rottbuser Korn**  
empfiehlt 6062  
**Aug. Tauchert, Sattler, Müggelheimerstr. 4.**  
**Möbel** auf Teilzahlung  
**Hugo Lewent's Wwe., Chausseestr. 82.**



Theater.

Berliner Theater. „Arbeit.“ Schauspiel in drei Akten von Korff & Holm. — Das Drama Holms — man kennt den Verfasser aus dem „Simplicissimus“ — ist vor ein paar Jahren schon als Buch erschienen. Erwägt man die mageren Novitätenlos, mit der die Theater sich durchschlagen müssen, so erscheint es fast befremdlich, daß sich nicht früher eine Bühne gefunden hat, um die Probe mit wenigstens, die des alten Grocholski, ist aufs ergößlichste gelungen. Eine echte Volksstückfigur, wie denn überhaupt das Drama mit seiner schon im Titel angedeuteten moralisierenden Tendenz, seiner lockeren primitiven Technik, trotz der abhängigen Reichthümer, die der Dichter auf die handelnden Personen häuft, vielmehr ein „Volksstück“ als ein „Schauspiel“ ist. Von einem Schauspiel erwartet man mehr.

Die ersten beiden Akte spielen auf der Villa des ehemaligen Ingenieurs und Fabrikleiters Theodor Groß. Eine russische Gräfin hat den jungen Mann, der mit Leidenschaft bei der Arbeit war, geheiratet und sich seiner „Verbesserung“ angenommen. Theodor ist zu schade für das Geschäft, er soll Erfindungen machen, berühmt werden, die Welt in Erstaunen setzen. Geld ist da, ein Laboratorium ist da, es fehlt an nichts — nur die Leistungen bleiben aus. Theodor, so intelligent und energisch in dem Treiben eines großen Unternehmens, wo jede Stunde neue, klare, bestimmte, unausschiebbare Forderungen stellt, verliert, losgelöst aus einem solchen Zusammenhang, die Kraft der Initiative. Jahrelang hält

er ziellos herumbaselnd, wenigstens den Schein der Thätigkeit noch aufrecht, bis er, überzeugt, daß alles nutzlos, auch den Beiseite wirft. Mühsig vegetiert er hin. Natürlich, er verachtet sich selbst und ein tiefer Groll gegen die Frau, die ihn mit ihrem herrischen Besessenenwillen aus seiner Bahn gerissen, steigt in ihm auf. Leider ist dies Motiv, das Verhältnis der beiden Gatten, aus dem so viel herauszuholen gewesen wäre, nur ganz oberflächlich behandelt. Wjera zeigt sich eigentlich bloß als die Hochmütige und Eigenwillige. Wie sie das Scheitern ihrer Hoffnungen empfindet, wie der gekränkte Ehrgeiz in ihr nagt, das Sichverwandeln in ihrer Liebe in Verachtung, die Stachelreden, mit denen sie sich an dem einst Bewunderten für die Enttäuschung rächen mag — all dies Intime, Innerliche, das rückwirkend wieder dem Groll des Mannes neue Bedeutung hätte verleihen, den Konflikt zum wirklichen Ehe-drama hätte vertiefen können, wird nirgends in dem Stück auch nur berührt. Statt dessen schiebt Holm recht äußerlich den Streit um die Erziehung des Kindes in den Vordergrund. Theodor möchte das Söhnchen zu einem rechten Kerl machen; er soll aus dem Hause, wo er nach dem Programm der Mutter erzogen wird, hinaus unter andre Jungen, in die Schule, damit ihr dann nicht später das Leben als eines völlig Unvorbereiteten trifft. Weniger verständlich sind seine Erziehungsgründe in anderer Hinsicht. Er findet es im höchsten Maße empörend, daß Wjera an der einzuweisen ja freilich noch harmlosen Fälschtheit, mit der der Knabe an der Papi, der hübschen Gärtnerstochter und Theater-schülerin hängt, Kufisch nimmt. Darüber kommt es zum Zusammen-bruch. Von psychologischer Entwicklung ist nicht die Rede, zumal die Frau bleibt völlig uninteressant; aber in den Episoden sind frische, hübsch beobachtete Züge. Klott mit ein paar Strichen ist die Papi in ihrem Gemisch von Solidität und Aoketterie, Gutmütigkeit und

Ranfane so wie der alte Lebemann Graf Balkow, Wjeras Vater, der von dem Mädchen mühelos gelapert wird, flüchtet. Zum Schluß erscheint Grocholski, Berliner Fabrikant und früherer Chef Theodors, um durch eine mächtige Paule den Vethargischen aufzurütteln und für seine Fabrik zurück zu erobern. Sehr lebendig nach meinem Empfinden wirkten die Szenen auf dem Comptoir im letzten Akt, dank dem prächtigen Humor, mit dem Billy Roland den bärbeißigen Holersischen Alten spielte. Die Rolle des Grocholski, des derben Berliner Selbstmädeman, sah ihm wie an-gefallen. Jede kleinste Nuance kam verbläffend sicher heraus. Wie es die jungen Zeichner, in denen der Vater des letzten Abends noch nachbrummt, mit ironischen Verbeugungen umkreist, bissig und doch liebenswürdig-drollig, das Kafekämpfen, wenn er von seinem Sohn, dem „Oberleutnant“ spricht, oder seine Erziehungs-grundzüge erörtert, die helle Freude über die glänzende Acquisition, die er an Theodor gemacht, die zappelnde Dringlichkeit bei Unter-zeichnung des Vertrages, sein Laufen, nach der Uhr sehen, alles wirkte unwiderstehlich komisch. — Der Knabe, den Theodor mit sich genommen, kehrt zur Mutter zurück. Die Gatten aber reichen sich die Hand zum Abschied. Die Arbeit hat den Mann wieder stark gemacht, ihr soll, nachdem er aus dem goldenen Käfig entflohen, sein Leben gehören. Wenn der Junge groß geworden, wird er des Vaters gedenken. Auch von der hervorragenden Leistung Rolands abgesehen, bot die Aufführung — Siebert als Theodor, Connard als Roloff, Jenny Rauch als Papi King — tüchtiges. Die Rolle der Wjera ist zu bloß, als daß sich etwas hätte daraus machen lassen. Sehr gut indes gelang Marie Frauendorf der Ausbruch mütterlicher Angst im Schlafakt. Die Aufnahme war freundlich. — dt.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Sonnabend, den 18. April. Anfang 7 1/2 Uhr: Opernhaus. La Traviata. — Wiener Ballet. Schauspielhaus. Die Schloßherrin. Deutsches. Nora. Berliner. Arbeit. Verding. Der blinde Passagier. Neues. Pellenz und Bellande. Residenz. Lull. Westen. Martha. Central. Clo-Clo. Thalia. Der Vorkamengel. Anfang 8 Uhr: Schiller O. (Wallner-Theater). Die guten Freunde. Schiller N. (Friedrich-Wilhelmstädt. Theater). Der ledige Hof. Belle-Alliance. Bid und Bodet. Carl Weiss. Der Liebe Gebot. — Nachm. Frau Holle. Bunter. Die ungeliebte Freil. Hockenjos. — Eglantine und Lysart. Enten. Der Raub der Sabinerinnen. Kleines. Nachtasyl. Trianon. Die Rotbrücke. Casino. Elternlos. Fritzen und Uteschen. Spezialitäten. Metropol. Neues! Allerneuestes! Apollo. Der Gesindeball. Spezialitäten. Wintergarten. Spezialitäten. Reichshallen. Stettiner Sänger. Passage-Theater. Spezialitäten. Palast. Die neueste Richtung. Spezialitäten. Urania. Taubenstrasse 48/49. Photographie in natürlichen Farben. (Durch Wald und Flur). Im Hörsaal um 8 Uhr: Dr. B. Donath: „Modernes elektrisches Licht.“ Sternwarte Invalidenstrasse 57/62.

Urania.

Taubenstrasse 48/49. Abends 8 Uhr: Photographie in natürlichen Farben (durch Wald und Flur). Im Hörsaal um 8 Uhr: Dr. B. Donath: „Modernes elektrisches Licht.“

Sternwarte

Invalidenstrasse 57/62.

Castans Panoptikum.

Friedrichstr. 165. Mit seinen weltberühmten Wachsfiguren u. unzähligen andern Sehenswürdigkeiten, Kunstschätzen etc. Gr. Promenaden-Konzert. Neu! Cleo Otéro, die interessante Rauch- und Sandmalerin. Neu! Pythia, d. hellsehende Dame. Anthropol, der künstliche Mensch Und vieles andre.

Passage-Theater.

Anfang: Sonntags 3 Uhr. Wochentags 5 Uhr. Ende 11 Uhr.

Oskar Klein

(Tyll Eulenspiegel). Cake-Walk der echten Louisianas. Ganz Berlin zerbricht sich schon den dritten Monat den Kopf über AGA! die schwebende Jungfrau!

Residenz-Theater

Direktion: Sigmund Lautenburg. Abends 7 1/2 Uhr: Lutti (Loute). Schwant in 4 Akten von Pierre Veder. Morgen und folgende Tage: Lutti. Sonntagnachmittag 3 Uhr: Der Unterpräfekt.

Metropol-Theater.

Mit glänzender Ausstattung. Neues! Allerneuestes! Revue in 5 Bildern v. Jul. Freund. Musik von Victor Holländer. Emil Thomas a. G. Josef Josephi. Henry Bender. Frid-Frid. Flora Siding. Wini Grabitz, 300 Mitwirkende. Im dritten Bild: Eine Sitzung bei Anna Rothe. Grandioses Ballett. Anfang 8 Uhr. — Rauchen überall gestattet. —

Palast-Theater

Burgstrasse 22. Früher: Zeen-Palast. Neu inszeniert. 8 1/2 Uhr: Die neueste Richtung. Orig.-Schwant in 3 Akten von Dr. v. Schmelzer. Alle Spezialitäten neu! Miss Mary, Chansonnette. Anita Stoer, mus.-equilibre. Sport.-Akt. Miss Darnell, athletische Spiele. Mile. Fala Fatou, Danse lumineuse. Anfang 8 Uhr. Entree 50 Pf.

Kleines Theater.

Unter den Linden 44. Anfang 8 Uhr. Nachtasyl.

Luisen-Theater.

Einlang 8 Uhr. Der Raub der Sabinerinnen. Sonntagnachmittag: Die Waise von Lomoso. Sonntagabend: Der Raub der Sabinerinnen. Montag: Die Geier-Gaule.

Trianon-Theater.

Georgenstrasse, zwischen Friedrich- u. Unter den Lindenstrasse. Abends 8 Uhr: Die Rotbrücke. Lustspiel in 3 Akten von Fred Gröfse und Francis de Croisset.

Nachtsyl.

Unter den Linden 44. Anfang 8 Uhr.

Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Wallner-Theater). Sonnabendabend 8 Uhr: Die guten Freunde. Lustspiel in 4 Akten v. Vict. Sardou. Sonntagnachmittag 3 Uhr: Der Probekandidat. Sonntagsabend 8 Uhr: Die guten Freunde. Montagabend 8 Uhr: Die guten Freunde. Schiller-Theater N. (Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater). Sonnabendabend 8 Uhr: Der ledige Hof. Schauspiel in 4 Akten v. L. Angenruder. Sonntagnachmittag 3 Uhr: Die Jungfrau von Orleans. Sonntagsabend 8 Uhr: Der ledige Hof. Montagabend 8 Uhr: Der ledige Hof.

Casino-Theater

Lötzingenstr. 37. Glänzender Erfolg des neuen Progs. Der urkomische Marcell. Les trois Bergs. Neu! Elternlos. Neu! Dir. Berg — Billi Behie als Cakowalk-Länger. Fritzen u. Lieschen etc. Anfang 8 Uhr, Sonntags 7 1/2 Uhr. Sonntagnachm. 4 Uhr: Ein Sohn des Volkes. Dazu Auftreten sämtl. Spezialitäten.

Neues Theater

Schiffbauerdamm 4a-5. Anfang 7 1/2 Uhr: Pelleas und Melisande. Sonntagnachm. 3 Uhr, zu halb. Preisen: Ledige Leute.

Apollo-Theater.

Täglich mit stürmischem Beifall Gesindeball, Gesangs- und Burleske mit d. spiritist. Anna Rothe-Parodie. Ferner: Donatella. — Cake-Walk. The Soldoms. — Plastische Darstellungen. — 4 Madcaps. — Kilianys leb. Bilder. — Kosmograph: Se. Maj. der Kaiser in Kopenhagen.

Bunter Theater.

Königsplatzstrasse 98. Eglantine und Lysart. Die umkehrte Freit. Hockenjos.

Belle-Alliance-Theater.

Abends 8 Uhr: „Piek und Pocket“. Schwant in 3 Akten u. Lang in 3 Akten. Schlager des 2. Aktes: Im Sonnenbad. Der Duncancan. Cip-Cip. Donna Juana. Cake Walk. Massage Terzett.

Bernhard Rose-Theater

Subtrasse 58. Sonntag, den 19. April: Der erste Tote. Der Klingeljunge von Bolle. Der Liebestrank. Auftreten von Spezialitäten. Anfang 8 1/2 Uhr. Nach der Vorstellung: Tanz.

W. Noacks Theater.

Direktion: Robert Dill. Brunnenstrasse 16. Große Extra-Vorstellung: Mutter u. Sohn. Anfang 8 Uhr. Nach der Vorstellung: Ball. Spielzeuge: Sonntag, Sonntag und Dienstag.

Königstadt-Kasino.

Potsdamerstr. 72. Gef. Alexanderstr. 67. Extra-Vorstellungen. Das evng. Lebensbild: Durch Klippen u. Wellen u. Der Arm Kluge. Auffr. sämtl. Spezialitäten. Anf. 8 Uhr. Sonnt. 6 1/2 Uhr.

Reichshallen.

Stettiner Sänger. U. a.: Bühnengrößen und Anna Pote, das Blumensmedium. Anfang: 8 Uhr. Sonntags 7 Uhr.

Etablissement Buggenhagen

am Moritzplatz. Jeden Tag: Militär-Konzert. Donnerstag, Sonnabend, Sonntag im Kaiser-Saal: Tanz. Von Ende April ab wird das berühmte Orchester d. Signor Vincenzo Ferrara konzertieren.

Gratweils Bierhallen

Theater u. Variété Kommandanten-Strasse 77/79. Direktion: Carl Havorland. Täglich: Gr. Vorstellung. Das grosse amüsante April-Programm. Nur allererste Kunstkräfte. Anfang der Vorstellung 8 Uhr. Jed. Sonnabend, Sonntag u. Mittwoch nach der Vorstellung: TANZ.

Strand-Restaurant

am Müggelsee zwischen Ruggelschloß u. Lustlustort. Empfehlung: Fabrics, Vereinen und Korporationen für Sommervergnügen und Ausflüge mein großartig gelegenes Lokal. Saal für ca. 3000 Personen, Halle, genügende Nebenräume, Beleuchtungen aller Art, Gas- und elektrische M. Degebrodt, „Strandschloß“, Köpenick.

Jeder Arbeiter, Jeder Handwerker sollte zur Arbeit

die Lederhose Herkules tragen. Klein-Berlin. Sehr starke Ware in praktischen grauen u. braunen Streifen, auch einfarbig. Am Bund aus einem Stück gearbeitet. Sehr feste Knöpfe. Haltbarste Woll-Laschen. Große Hüden umloht. Die Hufe bei Entnahme von 6 Stück 36 Pf. 4 Mk. 50

Schöne Lederhose 1 R. 90. Schöne Lederhose 1 R. 50. Schöne Lederhose 1 R. 50. Prima Körper-Gewebe 2 R. 50. Schöne Lederhose 2 R. 10. Manufaktur-Gewebe 3 R. 50. Gefütterte Lederhose 14.-9.-. Weiße Lederhose 3,50, 2 R. 75. Rindleder-Lederhose 4,25, 3 R. —. Lederhose 3.-, 2,50, 2 R. —. Regenmantel-Lederhose (braun) 3.-, 2 R. 40. Weiße Lederhose, Preis 7,50, 3 R. 75. Weiße Lederhose 4,50, 2 R. 75. Lederhose, fest u. schön, 3.-, 1 R. 75. Die Preise gelten für normale Größen.

Baer Sohn

En gros. Export. En detail. Chaussestr. 24a/25. Brüderstr. 11. Gr. Frankfurterstr. 20. Die 20. Preisliste 1902 wird kostenlos und portofrei zugestellt. Bei Bestellung von Hosen ist die Bundweite und die Schrittweite, bei Lederhosen und Pantalons die Brustweite anzugeben. 10272\* — Versand von 20 R. an franco. —

Dr. Simmel, Prinsenz.

Spezialarzt für 108/11\* Haut- und Harnleiden. 10-2, 5-7, Sonntags 10-12 2-4.

Frankfurter Hütte

Grosse Frankfurter Strasse 101 und Kraut-Strasse 1. 1213L\* Der Bierhof ist wieder eröffnet! Sehenswürdigkeit Berlins. Warme Küche, Portion 30 und 40 Pf.

„Segler-Schloss“ Hankels Ablage,

Bahnstation Zeuthen, 11982\* an Wald und Wasser gelegen; für Vereine, Fabriken und Gewerkschaften sehr zu empfehlen. Besitzer W. Heinrich.

Schmökewitz, Restaurant Seldinsee.

Den geehrten Vereinen und Gesellschaften empfehle ich mein großes und herrlich am Wald und Wasser, vis-a-vis der Berliner Schweiz, gelegenes Restaurant. Stelle die billigsten Dampfer. 10922\* Telephone: Amt Grünau 54. A. Noack.



Pantzer Brothers, Akrobaten, Ralph Johnstone, Bicyclist, She, die 4 Elemente, René Debauga, Kaleidoscop-Tanz, Hoshi Tokio, Japanertruppe, Charlotte Kara, Creolische Sängerin, Sachus Jacoby, Humorist, Les Provençales, Französisches Gesangs-Quartett. Mlle. Miette, Par. Strassensäng. La Belle Toledo, Span. Tanz. Harry Houdini, Künstler. Das Fest d. Lucillus, Ballett. Der „Biograph“.

Sanssouci.

Donnerstag, Sonntag und Montag: Hoffmanns Norddeutsche Sänger. Sonntag, den 19. April, zum letztenmal: Die Lieder d. Musikanten. Volksstad mit Ges. in 5 Akt. von Rudolf Smeifel. Lebricht Winter... Wolff Hoffmann. Nach der Vorstellung: Tanzkränzen. Vereinskonzert gütlich.

Kinderwagen,

Puppen-, Sport-, Kasten-, Leiter- u. Ziegenbockwagen, etc. Bettstahl, f. Er-wachsene und Kinder aussergewöhnlich bil. auch Theilzahlung. Krankenwagen auch leihweise. Musterbücher gratis franco. A. W. Scholz, Berlin N., Brunnenstr. 36, a. Bahnhof Gesundbrunnen. Amt III, 1767.

**Achtung! Frauen und Mädchen! Arbeiterinnen Berlins! Achtung!**

Montag, den 20. April 1903, abends 8 Uhr, bei Keller, Koppenstr. 29:

# Volks-Versammlung.

Tagesordnung:

1. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten Genossen **Arthur Stadthagen** über: §§ 8 und 21 des preussischen Vereinsgesetzes für die Frauen in Bezug auf die Reichstagswahlen. 2. Diskussion. 3. Gründung und Konstituierung eines Wahlvereins für Frauen.  
Um recht pünktliches und zahlreiches Erscheinen, besonders der Frauen ersuchen  
**Die Vertrauenspersonen.**

## Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verwaltungsbüro Berlin.

Bureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 1-5. Fernsprecher Amt VII, 353.

Sonntag, den 19. April, vormittags 10 Uhr, bei Keller, Koppenstr. 29:

## Große Versammlung der Klempner.

Tages-Ordnung:

„Der Stand unserer Lohnbewegung.“ Referent: **Cohen.**

Kollegen! Nachdem die Meister ihre Hoffnung, die sie auf Ostern gesetzt hatten, schwinden sehen, suchen sie durch andre Mittel uns den Sieg streitig zu machen. Es ist notwendig, daß alle Kollegen diese Manöver der Meister kennen lernen, um dem entgegen wirken zu können. Das Erscheinen der Kollegen ist deshalb dringend notwendig. **Die Ortsverwaltung.**

# Stukkateure!

Die Sammlung zur Füllung unseres Streikfonds, für welche jeder arbeitende Stukkateur 50 Pfennig beizutragen hat, wird in der Weise erfolgen, daß von jeder Werkstätte resp. jedem Bau ein Delegierter Listen empfängt, auf welche die Beiträge verzeichnet werden. Es muß die Ablieferung des Geldes am Sonnabend, spätestens bis Montagabend erfolgen, wofür der Ueberbringer die Anzahl der zu klebenden Streifen empfangt und dieselben zum Einleben ins Verbandsbuch an jeden abliefern.

Kollegen! Zeigt, daß es Euch ernst mit unserm Vorgehen ist, indem Ihr Euch regelmäßig an den Sammlungen beteiligt.

**Die Streikkommission.**

## Verband der an Holzbearbeitungs-Maschinen beschäftigten Arbeiter Berlins und Umgegend.

Sonntag, den 19. April 1903, vormittags 11 1/2 Uhr, im Lokal des Herrn **Kussin, Andreasstraße 21:**

## Anherberordentliche General-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Bericht über die Verhandlungen vor dem Gewerbegericht.  
2. Gewerkschaftliches.

Der Vorstand.

## Verband der Möbelpolierer.

Montag, den 20. d. Mis., abends 8 Uhr, Engel-Ufer 15:

## General-Versammlung

Tages-Ordnung:

1. Bericht des Vorstandes. 2. Vorschläge: a) Unterstützung der Maschinenarbeiter. b) Aufhebung des freien Zutrags für die Mitglieder. 3. Bericht über die abgelieferte Kontrollkarte. 4. Die feiern wir den ersten Mai? 5. Verschiedenes.

Mitgliedschaft muß an der Kontrolle vorgezeigt werden. Die Kollegen, welche Jahresberichte übrig haben, werden gebeten, dieselben mitzubringen.

Montag, den 27. d. Mis., abends 8 Uhr, Frankfurterstr. 117:

## Versammlung der Möbelpolierer.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Herrn Gewerbe-Inspektor **Dr. Fischer** über die Bekleidungs-Gesetze. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.

Nichtmitglieder haben als Gäste Zutritt. **Der Vorstand.**

## Centralverband der Maschinisten und Heizer sowie Berufsgenossen Deutschlands

(Ortsverwaltung Berlin und Umgegend).  
Sonntag, 19. April, nachm. Punkt 5 Uhr, bei Seigt, Ritterstr. 75:

## General-Versammlung.

Tages-Ordnung: Jahresbericht. Bericht der Revisoren und des Vergütungskomitees. Vorschläge.

Um zahlreiches Erscheinen bitten **Die Ortsverwaltung.**

## Achtung, Bauanschläger!

Sonntag, den 19. April, vorm. 10 Uhr, in Reichenstr. bei Teufelstr., Langhausstr. 106:

## Oeffentliche Versammlung.

Referent und Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gegeben.

## Brotts Gesellschafts-Haus.

Erkner am Damerits-See.

3 Minuten vom Bahnhof - herrlich am Wald und Wasser gelegen - empfiehlt sich bei Ausflügen per Eisenbahn und Dampfer den geehrten Familien, Vereinen, Fabriken und Gesellschaften zu angenehmen Aufenthalten.

2 große Säle mit Bühne, 2 große schattige Gärten. Saal für 1500 Personen. Sonnabende und Sonntage noch für Vereine zu vergeben. 4172\*

## Schmöckwitz Gasthaus zur Palme

(Endstation der „Stern“-Dampfer)

Inhaber: **Hermann Peter.** Grünau No. 39.

Empfehle mein altes bekanntes, herrlich am Wald und Wasser gelegenes Lokal den geehrten Vereinen und Gesellschaften zu Ausflügen.

Ausspannung und Dampferwege, Regisbahnen, große Kaffeefache.

Säle, Hallen, großer schattiger Garten, 2000 Personen fassend.

4172\*

Gegründet 1878.

Zum Frühjahr:

Jackett-Anzüge von 20 Mk. an

Rock-Anzüge 22

Gehrock-Anzüge 25

Frühjahrs-Paletots 18

Spezialität der Firma:

frühjahrs-Paletots nach Mass von 30 Mk. an

frühjahrs-Anzüge nach Mass von 33 Mk. an

Streng feste Preise

Verantwortlicher Redacteur: Carl Feld in Berlin. Für den Inseratenteil verantwortlich: Th. Glöck in Berlin. Druck und Verlag: Verlags- und Buchdruckerei und Verlagsamt Paul Singer & Co., Berlin SW.

## Allgem. Orts-Krankenkasse gewerbl. Arbeiter u. Arbeiterinnen zu Berlin.

Die für die Wahlperiode 1902/1903 gewählten Delegierten werden hiermit zu der am Sonntag, 26. April er., vormittags 10 1/2 Uhr, in den Armien-Hallen, Kommandantenstr. 20, stattfindenden

## Ordentlichen General-Versammlung

ergerbeit eingeladen.

Tages-Ordnung:

1. Abnahme der Jahresrechnung pro 1902. 2. Bericht des Prüfungsausschusses und Entlastung des Kassendirektors. 3. Abänderung des § 14 des Statuts. 4. Die Vergrößerung der Kassensammelstellen gegen Unfälle. 5. Besprechung der Kasse zum Kranfentversicherungsbefehl. 6. Mitteilung des Vorstandes. 272/19  
Berlin, den 17. April 1903.

Der Vorstand.

Gustav Wollat, Vorsitzender.

## Ordentliche General-Versammlung

der Orts-Krankenkasse der Messerschmiede, Schwerfeger u. Verfertiger chirurg. Instrumente am Sonnabend, den 25. April, abends 8 1/2 Uhr.

Rosenthalerstr. 57 (früher Schiller).

Tages-Ordnung:

1. Bericht über die Abnahme der Jahresrechnung. 2. Wahl eines Vorstandemitgliedes (Arbeitsgeber). 272/19  
Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen ersucht **Der Vorstand.**  
Die Herren Arbeitgeber sind hierzu eingeladen.

## Orts-Krankenkasse der Buchbinder und verwandten Gewerbe.

Ordentl. General-Versammlung

am 27. April, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Saal I, Engel-Ufer 13.

Tages-Ordnung:

1. Abnahme der Jahresrechnung pro 1902. 272/19  
2. Wahl eines Vorstandemitgliedes (Arbeitsgeber).  
3. Statuten-Änderung (§ 14).  
4. Änderung der Kontrolle der Kassendirektoren. Regelung der Gehälter.  
5. Verschiedenes.  
6. Verleihung der Protokolle.  
Die Delegierten werden gebeten, zahlreich und pünktlich zu erscheinen. Mitglieder haben Zutritt.

Der Vorstand.

Bernh. Jost, Vorsitzender.

Georg Bössler, Schriftführer.

## Orts-Krankenkasse der Kupferschmiede.

Sonntag, den 26. April 1903, vormittags 10 1/2 Uhr, im Rosenthaler Thor, Rosenthalerstr. 11/12:

General-Versammlung.

Tages-Ordnung: Siehe obersandte Einladung des Vorstandes.

Ich fertige aus feinsten

# Stoff-Resten

welche sehr billig aus ersten Fabriken kaufe,

Anzüge nach Mass 22,00  
hochfeine Muster

Paletot nach Mass 20,00  
hochfeine Muster

Garantiert tadelloser Sitz, beste Ausführung. 1250L\*

**B. Lewkowitz,** Schneidermeister, Alexanderstr. 14a  
1 Trepp.

bewährteste Nahrung für

**Kufeke's Flinder**  
mehl gesunde, magen-darmkränke.

Trinkt „Apfelblümchen“

Bestes Medizinal- und Tafel-Getränk ohne Alkohol.

Berliner Manzanil-Gesellschaft m. b. H.

Görlitzer Ufer 24. Fernspr.-Amt 4. 1673. [2082]

**Achtung! Werder. Achtung!**  
**Restaurant Schwarzer Adler.**

Inhaber **Max Koch, Fischerstraße 98.** 12072\*

Parteilokal. - Dampferfest.

Allen Parteigenossen, Gewerkschaften und Vereinen empfehle bei Ausflügen nach Werder meine Lokalbäder zur freundlichen Berücksichtigung.

Gegründet 1878.

**A. Jandorf & Co.**  
Mittelmarkt 16/17  
Belle Alliancestr. 12  
Gr. Frankfurterstr. 113

Alleinverkauf für Berlin der

# „Kohinoor“

## Arm-Schutzblätter

Erprobtes Fabrikat. Prima  
Trikotgewebe ohne Naht.

Prima Gummierung - Wasserdicht  
Waschbar - Geruchlos - Elastisch.

Preis pro Paar: 35, 40, 55 Pfg.



# Wiederum

ist es uns gelungen, ganz bedeutende Warenposten in  
**Teppichen, Portieren, Gardinen, Decken etc.**

durch Cassa-Zahlung **spottbillig** zu erwerben und geben  
dieselben - soweit der Vorrat reicht - zu ganz enorm  
billigen Preisen ab.

## Teppichhaus Adler & Co.

Königstrasse 20/21, an der Judenstrasse.

Welcher Herrnhut mit Satinfutter Mk. 1.75  
Allsattler Form : 2.-  
kleinere Form : 1.50

Cylinder-Verleihen Mk. 0.50.

Stelzer Herrnhut mit Futter . . . Mk. 2.-  
Diese Hute liefern auch in besseren Qualitäten.

Aussergewöhnlich reichhaltige Auswahl.

## Oscar Arnold

Engros. Grösstes Spezialgeschäft Export.  
für Filzhüte, Strohhüte, Stoffhüte, Cylinder und Mützen,  
nur **Dresdenerstr. 116** (Kein Laden).



## Reisszeuge

und einzelne Teile derselben sind in herrlicher Auswahl, erhältlich in dem



Special-Geschäft für Präzisions-Cytil von  
**Carl Buttendorf, Berlin N., Weinbergsweg 15b**  
nur Weinbergsweg 15b, 6. Laden v. Rosenthaler Thor.  
Reisszeuge für Schläger p. 1.25-10.00, für Rechner u. 7.50-60.-,  
Brillen u. Pinzetten, tadelmäßig angepaßt, von RM. 1.00-40.00.

## Hüte!

Herrnhüte von 1,50 an  
Knabenhüte „ 0,75 „

Größtes Lager in Strohhüten  
von den einfachsten bis zu den feinsten Genres.  
Schirme zu aussergewöhnlich billigen Preisen.  
Mägen, Krawatten. 7812\*

**Otto Gerholdt, Dresdenerstr. 2,**  
1. u. 2. Stockwerke.



## Zucht- und Legehühner

verkauft **Otto Pich, Berlin, Zionskirchplatz 8.** [9022\*]

## „Zum Sporthaus“ Ziegenbals bei Zenthen.

Vorort d. Görz. u. Stadtb., am Krossensee bei Nieder-Lehme gelegen, mit Dampferfest, großem Tanzsaal, Regisbahnen, geräumigen Gärten, ca. 2000 Personen fassend: Table d'hôte für Vereine von 1 Mk. an. Gut gepflegte Bier, II. Belgier, Kaffeehaus (Alter 75 J.). Elektrisches Orchester, Gondelfahrten, Volksbelustigungen. Grosse Spielplätze im schönen Hochwald. Stelle an Wochentagen sehr billige Dampfer.  
Telephon: und Huterhaken Nr. 75. [11942\*] **Max Horschel.**

# M. Schulmeister,

Schneidermeister,  
**BERLIN SO., Dresdener Strasse 4,**  
Hochbahnstation Köpenicker Thor. 1117L\*

Special-Haus für Herren- und Knaben-Konfektion.